

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
Vernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Dienstag, den 2. September 1902.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
Vernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Die Insertions-Gebühren
betragen für die sechsgepaltenen Kolonnen
jeite ober deren Raum 40 Pfg., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pfg.,
„kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.,
für die erste Nummer 10 Pfg., für die
nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
Feiertagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adressen:
„Socialdemokrat Berlin“

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 25 Pfg. frei ins Haus.
Einzeln Nummer 5 Pfg. Sonntags-
Nummer mit illustrierter Sonntags-
Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
eingetragen in der Post-Zeitungs-
Preisliste für 1902 unter Nr. 7878.
Unter Kreuzband für Deutschland und
Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
Erstheft täglich außer Montags.

Posen.

Das ist man ja schließlich gewohnt, daß allemal, wenn Fürstlichkeiten auf Reisen gehen, die Reugierde des deutschen Bürgertums hinten auf dem Bedientenbod misfähr. Und auch daran hat man sich auf der andern Seite gewöhnen müssen, daß die Arbeiterschaft, die Masse des Volkes mit einer außerordentlich deutlichen Gelassenheit allen diesen zahlreichen Reibepositionen gegenübersteht. Da es aber keine Regel ohne Ausnahme giebt, so wird diesmal das ganze Volk ein ungeteiltes Interesse jenen Ereignissen zuwenden, die sich in den nächsten Tagen in der Hauptstadt der Provinz Posen abspielen werden.

Man lebt ja an manchen Stellen nicht bloß den Glanz rednerischer Wälder, sondern auch die Pracht der symbolischen Handlungen. An der Spitze einer gewaltigen kriegerisch bewaffneten Macht soll Wilhelm II. in die Festungsstadt Posen einen Einzug halten, wie in eine eroberte Stadt.

Der Adel des Landes hält sich großenteils fern. Niemand wird das Gedenken dieser Entschämtheit besonders rühmend dürfen: der polnische Adel hat bei diesem Spiele nichts zu gewinnen und nichts zu verlieren. Draußen im weiten Gebiet des flachen Landes, da stehen seine Schlösser, dehnen sich seine Felder und Wälder, demütig giebt der Bauer den Hut, wenn das glänzende Gefolge des Gutsbesizers vorüberfährt. Draußen im weiten Lande, da sind sie noch die wahren Könige, ungeboren steht dort ihre alte feudale Herrlichkeit. In allen Wohlthaten, die der preussische Staat mit so verschwenderischen Händen über die Junkerlaste streut, haben sie ihren Anteil. Lebensmittelzölle und Branntwein-Liebesgaben füllen ihre Kassen. Alle Winkelzüge der Geseßgebung sind für die Herren auf „A“ ebenso sicher wie für die Herren „willy und pflig“. Ist die nationale Bewegung für jene ein Mittel, ihr wachsendes Machtbedürfnis zu befriedigen, so ist sie doch keine Waffe der Verteidigung, um Rechte zu wahren, die etwa bedroht wären.

Im Streite der Herren ist es allemal das unterthänige Volk, das die Schläge erhält; auch herrschende Klassen haben Souveränitätsrechte, die sie der Pflicht entheben, die Unannehmlichkeiten des Besiegten auf dem eigenen Leibe zu verspüren. Die Ungnade, die das Verhalten der abligen Herren hervorgerufen mag, kann wiederum nur dem armen unterdrückten polnischen Volke fahrlässig werden. Haben doch auch die Wollen, die den Koscielskis den Gnadenhimmel verdunkelten, schließlich nach — W r e s c h e n ihre Blitze gelaßt!

Deutlicher als irgend etwas zeigt uns die Geschichte des polnischen Posaunenblases, wie sich alle nationalen Fragen unserer Zeit zum Schluß zu Klassenfragen umwerten. Nicht dem Großgrundbesitzer, der der kleinen Baronats ohnein eine deutsche Erzieherin und eine französische Gouvernante hält, nein, dem polnischen Proletariat, der sich mit den ihm vorgeordneten Behörden nicht verständigen kann, dessen Kinder in einer Sprache unterrichtet werden, die er nicht versteht, ihm wird die Germanisierungspolitik des Staates zur qualenden Last und zum brennenden Schmerze.

In diese Wunde wird in diesen Tagen wahrhaftig kein Balsam gegossen werden. Die schießenden Flinten und bauenden Säbel haben ja nur für das Volk ihre Klinge und Kante. Wenn an dem polnischen Adel etwas bewundernswert ist, so ist es die Geschicklichkeit, mit der er in Preußen und mehr noch drüben in Oesterreich schließlich doch immer wieder seinen Machtbesitz zu wahren verstand. Ihn kann darum der politische Anschauungsunterricht, der den unteren Hunderttausenden erteilt wird, durchaus nicht schrecken. So oft auch dieses Sklavenvolk zur Ader gelassen worden ist, seine verpörrte „Kanninchenmatur“ hat immer wieder dafür gesorgt, daß dem polnischen Adel seine Rechte nicht aussterben!

Nicht mit Eisen und nicht mit Gold kann es gelingen, diese sonst von allen einseitigen Staatslehren so gepriesene Wurzel der Volkskraft auszurotten. Die nationale Selbstpolitik von heute hat keine andre Gewalt mehr, als die aufzureizen. In den geeigneten Tagen Hermann von Salza, der sich in Preußen vorzeitig den Ruhm der Cortez und Pizarro erwarb — damals ging es freilich anders! In jener christlichen Zeit konnte sich eine nationale Totschlagpolitik ausleben, zu der in unserer minderchristlichen Zeit doch niemand mehr den sittlichen Willen und die Kraft des Entschlusses fände. Aber immer noch krank das heutige Preußen an dem blutigen Erbe jener Zeit, von der nur die kriegerische Geberde, nicht die Unerblichkeit der brutalen Kraft erhalten geblieben ist.

Die Mittel der Entnationalisierung, die das großbürgerlich-junkerliche Regiment heute noch anzuwenden versucht, hat es aus der Feudalzeit übernommen. Auch diese Rüstung ist ihm zu groß und zu schwer geworden. Die Besiedlungspolitik jener Zeit ruhte auf zwei Grundlagen: auf der rücksichtslossten Blut- und Eisenpolitik und auf der Kunst, auch auf friedlichen Wege das Land mit Volksgenossen dichter zu füllen, als es dem feindlichen Volke möglich gewesen war. Die erfolglose Anwendung beider Mittel setzt aber eine ungeheure Verschwendung des Kulturgrades voraus, wie sie im heutigen Europa längst nicht mehr besteht. Wenn der ezechische Geschichtsschreiber Palacký sagt, zu jener Zeit sei „die Frage des Christentums die Lebensfrage für alle slavischen Völker gewesen“, so behält er in gewissem Sinne recht. Denn Christentum gegen Heidentum, das hieß damals so viel wie Eisen gegen Holz, Streichbreitensystem gegen Galenpflug, fürstliche Gewalt gegen lose Geschlechtsverbände. Die, denen das Christentum in diesem Sinne abging, Sorben, Prozen, Lützen und andre, kennt die Geschichte mehr dem Namen nach. Jene Slawenvölker aber, die schließlich der Entwicklung des Germanentums nachhelfen, haben sich für Jahraufende ihren Platz an der Sonne gesichert. Zu ihnen gehören die Polen.

Vor Jahrhunderten nach der Gründung der fürstlichen Gewalt ist das polnische Land in drei Teile zerrissen worden, und seine Teilung steht auf keinem Anmesblatte der Geschichte verzeichnet. Sie ge-

schah in einer Zeit, da die fürstliche Hausmacht alles war, und der nationale Gedanke vorerst nur in revolutionären Köpfen lebte. Das war ungefähr die Zeit, da in der französischen Nationalversammlung das Wort laut wurde, daß alle Menschen Republikaner, aber nicht alle Franzosen werden wollten. Wäcker und Vlieder der folgenden Jahrzehnte beweisen uns, wie wohl der revolutionäre Nationalismus das Recht der fremden Nation zu beachten verstand, und mit wie überhöchlicher Begeisterung sich das Bürgertum auf die Seite der kämpfenden Polen stellte.

Wie ganz anders doch der reaktionäre Nationalismus des modernen Großbürgertums geartet ist! Er ist auf die Politik des Mittelalters zurückgekommen, fremden Völkern die eigne Nationalität einzuschleichen und einzuhauen — und sei's auch nur mehr mit dem Schulmeisterstock! Die einzige nationalpolitische Idee aber, für die er unanfechtbar das Erfinderpatent in Anspruch nehmen kann, das ist das millionenverschlingende Schiffsbürgerrecht des polnischen Ausverkaufs, der inneren Kolonisation. Er scheint ganz vergessen zu haben, daß in unsrer kapitalistischen Zeit das Entgegengesetzte von dem gilt, was in der Feudalzeit gewesen ist: daß nämlich heutzutage das kultur- und bedürfnislosere Volk dem höher stehenden gegenüber in Fragen der Besiedlung naturgemäß immer im Vorteil ist.

Wollte man doch ehrlich und einseitig genug sein, es gerade heraus zu sagen, daß alle Kämpfe, die angeblich zur Rettung oder zur Vernichtung einzelner Nationen unternommen werden, nichts anderes als markierte Klassenkämpfe sind. Mit dem polnischen Bürgertum und dem polnischen Adel kämpft das deutsche Bürgertum um das Recht, das polnische Volk ausbeuten zu dürfen. Nicht um Sein oder Nichtsein handelt es sich, wie uns so oft vorgetragen wird, sondern darum, wer in dem polnischen Busch seine Pfeifen schneiden soll.

So oft wird uns gesagt, daß die großpolnische Idee eine Gefahr für das Deutschland bedeute, aber keiner jener Propheten will das einzige Mittel gelten lassen, das dieser Gefahr vorzubeugen imstande wäre. Nur das vollste Recht, sich national anzuleben, nur die ungebundenste demokratische Freiheit, nur der wirksamste Schutz gegen die Ausbeutung des Volkes durch nationale oder fremdnationale Herren könnte die Polen zu sicheren Bürgern des Reiches machen! Man vergesse doch nicht, daß auch das deutsche Volk zerrissen ist, und daß sich dennoch niemand jenseits des Vordens nach der preussischen nationalen Einheit sehnt. Weder das einseitige Liebesgeißel mit dem Posener Schlagzeugtum, noch die Schreckenspolitik von heute vermag sich an Sicherheit der Wirkung mit jenem einfachen Mittel messen.

Was immer drum sich in den nächsten Tagen zu Posen begeben mag, es muß ein Schritt auf abwärtsgehendem Wege sein. Jenen Mächten, die nun dort das Wort führen, ist es nicht gegeben, das Evangelium der Völkereinheit zu predigen, das da lautet: Wir wollen, daß alle Menschen frei, nicht aber, daß alle Menschen Deutsche sein sollen! Die Erbschaft dieser wahrhaft großen und wachsenden nationalen Idee hat längst der internationale Socialismus angetreten. In Posen wird man sie ihm heute nicht streitig machen.

Die **Sicherheitsmaßregeln** für die Person des Kaisers, die in Posen getroffen werden, sind, wie der „Vollzeitung“ von dort geschrieben wird, außerordentlich. Die Posener Polizei ist durch viele hunderte Polizeibeamte aus Weich und Breslau verstärkt und dazu kommen noch unzählige Weichimpolizisten. Im Provinzialmuseum, wo die Vernehmungen stattfinden, werden schon seit einigen Tagen die Säle Tag und Nacht durch Militär bewacht. Im Provinzialmuseum wurden in den letzten Tagen wiederholt sämtliche Heizkanäle und Entlüftungsröhre besonders sorgfältigen Revisionen unterzogen. Die Prüfung und Untersuchung dieser Heizkanäle und Entlüftungsröhre erfolgt jetzt täglich.

Aber im Liebe hieß es einst: Nicht Aoh noch Reifige... Liebe des Volks allein...

Die Gewerbe-Aufsicht im Deutschen Reich.

Zu Beginn des Sommers hatte das Reichsamt des Innern die Berichte der Gewerbe-Aufsichtsbeamten für 1901, die diese in den einzelnen Bundesstaaten erstattet hatten, in einem dreibändigen Sonderabdruck herausgegeben, dem jetzt als Band IV die tabellarischen Uebersichten, das Verzeichnis der Gewerbe-Aufsichtsbeamten sowie das Gesamtregister folgten. Diese ungelagerte Wiedergabe der Originalberichte ist seit 1899 infolge einer von unsrer Fraktion ausgehenden Anregung an Stelle des bis dahin im Reichsamt des Innern hergestellten „Auszugs aus den Berichten“ getreten, der gerade nicht ein Muster von Vollkommenheit und Objektivität war. Fast noch schlimmer wurde es aber von 1899 ab, wo zwar die ungelagerten Berichte den Reichstagsmitgliedern zugingen, aber mit einem so unzureichenden Register versehen, so daß es nur wenigen, mit sehr viel freier Zeit beschenkten Personen möglich war, aus den mehr als 3000 Seiten der Berichte ein Bild zu gewinnen, denn das Register erleichterte nicht diese Aufgabe, sondern erschwerte sie.

Diesmal sind wir nun in der seltenen Lage, dem Reichsamt des Innern ein volles Lob spenden zu können. Das zum Jahrgang 1901 gelieferte Register entspricht in seinem Systeme vollständig den von uns gemachten Vorschlägen, ist nach dem Muster des preussischen, das stets ein brauchbares war, angefertigt und giebt nicht ein verwirrendes Hausenwerk von Zahlen, sondern eine bis in kleinste Details geordnete Uebersicht über den Inhalt der drei Bände, so daß es möglich ist, sich schon allein durch das Register über den Inhalt der Berichte und damit über die Tätigkeit der Gewerbe-Aufsichtsbeamten und die Lage der Arbeiter zu orientieren. Das Register ist damit geradezu

zu einem selbständigen Werk geworden, das selbstverständlich nicht das Studium der Originalberichte überflüssig macht, aber es außerordentlich erleichtert. Gleichzeitig zeigt es den einzelnen Aufsichtsbeamten, welche Lücken ihre Berichterstattung und Tätigkeit hat, so daß sie jene ausfüllen können, wenn sie wollen und — dürfen! Dürfen — denn sie sind ja von oben herab zu einer fast unerschöpflichen Langmut gegenüber den Unternehmern verurteilt, obwohl diese nach wie vor mit nur vereinzelten Ausnahmen dem Arbeiterschutz wie der Gewerbe-Aufsicht einen mindestens passiven Widerstand entgegensetzen, d. h. nur gezwungen sich zu den durch das Gesetz vorgeschriebenen Einrichtungen verstehen. Wenn in den Berichten der Aufsichtsbeamten darüber nur selten Klage geführt wird, so hat dies dieselbe Ursache, wie jene Langmut, nämlich die Vorschriften der Dienstamtsweisungen. So heißt es in der von 1892 für die preussischen Aufsichtsbeamten: „Von dem Recht, polizeiliche Straffestellungen zu treffen, sollen die Gewerbe-Aufsichtsbeamten keinen Gebrauch machen, von dem Rechte, polizeiliche, nötigenfalls im Wege des Verwaltungs-Zwangsverfahrens durchzuführende Verfügungen zu erlassen, sollen sie nur ausnahmsweise in denjenigen Fällen, in denen Gefahr im Verzug ist, Gebrauch machen.“

Wie bei den Soldatennußhandlungen kommen auch bei diesen Arbeiternußhandlungen durch die Unternehmer nur die allerkräftigsten Fälle zur öffentlichen Kenntnis. Und wie bei jenen sind die Gerichte von einer Milde des Urteils, das in scharfem Gegensatz zu der unerbittlichen Strenge steht, mit denen Verletzungen der Arbeiter geahndet werden. Früher haben einzelne Gewerbe-Aufsichtsbeamte wenigstens manchmal ihre Milde über gar zu milde Bestrafungen der Unternehmer ausgesprochen, jetzt ist davon nichts mehr zu finden. Aber registriert sind verschiedene Fälle, die deutlich zeigen, wie wenig streng die Gerichte vorgehen gegen die Arbeiterschutzbestimmungen bestrafen. Nur einige Beispiele!

In Posen sind an einer Hobelmaschine die Schutzvorrichtungen entfernt und befanden sich abseits der Maschine an einer Wand stehend. Ein 18 jähriger Schreiner verunglückte infolgedessen an dieser Maschine; er wird am Daumen der rechten Hand verletzt und ist 2 Wochen arbeitsunfähig. 3 1/2 Wochen später wurden demselben Arbeiter an derselben Maschine vier Finger der linken Hand vollständig abgerissen. Die Strafammer hält zwar den Unternehmer für schuldig der fahrlässigen Körperverletzung, verurteilt ihn aber nur wegen des ersten Unfalls und zwar zu 25 Mark Geldstrafe, den Verursacher für schuldig wegen beider Unfälle. — Resultat: 100 Mark Geldstrafe!

Im Bergrevier Saargemünd wird ein Steiger wegen fahrlässiger Tötung eines Arbeiters verurteilt — zu einer Woche Gefängnis. In einer Spinnfabrik im Bezirk Kassel ist das Zahnradgetriebe einer Aufzugswinde ungeschützt; dem Arbeiter werden vier Finger abgedrückt, die beiden Vertriebsinhaber werden mit je 100 Mark bestraft. Im Bezirk Koblenz fehlt an einer Kreisloche die Schutzvorrichtung; ein Arbeiter wird infolgedessen erheblich verletzt, der Inhaber der Holzbearbeitungs-Fabrik mit 30 Mark bestraft, im Bezirk Köln ein Fleischermeister wegen fahrlässiger Körperverletzung, hervorgerufen durch Fehlen einer Schutzvorrichtung an einer Fleisch-Schneidemaschine, mit 10 Mark! Im Unter-Elb wurde ein Monteur, durch dessen Schuld ein Gerüst zu schwach aufgebaut, zu schwer belastet und ein Mitarbeiter getötet wurde, zu vierzehn Tagen Gefängnis verurteilt und der Besitzer einer Zuderwarenfabrik wegen Vernachlässigung der in der Bauordnung enthaltenen Vorschrift über seinen Warenaufzug, wodurch eine Arbeiterin verletzt wurde, zu 4 (vier) Mark Geldstrafe! In Baden bekam ein Sägewerkbesitzer, der es unterlassen hatte, um eine liefliegende Transmissionswelle eine Schutzverkleidung anzubringen, so daß ein Arbeiter erfasst und getötet werden konnte, acht Tage Gefängnis. Sehr häufig ist die Ueberlastung der Sicherheitsventile, die zu den entsetzlichsten Katastrophen führen kann. Aber welche geringe Strafen stehen darauf! Im Bezirk Breslau trafen den Zeigelemeister 30 Mark, den Maschinisten im Wiederholungsfall 50 Mark, im Bezirk Erfurt den Kesselbesitzer 10 Mark, im Bezirk Minden 8 Kesselbesitzer und Heizer mit 5—21 Mark, im Bezirk Kassel ein Molkereibetriebsleiter und sein Gehilfe mit je 15 Mark, weil sie das Sicherheitsventil wiederholt überlastet hatten!

Ist es da nicht selbstverständlich, daß die Unternehmer sich um die Anordnungen der Aufsichtsbeamten nicht kümmern? Sind doch die Ankosten der Sicherheitsvorrichtungen weit höher als die Bestrafungen, die doch nur zu zahlen sind, wenn die Verletzung entdeckt wird! Recht kennzeichnend ist folgende Bemerkung des Berichts aus Oberfranken:

„Die sehr Steinbruchbesitzer an ihrem Arbeitsverfahren festhalten, beweist der Fall, daß, trotzdem bei der beliebigen Steingewinnung bereits drei Arbeiter getötet wurden, immer wieder das Gleiche der Grundsteine und Einstürzen der darüber liegenden Gesteinswand konstatiert werden muß.“

Wäre eine einzige der hier doch groben fahrlässigen Tötung entsprechend strenge Bestrafung der Unternehmer erfolgt, dies „beliebte Verfahren der Steingewinnung“ wäre längst abgeändert und den Arbeitern das Leben erhalten worden!

Uebrigens teilen die Aufsichtsbeamten nur in den seltensten Fällen die Höhe der Bestrafungen mit. Es würde aber die Tätigkeit der Gewerbe-Aufsichtsbeamten und den Schutz der Arbeiter erhöhen, wenn den Berichten jedes Jahr ein genaues Verzeichnis der erstatteten Anzeigen und der Höhe der Strafen unter Angabe der Firma des Bestraften erfolgte — eine Forderung, die von unsrer Seite schon oft im Reichstags erhoben wurde!

Nach schlimmer wie mit dem Unfallsgesetz steht es mit dem Gesundheitschutz der Arbeiter in den Betrieben. Die meisten Unternehmer können sich freiwillig nicht im geringsten darum, ob die bei der Arbeit entstehenden Gase und Dünste, Staubmassen und giftigen Substanzen den Arbeiter ruinieren oder nicht. „Das sind eben Berufskrankheiten“, heißt es. Nun — Erfahrung und Forschung beweisen, daß es gar keine solche Berufskrankheiten zu geben braucht, wenn seitens der Unternehmer dafür gesorgt wird, daß die Vorschriften den Anforderungen der Hygiene entsprechen, die Arbeitszeit nicht zu lang ist und die Arbeit nicht zu intensiv gemacht wird — letzteres geschieht ja mit Hilfe Herabdrückung der Accordlöhne unausgesetzt. Das Register spricht von der Gleichgültigkeit bezw. Widerstand der Arbeitgeber gegenüber den Anordnungen der Gewerbe-Aufsichtsbeamten“ bezüglich des Gesundheitschutzes der Arbeiter. So heißt es im Bericht für Unter-Elsaß:

Die häufigen Anregungen zur Herstellung ordentlicher Umkle- und Wascheinrichtungen haben im großen und ganzen wenig Erfolg gehabt. Es scheint, daß das jetzt lebende Geschlecht der fähigsten Personen in diesen Industriezweigen (Eisenverarbeitung) zum Teil noch nicht reif ist für dergleichen und den positiv größeren Geschäftswert auf ihre persönliche Sauberkeit bedacht Arbeiter noch nicht zu schätzen weiß. Der Hauptteilhaber einer größeren Eisenfirma erklärte, er werde nie eine andre Einrichtung treffen, die Verwendung solcher (unreiner, sonst im Betriebe verwendeter) Eimer zum Körperwaschen sei traditionell in der Eisenindustrie, er setzte sich auch nicht davor, und dann wusch er zur Verkräftigung des Gesagten im schmutzigen Wasser eines solchen Eimers seine Hände. Auch sein Betriebsdirektor wollte von besseren Einrichtungen nichts wissen, weil bei einer großen Firma im Rheinland genau ebenso verfahren werde. Ähnliche Verurteilungen auf schlechtes Beispiel anderer und größerer Unternehmungen wurden auch anderwärts vorgebracht.

Wehr noch als die Berichte melden, wissen die Arbeiter aus eignen praktischen Erfahrungen heraus zu berichten. Freilich — es gibt noch große Massen von Arbeitern, die auf gesundheitliche Einrichtungen gar keinen Wert legen, sie nicht benutzen oder nicht in stand halten. Aber ganz zutreffend heißt es darüber im Bericht aus Württemberg I: „Die organisierten Arbeiter machen von dieser Gleichgültigkeit eine Ausnahme.“ Die organisierten — weil sie durch Vorträge in ihren Organisationen über den außerordentlichen Wert unterrichtet sind, den gesundheitliche Einrichtungen für sie besitzen, und wie der jetzt noch fast überall herrschende Mangel an solchen schuld daran ist, daß das Heer der Lungenschwindsichtigen unter den Arbeitern so entsetzlich groß ist. Prof. L. Lewin hat im vorjährigen Jahre in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ darauf hingewiesen, daß gewerbliche Vergiftungen als Ursache angesehen werden müßten. In der „Neuen Zeit“ (Band II S. 347 u. ff. dieses Jahrgangs) sind seine sehr beachtenswerten Darlegungen ausführlich wiedergegeben. In Preußen sind, wie die Berichte zeigen, von zwei Arbeitern Prozesse angestrengt worden, der eine im Bezirk Wertheim von einem Arbeiter in einer elektrochemischen Fabrik — allerdings ohne Erfolg, weil begutachtet wurde, daß „in der Einrichtung und dem Betriebe der Fabrik alles gefehlt sei, was zum Schutz der Gesundheit der Arbeiter nach der heutigen, allerdings noch mangelhaften Kenntnis über die Entstehungsdursache der Krankheit gethan werden kann“. Der andre Arbeiter klagt gegen eine im hiesigen Bezirk gelegene Bleiweißfabrik auf Grund des § 823 des Bürgerlichen Gesetzbuchs; dieser Prozeß ist noch nicht entschieden. Wie das oben angeführte Gutachten zeigt, können die Arbeiter bei Klagen auf Grund des Bürgerlichen Gesetzbuchs oder des Haftpflicht-Gesetzes Opfer der noch nicht genügend orientierten Sachverständigen werden. Bei einer Klage auf Grund des Unfallgesetzes ist dies aber nicht möglich, da es bei diesem nicht darauf ankommt, ob der Unternehmer an dem verursachten Schaden schuld ist, sondern nur, ob sich der Unfall im Betriebe ereignete. Ganz richtig schreibt deshalb der Braunschweiger Beamte:

„Wenn in einzelnen Fällen seitens der Arbeitnehmer unter Hinweis auf gesundheitsgefährdende Einflüsse der Unternehmer haftpflichtig zu machen gesucht wird, so ist das im Hinblick auf die erstrebte Unfallrente sehr begreiflich. Möglich aber ist es nicht immer, auf Grund der gerichtlichen esforderten Gutachten den Arbeitnehmern zu ihrem vermeintlichen Rechte zu verhelfen.“

Und eben weil es nicht immer, ja fast nie möglich ist, hier den Arbeiter mit Hilfe der Gerichte zu schützen, gerade deswegen ist die Hygienische Fürsorge in den Betrieben so außerordentlich gering. Zur Abwendung von Unfall-Schadensvorrichtungen kann der Unternehmer durch Anordnung der Berufsvereinigungen, der Polizei oder der Gewerbe-Aufsichtsbeamten schließlich gezwungen werden, zu gesundheitlichen Schutzvorkehrungen aber in weit geringerem Maße, und da er selbst keinen Schaden von den Krankheiten der Arbeiter hat, so geschieht fast nichts.

Summa die Gewerbe-Aufsicht ja, wie wir jedes Jahr immer wieder hervorheben müssen, so unvollkommen ist, daß sie nur zum allergeringsten Teil ihre Aufgaben zu erfüllen vermag. Die — auch erst auf unsere Anregung hin — jetzt zusammengestellte Tabelle zeigt, daß durchschnittlich nur 39,5 Prozent der Betriebe seitens der Beamten revidiert wurden! Und wie verlaufen die meisten dieser Revisionen! Der Beamte durchwandert die Betriebsräume, deren Eigenart infolge der in ihnen betriebenen Produktion ihm mindestens bei den ersten Besuchen ganz unbekannt ist. Nur die größten Verfehle gegen die gesetzlichen Vorschriften können ihm auffallen und davon wieder nur diejenigen, die sich so gleich bemerkbar machen. Die meisten Mängelstände werden erst vorgefunden, wenn man längere Zeit in dem Arbeitsraume weilt, und zwar nicht als ruhiger Besucher, sondern als schwer angestrengter Arbeiter! Sich beim Besuche durch Fragen zu orientieren, ist dem Aufsichtsbeamten unmöglich — oder nicht zu raten. Daß er die Arbeiter nicht fragen kann und darf, darüber melden auch in diesem Jahre die Aufsichtsbeamten aus allen Gegenden; die meisten sagen es als so bekannt voraus, daß sie darüber gar nicht mehr schreiben. Der Arbeiter wird gemahregelt, wenn er den Gewerbe-Aufsichtsbeamten auf Mängelstände in Betrieben aufmerksam macht; das ist so gut wie Regel. Wieben also dem Aufsichtsbeamten nur die Unternehmer oder deren Angestellte zur Befragung — und das ist doch den Vork zum Götter machen, wenn diese Interessenten der Ausdeutung wegen des Schutzes der Arbeiter interpelliert werden!

Soll die Gewerbe-Aufsicht etwas leisten, so muß sie selbstverständlich zunächst über mehr Personal verfügen, dann aber auch mit den Arbeiterorganisationen in ständiger Fühlung sein, so daß sie von diesen, ohne daß der einzelne Arbeiter gefährdet wird, alles Wissenswerte erfährt. Ja, eine den Interessen des Arbeiterschutzes genügende Inspektion müßte in der Weise eingeleitet werden, daß der Aufsichtsbeamte sich zunächst — selbstverständlich ohne daß die Unternehmer davon etwas erfahren — mit der örtlichen Berufsorganisation des betreffenden Industriezweiges in Verbindung setzt, von dieser sich Auskunft holt, welche Beschwerden über die zu inspicierende Anlage eingegangen sind, respektive veranlaßt, daß die in jener beschäftigten Arbeiter durch ihren Organisationsvorstand befragt und auch instruiert werden, was sie zu fordern haben — und daß dann der Aufsichtsbeamte die Anlage untersucht. Dann würde er allerdings so viel auch bei einer verhältnismäßig kurzen Inspektion sehen, daß den

Unternehmern Hören und Sehen verweigert! Den Unternehmern und ihren ministeriellen Beschützern! Und eben weil diese Art Inspektion die Gewerbe-Aufsicht zu einer erst wirklich gründlichen gestalten würde, deshalb ist es nur erst in wenigen Staaten üblich, daß die Aufsichtsbeamten mit den Organisationen der Arbeiter in Verbindung treten. In Preußen haben, wie wir bei Besprechung des preussischen Berichts (am 26. Juni d. J.) zeigten, sich in diesem Jahre schon die Beamten von ganzen neun Bezirken (von den vorhandenen sechsunddreißig) mit den Arbeiterorganisationen in Verbindung gesetzt, resp. Beschwerden derselben angenommen und geprüft. Auch in Sachsen ist dies seitens einzelner Inspektionsbezirke geschehen. Systematisch ausgebaut ist dieser Verkehr aber nur in Baden, wo ihm der vor kurzem leider verstorbene, um den Arbeiterschutze hochverdiente Chef der badischen Inspektion, Dr. Wörtschöffer, die Wege ebnete, in Bayern und ganz besonders in Württemberg, dessen Berichte in sozialer Erkenntnis und objektiver Beobachtung mitunter vortrefflich sind. Das sind aber alles nur kleine Anfänge, die sich die Arbeiter durch ihre Organisationen wie durch die unablässigen Kämpfe in der Presse wie in den Parlamenten errangen! In der Hauptsache ist die Gewerbe-Aufsicht im Deutschen Reich noch ungenügend, sowohl an Zahl der Beamten wie in ihrer ganzen Organisation. Die Hinzuziehung von Arbeitern selbst ist noch nirgends erfolgt, und doch ist sie unumgänglich notwendig. Am deutlichsten zeigt sich dies bei den weiblichen Gewerbe-Aufsichtsbeamten, die im vergangenen Jahre tätig waren und zwar in Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, Sachsen-Weimar und Sachsen-Coburg-Gotha mit insgesamt 17 Ämtern. In einigen Bezirken wurden sie „von den Arbeiterinnen nicht sehr in Anspruch genommen, die Sprechstunden sind unbesucht geblieben“, in anderen haben sie nur wenig erfahren Können, da die Arbeiterinnen noch ängstlicher wie die Männer — und leider mit Recht — fürchteten, entlassen zu werden, wenn sie mit der Beamtin sprechen. Der Gewerbe-Aufsichtsdiens ist sich eben nur im Anschluß an die Organisationen der Arbeiter durchzuführen — und so lange das nicht geschieht, bleibt er unzureichendes Stückwerk.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 1. September.

Die Fleischsteuerung.

Die konservativen und agrarischen Zeitungen versuchen mit allerlei Verlogenheitsausreden die Folgen ihrer gemeingefährlichen Grenzsperr-Politik zu verdecken. Aber die schweren Tatsachen der zunehmenden Fleischnot sind zu offenbar als daß irgendwelche Ausflüchte Erfolg haben könnten. Auch der übliche Versuch, alle etwaige Schuld auf die Zwischenhändler und die Fleischer zu werfen, erscheint völlig mißfällig auch für uns, die wir in Händlern und Fleischern nicht weniger als die Verkörperung der Unheimlichkeit erblicken. Aber selbst amtliche Organe, die fern sind von jedem Verdacht, „unmäßige Deumrahmung“ in die Landbevölkerung tragen zu wollen, sehen sich zum Geständnis der großen Gefahr genötigt, die durch wachsenden Fleischmangel und unerschwingliche Fleischpreise für die Ernährung des Volkes droht.

Der „Dresdener Anzeiger“, das Magistraatsblatt in einer Stadt, deren konservativ-antifemilische Verwaltung für jede agrarische Maßnahme eintritt, veröffentlicht jedoch eine sehr bemerkenswerte Zuschrift, in der u. a. dargelegt wird:

„Was Dresden anlangt, so ist der Auftrieb auf dem hiesigen Centralfleischhof im Laufe der letzten Jahre allmählich immer geringer geworden, obgleich die Einwohnerzahl der sächsischen Residenz ohne Unterbrechung erheblich gewachsen ist und demzufolge der Fleischkonsum bei gesunden Verhältnissen zugenommen haben müßte. Hierdurch dürfte deutlich bewiesen sein, wie dringend notwendig das Öffnen der Grenzen, sowie die Herabsetzung der Hölle zum Zwecke leichter und billiger Einfuhr von Schlachtvieh aller Art ist, weil die deutschen Viehzüchter und Mäster thätiglich sich nicht in der Lage befinden, den Bedarf zu decken. Von gewisser Seite wird man, wie dies schon wiederholt geschehen ist, sofort mit der Behauptung bei der Hand sein, daß die Landwirte recht wohl im stande seien, den Fleischbedarf zu decken, was ja schon dadurch erwiesen sei, daß auf den deutschen Schlachtviehmärkten fast regelmäßig, namentlich in Schweinen und Rindern, nicht unanständige Posten unverkauft stehen bleiben und aus dem Grunde von keinem Mangel die Rede sein könne. Dieser Einwand ist infolgedessen völlig unhaltbar, als die bezeichneten Ueberstände lediglich dadurch entstehen, daß die Fleischpreise für ungezählte Familien nahezu unerschwinglich geworden sind und von den meisten unermittelteren Hausfrauen der Fleischkonsum entweder auf das äußerste beschränkt oder — mit etwaiger Ausnahme von Sem- und Festtagen — möglichst vollständig vermieden wird.“

Und weiter sagt das rassistische Blatt:

„Hier in Dresden würde wirklich gutes Rindfleisch andauernd sehr knapp sein, wenn die Einfuhr aus dem nahen Böhmen wegfiele. So werden wenigstens für schwere Geld gute Rinder auf die hiesigen Märkte gebracht. Die außerordentlich groß aber die Unkosten sind, mag aus folgendem erhellen: An der österreichischen Grenze ist der deutsche Reichszoll und in Dresden die Verzehrsteuer zu entrichten; dazu kommen noch die Schlachtsteuer, Gebühren für die sanitäre Untersuchung, Frucht- und Schlachtzinsen, Futterkosten, Standgelder etc. und daß die Einkaufspreise in Oesterreich schon seit längerer Zeit auch nicht mehr billige sind, weiß jeder Fleischer, Landwirt und Händler zur Genüge.“

Sehr peinlich dürfte es den Agrariern sein, daß die Centralpresse, welche bisher mit ihnen die Fleischnot zu vertuschen suchte, neuerdings sich genötigt sieht, eine gründliche Revision ihres Standpunktes vorzunehmen. Die Centralpresse scheint sich aufhebend dem doch, zu dem Groll, den ihr Vrotwucher in den arbeitenden Klassen erregte, auch die Verzweiflung der durch die Fleischnot in ihrer Nahrung Bedrängten wider sich zu entstellen.

So findet sich in „Colmarer Courier“, einem stramm schutzamerikanischen Blatt, eine Korrespondenz aus Münster, in der ausgeführt wird:

„Drei Stunden von Münster, in Frankreich, kostet das Schweinefleisch 13—14 Sous (1 Sou = 4 Pf.), dementsprechend auch die übrigen Fleischsorten. Während wir hier unter einer thätiglichen Steuerung senzen und das Fleisch enorm hoch bezahlen müssen, hat man jenseits der Grenze niedrige Preise und dabei noch Mülle, das Vieh abzugeben. Die Landwirtschaft verdient gewiß alle Hilfe, aber keinesfalls darf der Schutz für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse dahin ausweichen, daß dem größten Teile des Volkes ein hochwertiges Nahrungsmittel beinahe bis zur Unerschwinglichkeit verteuert wird. An unsere Vertreter im Reichstag und Landesauswahl aber ist es, die Regierung aufzufordern, Mittel zur Milderung der Fleischsteuerung zu ergreifen. Bei uns im Elsaß wäre ein wirksames Mittel ja rasch gefunden: Man dürfte nur die Grenzsperr für Vieh aus Frankreich aufheben.“

Und nicht nur ein weniger maßgebendes Centralblatt schreibt also, das reichshauptstädtische Blatt der Partei, die „Germania“ bringt eine Artikelserie, in der die Ursachen der Teuerung dargelegt werden und diese Teuerung in ihrer erschreckenden Größe zugestanden wird.

Was sagen die konservativen Fleischnotkämpfer zu den Ausführungen des in allem Vollwucher ihnen inimig verbandeten Centralblattes? Wir citieren daraus:

„Enorme Preissteigerungen haben in den letzten Jahren fast alle Lebensmittel und Lebensbedürfnisse verteuert und so zu Einschränkungen geführt, die nicht nur im Volkshaus halt, sondern auch in den einzelnen Familien um so bitter empfunden wurden, als die guten Lohverhältnisse der letzten Jahre des vorigen Jahrzehnts ziemlich rasch einem rapiden Niedergange auf allen industriellen Gebieten Platz machten. Nun zu guter Letzt kommt noch eine Fleischteuerung, die, wenn sie noch länger anhalten sollte, zu einer wahren Katastrophe auszuarten droht.“

Das Merkwürdige an der gegenwärtigen Lage ist, daß die Klagen so ziemlich aus allen Gegenden des Deutschen Reiches ertönen und aus dem Westen bezw. Südwesten noch mehr als aus dem Norden, denn die Preise von Mannheim, Stuttgart, Straßburg etc. übersteigen die der Reichshauptstadt noch um ein Bedeutendes.“

Daß die Grenze gesperrt ist, und die Sperre in den letzten Monaten selbst für die Grenzbevölkerung bedeutend verschärft worden ist, ist Thatsache, Thatsache auch, daß unsere Landwirtschaft momentan zu wenig schlaughters Vieh für den Markt liefern kann. Wie dem Schreiber dieses erzählt wurde, waren verschiedene bayerische Landwirte und Viehhändler, die dieser Tage den Berliner Markt besuchten, geradezu erstaunt über das viele Magervieh, das sie zum Verkauf, d. h. als Schlachtvieh aufgetrieben fanden. Daß auch anderwärts bis höchstens zweijährigen Tieren, die zudem fast nur auf der Weide gewesen sind, in ein paar Wochen Mast- und Stallfütterung keine fetten Tiere zu erzielen sind, wird jedem Landwirte einleuchten. Das ist aber momentan der Fall und man kann sagen, die Signatur aller deutschen Märkte. Für minderwertiges Fleisch mag eine solche Schlachtung schließlich noch angehen, sie versagt aber, wenn, wie hier in Berlin, gutes Fleisch geliefert werden soll. Dann müssen die Preise für diese Ware enorm in die Höhe schnellen, wie es auch aus anderen Gegenden berichtet wird.

Vorläufig ist noch am kein Ende der Katastrophe zu denken, da mit dem Eintritt der kalteren Witterung Konvention- und Wurstfabriken erhebliche Ansprüche an den Markt stellen und darum die Preise voraussichtlich bis zum Ende ihrer Campagne (Ende Februar bis Anfang März) auf der Höhe halten werden.“

Sachlich schildert die „Germania“ als Symptom der Fleischnot die Zunahme der durch die Grenzbevölkerung zollfrei über die Grenze geholten Fleischmenge:

„Angefaßt der hohen inländischen Fleischpreise und der vielfach hervorretenden Fleischknappheit ist es bemerkenswert, wie sich seit einigen Monaten die zollfreie Einfuhr von Fleisch seitens der Grenzbevölkerung gesteigert hat. Nach den vorliegenden amtlichen Nachrichten wurden im laufenden Jahre bis Ende Juli im zollfreien Grenzverkehr 3149 900 Kilogramm Fleisch aus dem Auslande eingedracht gegen 1986 300 Kilogramm im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Specially die Einfuhr von Schweinefleisch einschließliche Speck und Schinken hat sich von 1 198 600 auf 2 330 900 Kilogr. vermehrt, gegen das Vorjahr also annähernd verdoppelt. Schon wäre die Zunahme noch größer, wenn nicht die den Grenzbevölkern durch den derzeitigen Zolltarif gewährte Vergünstigung, Fleisch in Einzelmengen bis zu 2 Kilogramm zollfrei über die Grenze zu bringen, im Laufe der letzten Jahre vielfach im Zusammenhang mit den Sperrmaßnahmen eingeschränkt worden wäre. Bisher hat die zollfreie Grenz-einfuhr, die außer für Fleisch auch für Butter, Brot und Mehl gewährt ist, stets zugenommen, wenn im Inlande hohe Preise oder Knappheit in Lebensmitteln herrschten, und somit dürfte die jeweilige Steigerung wohl auch als eine Folge-Erscheinung der derzeitigen Knappheit in der inländischen Fleischversorgung zu betrachten sein.“

Ans Thüringen wird uns geschrieben:

Die Fleischnot und exorbitante Fleischteuerung ist hier erst in der letzten Woche in ein besonders akutes und böses Stadium getreten. Daß wir erst ein wenig später, wenn nun auch desto plötzlicher und schärfer, diese neueste Geißel des Volkes zu spüren bekommen, liegt in der Hauptsache an den bauerlichen Besitz- und Betriebsverhältnissen der Thüringer Lande, wo, wie bekannt, von einigen Ausnahmen abgesehen, der kleine und kleinere bauerliche Betrieb mit starker Viehhaltung vorherrscht. Nun hat aber der plötzlich erhöhte Fleischmangel im besonderen der Großstädte von hier erst die starke Vieh- und Fleischwarenmengen, die Thüringen bekanntlich auch sonst nach anderen Provinzen abführt, weggeführt, und die Preise sind plötzlich ganz enorm in die Höhe geschwollen. So war z. B. in Arnstadt mehrere Tage in der letzten Woche überhaupt keine Wurst in verschiedenen großen Fleischläden zu bekommen und die Preise sind für Arbeiter und kleine Leute unerschwinglich geworden; das Pfund Schweinefleisch 80 und 90 Pf., die gewöhnliche Rotwurst 90 Pf. bis 1. M. und Cervelatwurst 1.80 M. bis 2 M. das Pfund, das sind für Arnstadt wie in ganz Thüringen jetzt die Normalpreise!

Roch stärker sind die Wirkungen in den größeren Städten Thüringens, z. B. in Erfurt. Die ärmere Bevölkerung, selbst die kleinen Beamten schränken ihren Fleischkonsum auf ein Minimum ein, wenn sie nicht überhaupt gewissermaßen Vegetarianer werden. Durch den härteren Gemütskonsum sind aber plötzlich auch die Gemüsepreise gestiegen! Um überhaupt jetzt mal einen Happen Fleisch, wenn auch minderwertiges von der Freibank, zu erhalten, spielen sich dieser Tage vor dem Erfurter städtischen Schlachthause laum glaudliche Szenen ab. Am Morgen, früh 8 Uhr, nachdem erst am Abend vorher die betreffende Bekanntmachung erschienen war, drängten sich die Armen vor dem Pförtchen des Schlachthofes; meist abgehärmte, bleiche Frauen, denen die bitterste Not vom Gesichte abzulesen ist. Leider zeigt sich die Schlachthausverwaltung in Erfurt zu all dem Elend noch sehr rigoros; so ließ sie bei dem schlechtesten Wetter die armen Leute auf der Straße warten und warten und dann nur einzeln hinein, so daß sie erst nach langem Warten in Wetter und Wind mit einem Stück Fleisch oder auch nur mit einem Topf Fleischbrühe für ihre paar Pfennige wieder abziehen konnten, um ost mit starker Verzögerung zu ihrem weit entlegenen Arbeitsplatz zu kommen. —

Deutsches Reich.

Künstler-Entlassungen in der Reichsdruckerei.

Roch sind die neuesten Leistungen der Reichsdruckerei, die eben ihr 50jähriges Jubiläum feierte, nicht so bekannt geworden, daß man sagen könnte, sie marschiere auch nur technisch an der Spitze ihrer Branche. Es ging und geht alles nach dem berühmten preussisch-deutschen bürokratischen Schema P. Um so erfreulicher wirkte immerhin seiner Zeit die Nachricht, daß man jüngere Künstler, wie Sattler, Satterlin, Pankof, Schme, Knab und andre herangezogen habe, um künstlerisch die morischen Traditionen des Instituts zeitgemäßer umzugestalten oder gar ganz abzulegen. Aber schon als man die ersten Entwürfe der neuen Briefmarken leidhaftig kennen lernte, mußte man süßig werden. Jetzt sichert durch den „Deutschen Buch- und Steindruck“ endgültig durch, daß es an den leitenden Stellen mit einer noch höheren Stelle, die nach den bekannten Museumreden unschwer zu erraten ist, starke Auseinandersetzungen gegeben

hat, deren Folgen in die Demission, versteht sich: freiwilliger, des Direktors und der Entlassung der genannten jungen Künstlergarde bestanden! Die altpreussische Tradition war gerechtfertigt. Man erklärt sich auch, weswegen es bei dem erwähnten fünfzigjährigen Jubiläum der Reichsdruckerei so gar still zugeht und keine besondere Auszeichnung erfolgte.

Was übrigens den einen der Künstler betrifft, den aus München berufenen und nun auch wieder entlassenen Pantof, so war um schon lange bekannt, daß sein Entschluß, des Ausstellungsverzeichnisses des Deutschen Reiches auf der Pariser Welt-Ausstellung, der auch in der Reichsdruckerei hergestellt war, allerhöchster Mithalten an bestimmter Stelle erreicht hatte, dem in sehr drastischen Worten Ausdruck gegeben sein soll. Von der Presse und der fachtechnischen und ästhetischen Kritik war es zwar rückhaltlos anerkannt worden; aber seit wann wäre dies maßgebend? Jetzt ist die Reichsdruckerei also gänzlich — desinfigiert. —

Die Schandlosigkeit deutscher Staatsbürger gegen Rußland.

Ein Seitenstück zu dem Fall Kugler veröffentlicht das Katowitzer Polenblatt. Es heißt in dem Artikel dieses Blattes unter anderem: Täglich bringt die deutsche Presse immer mehr Beweise dafür, daß die Russen den preussischen Staatsangehörigen eine rücksichtslose Behandlung zu teil werden lassen. Im April 1901 verhaftete man in Wilowice den preussischen Unterthan Vorkh aus Königsbütte ohne jegliche Ursache, und brachte ihn in das Betrükauer Gefängnis. Dort wurde er auf das peinlichste über verschiedene Persönlichkeiten, die eine Rolle in der polnischen Bewegung in Schlesiens spielten, angefragt. Man las ihm die gerichtlichen Strafen vor, die er als Vorhänger eines (polnischen) Vereins erhielt. Wie kommt es, daß die Russen so genau über die persönlichen Verhältnisse preussischer Unterthanen informiert sind? Entweder informierten sie die preussischen Behörden, oder aber russische Agenten überwachen ungestraft preussische Staatsangehörige auf preussischem Boden. Obgleich man bei einer an Herrn Vorkh vorgenommenen Revision nichts Strafwidriges fand, behielt man ihn über vier Wochen im Gefängnis und entließ ihn schließlich gegen Stellung einer Kaution von 75 R. Einjährig fürordnete man 500 Rubel! Herr Vorkh und sein Vater wendeten sich an den deutschen General-Konsul in Warschau, damit er den unschuldig Verhafteten in seinen Schutz nehme. Im April fand man den Brief an den Konsul ab. Die Antwort traf erst am 12. Juli ein; man teilte ihm darin nur mit, auf Grund welches Paragraphen des russischen Gesetzes sein Sohn verhaftet worden war. Darin bestand die ganze Verteidigung des preussischen Unterthanen. Ebenfalls ohne Ursache verhaftete man damals den Arbeiter Glang, einen preussischen Unterthanen. Die Russen behielten ihn über fünf Monate unschuldig im Gefängnis. Auf Bitten des Glang um Vermittlung antwortete der deutsche Konsul in Warschau nach fünf Monaten, als G. sich schon wieder auf freiem Fuß befand; auch ihm teilte er den Paragraphen mit, auf Grund dessen er verhaftet worden war. So sieht der Schand deutscher Unterthanen in Rußland aus!

Wie lange sollen sich deutsche Staatsbürger noch ungestraft von der russischen Polizei vergewaltigen lassen? —

Die rote Garde der Regierung. „Gewehr ab!“ — so ruft die konservative „Ostpreussische Zeitung“; verzweifelt erklärt sie: Bei dem neuen Wahlkampfe werde die „gegen den Brotwucher“ weiternde rote Phalanx als die Garde der Regierung aufzutreten, und es erhebe sich Zweifel, ob es bei solcher Sachlage möglich sein wird, die von konservativem Standpunkte zu wünschende Mäßigung in diesem Kampfe überall zu wahren. — „Es sei darum begreiflich, wenn im konservativen Lager Stimmen laut werden, die es für das richtige halten, wenn die konservative Partei für die nächste Wahl das Kommando „Gewehr ab“ ausruft und dem Bunde der Landwirte das Feld überläßt.“

Es ist Heberzöllner-Art, die Regierung zu erschrecken, indem man sie anlagt, sich auf die Socialdemokratie als Gardetruppe stützen zu müssen, wenn nicht alle agrarischen Tollheiten erfüllt werden.

Die „Kreuzzeitung“, die natürlich weiß, was von diesen Citaten des roten Gespenstes zu halten ist, ist dennoch einigermaßen erschreckt über die lässliche Stimmung der ostpreussischen Gesinnungsgenossen und sie spricht ihr also Mut zu:

„Uns ist nichts davon bekannt, daß solche Pullostigkeit in unsren Reihen eingerissen sei. Im Gegenteil! Es liegt freilich Ursache genug zu pessimistischer Stimmung vor. Aber Gefahren sind dazu da, die Thatsache und den Mut zu stählen. Und was den Pessimismus angeht, — zu allen Zeiten ist er der Vater des Heroismus gewesen. Das werden unsre Freunde im Lande auch jetzt wieder beweisen. Noch unsrer Auffassung würde die konservative Partei, wenn sie auf die Teilnahme an der bevorstehenden Wahlbewegung grundsätzlich verzichtete, zugleich für absehbare Zeit ihre Existenzberechtigung preisgeben.“

Nicht weniger anhaltend als der Scherz von der roten Regierungspolizei, ist dieser Kreuzzeitungsapostroph von konservativen Heroismen u. d. Dieser Heroismus bestand bekanntlich stets in gewaltthätiger Wahlmanoe, in amtlicher Wahlhilfe und Verwalterstellung der Landarbeiter. Auch im Jollkampfe wird die konservative Partei in reichlicher Entgegennahme der amtlichen Wahlhilfe ihren Heroismus betätigen!

Als Biersteuer-Offiziosus sucht sich Herr Schweinburg beharrlich Herrn v. Thielmann in empfehlende Erinnerung zu bringen. Wir haben in dem Leitartikel „Steuerwörter“ die Einkommensteuer-Verhältnisse in Deutschland auf Grund von Thatsachen beleuchtet und auf das Mißverhältnis hingewiesen, das zwischen der Belastung der großen und der kleinen Einkommen besteht. Herr Schweinburg bezieht sich nun und darauf zu beharren, daß es auch Erbschaftsteuern (die wohl auch das „Einkommen“ treffen?) und Konsumsteuern gäbe. Daß das Einkommen der ärmsten Proletariat mit 10–12 Proz. belastet ist, wagt er nicht abzuleugnen, daß aber erklärt er, von allgemeinen Redensarten abgesehen, daß die Belastung der wohlhabenden Klassen durch Konsumsteuern bis zu 15 ja 20 Proz. gesteigert würde. Natürlich weiß sogar Herr Schweinburg, daß er damit Einzelsfälle vorführt, während es sich bei der hohen Belastung des Proletariats um eine allgemeine Erscheinung handelt. Trotzdem meint er: „Die Arbeiterbevölkerung Deutschlands darf sich schon beruhigen!“ — Die wohlhabenden Kreise Deutschlands seien von allen in der Welt am meisten belastet. Das ist nun erstens nicht wahr, und gäbe zweitens, auch wenn es wahr wäre, gar keinen Anlaß, patriotische Freudenfeuer anzuzünden, so lange nichts geschieht, um die viel schwerere Belastung des proletarischen Einkommens zu erleichtern. Es sei der Arbeiterschaft überlassen, ob sie unter solchen Umständen von der freundlichen Erlaubnis Herrn Schweinburgs, sich zu beruhigen, Gebrauch machen will. —

Was ist das: Ein Proletariat? Die „Freisinnige Zeitung“ begreift noch immer nicht, daß die Zahl der Proletariat immer größer werden kann, auch wenn die Zahl jener Personen geringer wird, deren Einkommen sich zufolge der steuerbehördlichen Entscheidungen unter 300 R. bewegt und wenn sich auch inhaltlich die Lebenshaltung der Arbeiter teilweise verbessert hat. Sie sagt, daß wir dem Begriff der Proletariat nicht den Sinn, den man allgemein damit verbindet, beilegen, sondern irgend einen andern, der „steuerrechtlich nicht definierbar“ sei.

Nach Eugen Richter sind also offenbar nur die Leute Proletariat, die keine Einkommensteuer bezahlen. z. B. Herr v. Wangenheim oder jene rheinischen Fabrikanten, die in den letzten Jahren der Krise

als einkommenslos und steuerfrei in der Equipage spazieren fahren und Sekt trinken! —

Nochmal: Graf Waldersee gegen den inneren Feind. Man schreibt uns: In Ihrer Nummer vom Sonntag brachten Sie ein Citat aus einem vom Grafen F. W. Waldersee verfaßten und vom Grafen Alfred „von neuem durchgesehenen“ Leitartikel für den Dienstantritt der Infanteristen, der allerdings nicht neu, sondern in weit über hundert Auflagen verbreitet, darum aber nicht minder interessant ist. Ihre Vermutung, die Soldaten könnten durch die Belehren dieses Leitartikels dazu angeregt werden, sich nach ihrer Dienstzeit genauer über die Socialdemokratie zu unterrichten, scheinen die Grafen Waldersee allerdings vorausgesehen zu haben. Denn gleich ein paar Zeilen nach der von Ihnen gegebenen Stelle findet sich eine andre, nicht minder beachtenswerte, die folgendermaßen lautet:

Der Fahneneid bindet den Soldaten weit über die Dienstzeit hinaus. Auch nach einer Entlassung von der Fahne ist es eine heilige Pflicht, die gelobte Treue unwandelbar zu bewahren. Mit Wort und That müge er jeden verderblichen Bestrebungen der Socialdemokraten (D. V.) entgegenwirken und jeder in seinem Kreise treue patriotische Gesinnung verbreiten zum Heile unsres Kaisers, unsres deutschen Volkes.

Der verantwortliche Redacteur des Leitartikels bleibt also nicht bei seinen bekannten politischen Zielformulirungen, sondern er vermahnt es auch nicht, ausgesprochene Wahlmanoe zu treiben. Er sucht den künftigen Reichstagswählern beizubringen, daß sie ihr Fahnenbindere, für socialdemokratische Kandidaten einzutreten. Graf Waldersee kann natürlich eine solche Wirkung nicht vorgesehen haben, da eine derartige Wahlbeeinflussung, wenn sie mit Absicht geschähe, unter das Strafgesetz fiel. —

Protestversammlungen gegen den Fleischwucher. Aus Mainz wird uns gemeldet: Die Protestversammlung gegen die Fleischtheuerung in der Stadthalle nahm einen imponirenden Verlauf. Die 4000–5000 Anwesenden, Angehörige aller Berufsstände, folgten den Ausführungen des Referenten, Genossen Dr. David, mit lebhaftem Interesse und spendeten ihm stürmischen Beifall. Die Stimmung der Versammlung lieferte den Beweis, daß die Fleischtheuerung die Gemüther aufs tiefste erregt. Es wurden drei Resolutionen einstimmig angenommen: an den Reichstagskanzler, an die hessische Regierung und an die Bürgermeister in Mainz, in welchen um schleunigste Aufhebung der Einfuhrverbote ersucht wird. Der schriftlich eingeladene ultramontane Reichstags-Abgeordnete Dr. Schmidt war natürlich nicht erschienen.

Zur Fleischnot nahmen, wie uns geschrieben wird, zwei stark besuchte Volksversammlungen in Essen und in Essen-Altenhof statt. Es wurden Resolutionen angenommen, in denen die Stadtverwaltung angefordert wird, bei der Regierung die Aufhebung der Grenzsperrung zu beantragen. —

Hungernot in Deutsch-Ostafrika. Die der „Kölnischen Volkszeitung“ von einem Missionar geschriebene Briefe, sind in einem Missionsbezirk in den ersten vier Monaten dieses Jahres 14 Leute an Hunger gestorben. Die an Hunger sterben, ereilt der Tod vielfach auf dem Wege. Die Leute laufen mit ihrem abgemagerten, eingeschrumpften Körper immer noch herum, suchen sich Wurzeln im Walde oder wollen noch zu Verwandten oder in entlegene Gegenden gehen, dabei verlangen aber die Hähe zuletzt doch den Dienst; die Leute sehen sich vor Mattigkeit nieder, und ihr letztes Stöhnen ist oft näher als sie glauben. In weiterer Entfernung, wo keine Unterstützung der Leute statfand, sind die Opfer der Hungernot sehr zahlreich, wohl über 300; die Zahl läßt sich nicht genau bestimmen, weil die Leute in der arößten Noth sich in die Wälder zerstreuten, um sich von den dortigen Waldfrüchten zu ernähren. Leider kamen die Leute daher infolge Mangels an Saatfrucht und Kraftlosigkeit nicht dazu, ihre Felder zu bestellen. Viele Regierdörfer sind ganz verödet. Leute von diesen Armen haben sich in letzter Zeit mehrmals in der Nähe der Mission angeschlossen.

Bekanntlich hat Wilhelm II. seiner Zeit eine Sammlung für die hungernden Eingeborenen Deutsch-Ostindiens angeregt; wie wäre es mit einer Sammlung für die eigneu Landsleute? —

Ausland.

Schweiz.

Glänzender Neubauchesig unsrer Außerfühler Genossen.

Bei den Außerfühler Wahlen, die durch den schamlosen Verwaltungsakt der bürgerlichen Kantonsrats-Mehrheit, die die im April erfolgte Wahl der 27 Genossen kassiert hatte, notwendig geworden waren, zeigten am Sonntag wiederum sämtliche 27 socialdemokratischen Kandidaten über ihre bürgerlichen Gegner. Wie erbitternd die schandö Vergewaltigung gewirkt hatte, beweist der Umstand, daß diesmal die auf unsre Genossen entfallene Stimmenzahl bedeutend größer waren, als bei der Wahl im April. Denn während die socialdemokratischen Kandidaten damals nur 4322–5362 Stimmen erhielten, betrug diesmal die Stimmenzahl 5024–6318 Stimmen. Die Stimmenzahl des bürgerlichen Antisocialistenmischels betrug dagegen diesmal nur 3272–3648 Stimmen gegen 3429–4029 Stimmen im April! Der bürgerliche Klingen hat also eine vernichtende Niederlage erlitten! —

Frankreich.

Zwei neue Reden des Kriegsministers. Bei der Enthüllung eines Kriegerdenkmals in Bourguoin hielt Andre wiederum eine Rede auf die Arme, die diesmal freilich milder handhüßlich klang als seine letzte Rede. Der Kriegsminister erklärte, daß das bewundernswürdige Offiziers-Corps auch während einer zweijährigen Dienstdauer die Arme derartig „erziehen“ werde, daß sie in einem künftigen Kriege siegen werde, dem ein künftiger Kriege müsse siegreich sein. Eine solche Erklärung ist ja ziemlich harmlos, aber harmloser wäre sie noch gewesen, wenn Andre von einem Adwöhrtkrieg gesprochen hätte. —

Bei dem Festmahl nach der Enthüllung des Kriegerdenkmals sagte Kriegsminister Andre in einer Rede: Ich werde einen Trinkspruch auf den französischen Arbeiter ausbringen; im Namen der republikanischen Ration Konrad Jänen sagen, daß kein Mitglied des Kabinetts, die Verantwortung für das gemeinsam unternommene Werk stüchelt. Die Regierung ist entschlossen, den Arbeiter einer Erziehung zu entreißen, die seine geistige und materielle Freiheit nur schädigen kann. Seine Erhebung muß rein weltlich sein, wenn das Werk der Republik nicht gefährdet werden soll. Die ersten Schritte in dieser Richtung haben meine Freunde Millerand durch Regelung des Rechts auf Ausstieg und Walde-Rousseau durch das Vereinsgesetz unternommen. —

Vom Kulturkampf. Die Schulen von St. Nögen, Ploudaniel und Folgret werden mit weltlichen Lehrerinnen im Oktober wieder eröffnet werden. — Eine Reihe Bürgermeister und Schöffen wurden wegen ihrer Haltung bei Schließung der Ordensschulen ihres Amtes enthoben. Der Untersuchungsrichter verhörte einen Großgrundbesitzer, welcher die Bauern angefordert hatte, ihre Gelder aus der Sparkasse zurückzugeben. —

Paris, 1. September. Amtlich wird gemeldet: Der bisherige Botenkanzler in Berlin, Marquis de Roalles, erhielt das Großkreuz der Ehrenlegion. Zu Botenkanzlern sind ernannt: Für Berlin Vilhoird, für Bern Reindere, für Petersburg Bompard, für Madrid Jules Cambon und Washington Jufferand. Zu Gesandten sind ernannt: Crozier für Kopenhagen, Labouliniere für Lairo, Bougarel für Sofia.

England.

Verhandlungen über die künftige Regierungreform in den Boererepubliken. Nach einer Londoner Meldung erwarten die Boerengenerale, Kolonialsekretär Chamberlain werde im Lauf dieser Woche von seinem Landtag nach London kommen, um dort mit ihnen in einer Konferenz die künftige Regierungsform für die ehemaligen Boererepubliken zu erörtern und die Frage der Vertretung der Boeren in den Verwaltungskörpern mit ihnen zu besprechen. —

Die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht scheint man in England trotz der Erfahrungen des südafrikanischen Krieges nicht für möglich zu halten. In einer Rede in Birmingham wies Chamberlain auf den gegen die Regierung erhobenen Vorwurf, sie sei auf den Krieg nicht genügend vorbereitet gewesen, hin. Er sagte, nach seiner Meinung werde das Land niemals die Kosten auf sich nehmen, die erforderlich seien, um immer auf einen Krieg vorbereitet zu sein. Es werde stets notwendig sein, sich an die Vaterlandsliebe des Volkes zu wenden, um für den Mangel eines ständigen Heeres einen Ersatz zu schaffen. Es sei hauptsächlich, wenn nicht gänzlich dem Willen der Freiwilligen zu verdanken, daß England erfolgreich aus dem letzten großen Feldzuge hervorgegangen sei.

Das noch immer über ungeheure materielle Mittel verfügende England hält es also für unmöglich, gleichzeitig den Land- und Wasser Militarismus auf die gleiche Höhe zu bringen. Es verzichtet auf den Landmilitarismus, um seine Flotte auf dem alten Stand halten zu können. Das viel ärmere Deutschland dagegen wähnt, zugleich als Land- wie als Seemacht an der Spitze marschieren zu können! —

Rußland.

Der Prozeß gegen die an der Hungerröbolte beteiligten Banern, der in einigen Wochen in Charlow unter Ausschluß der Öffentlichkeit beginnen soll, soll sich nach der „Frankf. Ztg.“ gegen 300 Angeklagte richten, die an den „Aufstürzungen“ in den Gouvernements Pskow und Charlow beteiligt waren. —

Türkei.

Die Aufhebung der Ausnahmemaßnahmen gegen die Armenier. Dem armenisch-georgianischen Patriarchen Ormanian wurde am Sonnabend vom Sultanz-Palais mitgeteilt, daß das Irade betreffend die Aufhebung der Ausnahmemaßnahmen gegen die Armenier unterzeichnet worden sei. Ormanian hat infolge dessen seine Demission zurückgezogen. —

Zur Dardanellenfrage. Von russischer Seite wird bestritten, daß die Worte die verlangte Durchfahrt durch die Meerengen formell abgelehnt habe; es seien in dieser Hinsicht Verhandlungen im Zuge, bei denen darauf hingewiesen werde, daß der bulgarische Torpedo-Wislo-Rajschdha unter denselben Umständen, nicht armiert und mit der Handelsflagge versehen, im November 1898 die Meerenge passiert habe. —

Asien.

Utkinzhölle. Im Gegenfag zu der vorgestrigen Meldung des Wolfischen Bureaus, die auf den Abschluß des englisch-chinesischen Handelsvertrages schließen ließ, berichtet jetzt Reuters Bureau aus Shanghai, daß der Vertrag noch nicht unterzeichnet ist; Madan und die andern Bevollmächtigten hatten sich zwar zur Unterzeichnung versammelt, fanden jedoch, daß das kaiserliche Edikt nicht befriedigend und undeutlich sei. Madan hatte Vorbereitungen getroffen, am Nachmittage des Tages, an welchem die Unterzeichnung stattfinden sollte, abzureisen, er weigerte sich jedoch, den Vertrag zu unterzeichnen, und verließ seine Abreise, um weitere Mitteilungen aus Peking abzuwarten. Die Nichtunterzeichnung hat Erkennen erregt; die Haltung Chinas zeigt von Mißtrauen. China sucht eine Gelegenheit für die eventuelle Nichtanerkennung des Vertrages.

Demnach dürfte das in der amtlichen „Peking-Zeitung“ veröffentlichte kaiserliche Edikt keineswegs in so unbedingter Weise die Aufhebung der Utkinzhölle verkünden, wie zuerst gemeldet wurde. Wahrscheinlich ist die Fassung eine solche, daß der englische Vertreter befürchtet, diese Rolle könnten unter andern Namen auch weiterhin noch von den in China eingeführten Waren erhoben werden.

Afrika.

Judirekter Arbeitszwang gegen die Eingeborenen. Nach einer Meldung aus Pretoria erließ der Gouverneur der amtierenden Boererepubliken M. Luer eine Verordnung, nach welcher jeder erwachsene männliche Eingeborene eine Kopfsteuer von jährlich zwei Pfund zu zahlen hat. Man glaubt, daß diese Maßregel zur Lösung der Arbeiterfrage beitragen werde.

Bekanntlich weigert sich ein großer Teil der bisherigen eingeborenen Minenarbeiter, zu dem ihnen offerierten niedrigen Lohn Arbeit anzunehmen. Nach der Steuerordnung müssen nun jeder erwachsene Arbeiter eine jährliche Kopfsteuer von 40 R. zahlen, was einem großen Teil nur dann möglich sein wird, wenn er Arbeit in den Minen nimmt. Die Stimmung unter den Eingeborenen wird durch diese ungerichte Kopfsteuer sehr verschlechtert. —

Amerika.

Eine Schlappe der venezolanischen Regierungstruppen. Ein Telegramm aus Willemstad meldet: Amtlich wird bestätigt, daß 650 Mann venezolanischer Truppen in der Nähe von Cumareca am 29. August zu den Aufständischen übergegangen sind; dieselben führten den General Castillo als Gefangenen mit sich. 600 Soldaten, welche den Verkehr auf der deutschen Eisenbahn von Caracas nach Valencia herzustellen versuchten, wurden in der Nähe von Los Reques geschlagen, welches nunmehr in der Gewalt der Aufständischen ist. —

Partei-Nachrichten.

Partei-Presse. Mit der Nr. 208 vom 31. August beschloß die „Neuße Tribüne“ in Oera ihr zehnjähriges Bestehen als Tageszeitung. Am 1. September 1892 ging die „Neuße Tribüne“ zum erstenmal als Tageszeitung aus der Druckerei hervor. Vorher, vom 15. Januar 1880 bis zum 1. Mai 1891 war die „Neuße Tribüne“ wöchentlich zweimal und vom letztgenannten Tage an bis zum 1. September 1892 wöchentlich dreimal als Kopfbblatt der „Thüringer Tribüne“ in Erfurt gedruckt worden.

Die Redaktion des Reichstags der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ in Dresden übernimmt an Stelle des nach Leipzig gehenden Genossen Dr. Morgenstern Dr. Franz Diederich, bisher politischer Redacteur unsres Bremer Parteiblattes.

Parteigenossen des Reichstags-Wahlkreises Spandau-Potsdam-Osthavelland.

Laut Beschluß der letzten Kreisversammlung zu Spandau hat sich das Kreiswahlkomitee in Welten konstituiert. Der Vorstand besteht aus den Genossen Rudolf Bräuer, Vorsitzender, August Paris, Kassierer, und Richard Schmidt, Schriftführer. Alle Anfragen, Briefe usw. sind zu richten an Genossen August Paris, Welten in der Markt-Luisenstr. 17.

Die Parteigenossen unsres Wahlkreises werden ersucht, für Verbreitung dieser Bekanntmachung Sorge zu tragen. Wir bitten die Vertrauensmänner resp. Genossen in abgelegenen Orten, welche sich an der Agitation theilhaftig beteiligen wollen, ihre Adresse nach benannter Stelle einzuschicken.

Der diesjährige Landes-Parteiing der Parteigenossen im Herzogtum Altendurg fand Sonnabend und Sonntag in Kahl statt. Anwesend waren insgesamt 42 Delegierte. Aus dem Bericht des Parteikassierers ergibt sich, daß die Krise auch auf die Parteikasse nicht ohne Einwirkung war, denn die Einnahmen weisen einen Rückgang um rund 300 R. auf. Eingenommen wurden 5514,26 R.,

aufgegeben 2983,14 M., so daß ein Kassenbestand von 1531,12 M. bleibt. An den Parteivorstand sind 300 M. abgeführt worden. Die Parteithätigkeit ist auch in abgelaufenen Geschäftsjahre eine sehr rege gewesen; in verschiedenen Orten ist es unsren Parteigenossen gelungen, Sitze in den Gemeindevertretungen zu erobern, die Organisation ist weiter ausgebaut worden und es kann gesagt werden, daß die Partei wohlgerüstet dem kommenden Wahlkampf entgegensteht. — Der Stand des Parteiblattes, der „Altenburger Volkszeitung“ hat leider eine Verschlechterung erfahren. Zwar ist der Abonnentenstand gestiegen, auch die Einnahme aus den Inseraten hat eine Steigerung erfahren, allein die höheren Papierpreise insbesondere, haben dazu geführt daß für Druck der Zeitung 2000 M. mehr bezahlt werden mußte. Die Einnahme belief sich auf 42 925,99 M., die Ausgabe auf 44 567,19 M., so daß sich ein Defizit von 1641,20 M. ergibt. Diesem Defizit stehen allerdings noch Aufgehoben in Höhe von rund 1500 M. gegenüber. Der aus den früheren Ueberflüssen des Blattes angelegte Fonds hat einen Bestand von rund 8000 M. An Strafen und Prozentsätzen hatte das Blatt im Berichtsjahre 1439,73 M. zu tragen. — Als Vertrauensmann wurde wieder Strigle, als dessen Stellvertreter Buchwald gewählt. Mit der Vertretung des Bezugsamtes auf dem Parteitag in München wurde Buchwald betraut. — Als Reichstagskandidat wurde der langjährige Kandidat des Kreises, Buchwald-Altenburg, wieder nominiert.

Ehrung Ferdinand Lassalle. Am Todestage Lassalles, der in diesem Jahre auf einen Sonntag fiel, fand auf dem israelitischen Friedhof zu Breslau eine große Demonstration der Breslauer Arbeiter statt. Von 7 Uhr früh an bis in die Nachmittagstunden strömten viele Hunderte von Arbeitern auf den Friedhof und stellten dem Grabe ihres Vorkämpfers einen Besuch ab. Von 8 Uhr an erschienen die Vertreter der Partei und die Vorstände der Gewerkschaften, um Kränze mit roten Schleifen und Inschriften niederzuliegen. Nach einer Stunde waren die drei Gräber der Familiengruft, die Lebensbäume, der Denkstein und die Hinterwand der Gruft dicht mit Kränzen besetzt, so daß der rote Schein vom Grabe über den weiten Friedhof leuchtete, der zeitweise schwarz von Menschen war. Nachmittags versammelten sich die Arbeiter zu einer größeren Feier im Gewerkschaftshause, bei welcher Eduard Bernstein die Festrede hielt.

Durchgebrannt sollte nach Meldungen bürgerlicher Blätter der Genosse Schefer in Koburg sein, der Kassierer des dortigen sozialdemokratischen Landesvereins. Er sollte 250 M. Kassepgelder mitgenommen haben.

Unser Parteiblatt für Koburg-Gotha teilt nun zu dieser Sache mit: „Durch eine vorübergehende Reise des Kassierers vom Landesverein und dem Gewerkschaftskomitee, August Schefer, nach seiner Heimat, der Schweiz, ist das Verhängnis im Koburger unter Mitnahme der Kassen durchgebrannt. Wir können demgegenüber feststellen, daß wir mit Schefer in brieflichen Verkehr stehen und daß bis auf einige kleine Nonitas die Bücher und Belege in Ordnung sind und auch der Kassenbestand und voll ansgeschrieben worden ist. Schefer hat sich seinen Arbeitsplatz bei Herrn Hoffattler Pflüger gesichert und tritt Sonnabend wieder hier ein.“

Von den polnischen Sozialisten. In der letzten Nummer der „Gazeta Robotnicza“ teilt der Parteisekretär der P. P. S. offiziell mit, daß Genosse Morkowski aus dem Vorstand der genannten Partei ausgetreten ist. — Die schon gemeldete Handlung in den Räumlichkeiten dieses Blattes fand statt, um den Verfasser eines Artikels über die Breslauer Affäre zu ermitteln. Die Schulbehörden in Posen haben Anklage wegen Beleidigung erhoben.

Warnung. Ein gewisser Isaaq Perisy aus Moskau, der, wie er selbst eingestanden hat, im Jahre 1898/99 bei der russischen Polizei in Warschau Polizeispiegel war, versucht sich jetzt in die sozialistischen Organisationen einzuschleichen. Er behauptet, die Dienste der Polizei verlassen zu haben, aber die Nachforschungen, die von unsren Vertrauensmännern gemeinsam mit den hiesigen revolutionären Gruppen aller Nationen über Perisy' letzte Vergangenheit und sein jetziges Thun und Treiben gepflegt wurden, haben ein für ihn sehr belastendes Material ergeben. Trotzdem ihm in drei von allen Gruppen gemeinsam arrangierten Versammlungen Gelegenheit geboten wurde, sich gegen die Verschuldung zu verteidigen, u. o. h. heute Polizeispiegel zu sein, hat er das gegen ihn gesammelte Material nicht entkräften können und eine am 22. August d. J. im Café Landolt abgehaltene Versammlung der verschiedenen sozialistischen Gruppen hat beschlossen, alle sozialistischen und revolutionären Organisationen vor Isaaq Perisy auf das Nachdrücklichste zu warnen.

Der Vorstand des Allgemeinen Arbeitervereins Genuf.
J. A.: E. Dittmer, Präsident.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Zur Lohnbewegung der Bauklemptner.

In der gestrigen, bei Keller stattgefundenen, stark besuchten Versammlung der Klemptnergehilfen sprach Cohen unter wiederholtem Beifall über den Stand und die Aussichten des gegenwärtigen Streiks. Er teilte unter anderem mit, daß obgleich eine Minderheit der Meister den weittragenden Beschluß der eventuellen Aussperrung gefaßt hätten, doch bereits 48 Firmen mit ca. 440 Arbeitern die Forderungen der Gehilfen unter schriftlich anerkannt haben. Hieran wurde folgende Resolution angenommen:

Die am 1. September in Kellers Resthäfen stattfindende Bauklemptner-Versammlung beschließt: Mögen die Unternehmer eine Aussperrung vornehmen oder nicht — ehe nicht die Forderungen unterchriftlich anerkannt sind, wird die Arbeit nicht wieder aufgenommen.

In später Stunde berichtete sodann der Obmann des Gesellenausschusses Weigel über eine am selben Abend stattgehabte Besprechung mit dem Innungsvorsitzenden, zu der er eingeladen war. Die Meister wünschten demnach, daß die Gehilfen ihre Forderung betr. des Rühmbalshohnes etwas modifizieren und erwarten bis Dienstagabend Bescheid.

Folgender Beschluß wurde gefaßt:

Die Versammlung nimmt Kenntnis von dem Bericht des Obmannes des Gesellenausschusses und erklärt, daß die Bauklemptner jederzeit bereit sind, mit den Meistern zu verhandeln. Die Versammlung erwartet jedoch, daß den Forderungen der Klemptnergehilfen seitens der Meister mehr Verständnis als bisher entgegengebracht wird.

Deutsches Reich.

Eisenbahner-Streik. Aus Kottbus wird und geschrieben: Seit Sonnabend haben auf dem hiesigen, sehr verkehrreichen Bahnhofe die Rangierer die Arbeit eingestellt. Diese angehenden preussischen Beamten erhalten bei zwölfstündiger Arbeitszeit 2,10 M. pro Tag. Früher bestand achtstündige Arbeitszeit, welche aus Ersparnisrücksichten auf zwölf Stunden erhöht wurde. In den Vororten liegen Güter- und Viehzüge. Man beschränkt sich hier vorläufig damit, den Passagierverkehr ansrecht zu erhalten. Sämtliche vom Bahndienst hier interessierende Beamte wurden sofort zum Rangierdienst beordert. Am Sonntag früh trafen 75 Rangierer aus den verschiedenen Stationen des Bezirks als Ersatz der Streikenden hier ein.

Der Nachener Straßenbahner-Ausstand ist nach genau zweiwöchiger Dauer beendet. Am Sonntag haben sich die Ausständigen der DIRECTION der Nachener Kleinbahnen zur Verfügung gestellt, nachdem sie die Zuficherung erhalten hatten, daß sie teils sofort, teils später wieder eingestellt würden. Die Wiedereinstellung der acht Gemahrgestellten, von denen übrigens vier auf weitere Dienste bei der DIRECTION verzichtet hatten, ist nicht zugestanden worden. Erreicht haben die Ausständigen, daß die DIRECTION zugestimmt hat, daß eine Regelung des Mittagspannen eintrete, daß ein Ausschub, dem auch von den Arbeitern gewählte Vertreter angehören sollen, künftig über die Verrechnung von Geldstrafen, Ertragzuzügen u. dergl. als Berufungsinstanz entscheidet, ferner daß den Angestellten die Zugehörigkeit zum Centralverband der Haus-, Transport- und Verkehrsarbeiter freigestellt werde. Da es der DIRECTION in der vorigen Woche gelungen war, eine erhebliche Anzahl Arbeitswilliger zu gewinnen, so wird ein nicht kleiner Teil der Ausständigen noch eine Zeit auf Wiederaufstellung warten müssen, wie dem überhaupt von einem großen Erfolg des Ausstandes nicht geredet werden kann. Wohl selten hat die Bürgerlichkeit einer Stadt so einmütig auf der Seite von Ausständigen gestanden, wie hier; ebenso trat die gesamte Nachener Presse mit „mehr oder weniger“ entschiedenheit für die Ausständigen ein. Die Partei der DIRECTION hat während des Ausstandes kein Mensch ergreifen.

Ein Angriff Arbeitswilliger auf Streikende. In Varnen kam es zu einem Zusammenstoß zwischen streikenden und arbeitswilligen Maurern, bei dem die letzteren, wie aus der Darstellung der „Elberfelder Freien Presse“ hervorgeht, die Angreifenden waren. Eine Anzahl Streikender begehrte auf der Straße einem Trupp Arbeitswilliger, denen sie jedoch, um unliebsame Vorkommnisse zu vermeiden, aus dem Wege gingen. Als die Arbeitswilligen einen Polizisten erblickten, schreit der Mut zu einer Feindschaft und gefeldschtschaltenden That in ihnen erweckt zu sein. Sie wandten sich gegen die Streikenden, eine Anzahl in der Nähe arbeitender Italiener gefolten sich zu ihnen, und bald besanden sie sich in Handgemein mit den Streikenden. Die Angreifer hatten es besonders auf den Leiter des Streiks, der mit in der Gruppe war, abgesehen. Dieser wurde angegriffen, mißhandelt und, als er sich zur Wehr setzte, von einem Polizisten gefesselt und abgeführt; er wurde jedoch am folgenden Tage wieder aus der Haft entlassen. Aus welchem Grunde gerade diese Verhaftung erfolgte, muß durch die Untersuchung des Falles festgestellt werden.

Der Lederfärberstreik in Bayreuth — bei der Firma Kippermann — ist von neuem ausgebrochen. Der Streik wurde erst vor etwa einer Woche durch eine Vereinbarung beendet. Die Firma hatte sich verpflichtet, die unter der Bezeichnung als „Lehrlinge“ während des Streiks eingestellten Arbeitswilligen zu entlassen, was aber nicht geschehen ist. Das war die Ursache des erneuten Streiks.

Ausland.

Der Generalstreik in Florenz.

Seit Freitag sind, wie der Telegraph bereits gemeldet, die Arbeiter von Florenz in den Generalstreik eingetreten. Diese Bewegung ist unternommen, um dem seit bereits einem Monat währenden Streik in den Bäckereien von Pignone zu unterstützen und für die Arbeiter zu einem siegreichen Ende zu führen. Die streikenden Bäckerei-Arbeiter haben alles versucht, um mit der DIRECTION zu einer Verständigung zu gelangen; der Präsekt sowie der Bürgermeister von Florenz und auch einige sozialistische Abgeordnete und die Arbeitskammer haben mit dem Direktor unterhandelt. Zunächst weigerte er sich überhaupt, mit den Arbeitern zu unterhandeln, erst ganz kürzlich hat er sich bereit erklärt, hundert der Streikenden wieder aufzunehmen. Dieselben wählten sich aber als neu engagiert betrachten und ihre Unterwerfung unter das Reglement erklären. Sämtliche Streikbrecher sollten behalten werden. Die Arbeiter sind sehr entgegenkommend gewesen; sie ließen zuletzt alle ihre Forderungen fallen, selbst die, daß die 22 Entlassenen wieder aufgenommen werden sollten. Sie verlangten nur die Abänderung der während des Streiks eingeführten Arbeitsordnung und eine Gewähr, daß keine Maßregelungen erfolgen. Alle diese Verhandlungen führten zu keinem Resultat und so erklärten die Metallarbeiter den Generalstreik und forderten alle florentiner Arbeiter auf, ihrem Beispiel zu folgen. Die sozialistischen Gemeinderäte hatten den Bürgermeister aufgefordert, zu intervenieren, um den Generalstreik möglichst abzuhalten. Sie haben aber auch erklärt, daß sie im Falle eines Streiks für die Streikenden eintreten würden. Die Arbeitskammer und verschiedene Volksversammlungen und politische Parteien haben ähnliche Erklärungen abgegeben. Die Arbeitskammer erklärte den Streik als gerechtfertigt, da alle andren Mittel erschöpft seien; die Arbeiter der Industrie, des Handwerks und des Handels möchten ihre Solidarität durch den Streik bekunden. Die Regierung hat Truppen und Gendarmen nach Florenz geschickt.

Weitere Meldungen des „B. T. V.“ vom 31. August sagen:

Ein Teil der **Tramwaybediensteten** ist in den Ausstand getreten; nur eine kleine Anzahl von Wagen verkehren unter dem Schutze von Polizisten.

Die Zahl der im Ausstände befindlichen Arbeiterverbände beträgt nunmehr 42. Die Cafés sind geschlossen. Man sagt die Unterhandlungen fort, um den Ausstand in der Metallwaren-Fabrik in Pignone, der den allgemeinen Ausstand hervorrief, zu unterbrechen. Die Bevölkerung ist unzufrieden über den allgemeinen Ausstand, weil derselbe in keinem Verhältnisse stehe zu der geringfügigen Angelegenheit (?), um die es sich in der Metallwaren-Fabrik in Pignone handelt. Jeder öffentliche Platz in der Stadt ist durch eine Compagnie Soldaten besetzt und starke Kavallerie-Palrouillen ziehen durch die Straßen und die Vorstädte. Außer einer großen Zahl von Carabinieri und Polizisten sind 6000 Soldaten in Florenz zusammengezogen. Man glaubt, daß der Ausstand höchstens noch 2 Tage anhalten werde. An einer Stelle wurden die Gasröhren zerschnitten, doch wurde der Schaden gleich wieder ausgebessert.

Vom 1. September wird telegraphiert:

Die Besprechung der Vertreter der Metallarbeiter mit dem Direktor des Establishments in Pignone und den Ortsbehörden führte zu keiner Verständigung. Die Ausständigen verhalten sich sehr ruhig. Viele Bäden sind geschlossen.

Die Zahl der hier heute konzentrierten Truppen beträgt 8000 Mann. Die Ausständigen in der Fabrik von Pignone nahmen eine Tagesordnung an, in welcher sie auf dem Ausstand beharren, aber die andren Arbeiter ersuchen, die Arbeit wieder aufzunehmen. — Heute regnet es hier in Strömen.

Straßenbahner-Ausstand in Genuf. Wie der „Ref. Jg.“ aus Genuf gemeldet wird, ist am Sonntag früh ein Streik der Straßenbahn-Angestellten ausgebrochen. Nicht ein Straßenbahnwagen verkehrt. Die Ursache des Ausstandes ist die ohne Angabe von Gründen erfolgte Kündigung von 44 Bediensteten, mit denen sich das ganze Personal solidarisch erklärte.

Die Helfer der Gasgesellschaft in Valencia sind in den Ausstand getreten.

Sociales.

Katholische Nächstenliebe.

In Bayern hat man wieder einmal eine Armenhäuserin verhungern lassen. In dem oberfränkischen Dorfe Niederneuberg fand man, wie die „N. N.“ berichten, vor 8 Tagen die 70 jährige Gemeindebeamtin tot im Bette. Der Tod war nach dem Zeugnis des Amtarztes infolge von Hunger und Verwahrlosung eingetreten! Der Körper der Armenin soll sich in einem unbeschreiblichen Zustande befinden haben; einzelne Körperteile seien vom Ungeziefer völlig zerfressen gewesen. Der Vorstand des Armen-Pflegekomitees — natürlich ein geistlicher Herr — war, während die Armenhäuserin mit dem Hungertode rang, während dem Rausch gefahren, um sich an der großen ultramontanen Demonstration zu beteiligen und sich an den Rodomontaden der Herren Schädler und Konsorten zu ergötzen. Der Bürgermeister will die Pflege der Kranken der Gemeindevorstand übertragen haben, doch dies war zur Rettung ihrer Seele auf vier Tage zum Missionsfeste nach Forchheim gegangen, und der Herr Gemeindevorstand hielt es unter seiner Würde, sich nach der Kranken anzusehen.

Deswegen sind in Bayern auch die Geistlichen die „geborenen und natürlichen“ Leiter der gemeinlichen Armenpflege.

Fürsorge für Krüppelkinder.

Die Zahl der verkrüppelten Kinder innerhalb des Deutschen Reiches wird von untermittelter Seite auf mehr als 60 000 geschätzt. Allein in Schlesien wurden im Laufe dieses Jahres rund 6000 Krüppelkinder gezählt. In ihrer großen Mehrzahl entstammen diese Unglücklichen den Schichten der Beschloßenen. Haben wohlhabende Eltern das Unglück, ein verkrüppeltes Kind ihr eigen zu nennen, so können sie ihm eine doch immerhin erträgliche Existenz verschaffen. Auch bietet die heutige Wissenschaft eine ganze Reihe von sumreißend erdachten orthopädischen Kurten in besonderen Anstalten, wo manche Verkrüppelungen gemildert und zuweilen gänzlich beseitigt werden können. Aber eine derartige Behandlung in einer orthopädischen Anstalt dauert oft jahrelang und kostet große Summen, Grund genug, daß diese Institute nur von zahlungsfähigen Leuten in Anspruch genommen werden können. Bei der großen Mehrzahl der proletarischen Krüppelkinder, die ihr Unglück oft dem Mangel an Aussicht während der ersten Kindheit verdanken, unterbleibt gewöhnlich infolge der Armut und Unwissenheit der Eltern eine geeignete Behandlung des Leidens. Erwachsen sind die Krüppel mit unvollkommen oder ganz nicht im stände, sich ihren Lebensunterhalt zu erwerben und müssen dem Gemeinde zur Last fallen. Trodtem die Frage der Krüppelfürsorge, wie erst kürzlich wieder auf der Jänner Jahresversammlung des Vereins für Kinderfürsorge hervorgehoben wurde, nachgerade brennend geworden ist und dringend eine Lösung heischt, hat der Staat oder doch reich nach dieser Richtung noch nichts gethan. Wie in so vielen Dingen ist Deutschland auch hierin hinter andren kleineren Ländern, wie zum Beispiel Schweden und Dänemark weit zurückgeblieben. Bei uns überläßt man dergleichen meist der privaten Wohlthätigkeit. Auf diesem Wege ist jetzt ein Krüppelheim, das ganz armen Kindern kostlose Aufnahme gewährt, in Angerberg zu stände gekommen. 200 Krüppelkinder können hier Aufnahme finden. Gegenwärtig befinden sich darunter solche, die an mehreren Gebrechen gleichzeitig kranken. Laubschnecke, die zugleich blind, blinde, die zugleich geschäft und verkrümpelt sind u. d. 20 Kinder sind zur Zeit so elend, daß sie gestützt werden müssen.

So weit, so gut, — aber einen nennenswerten Einfluß auf die Verminderung des Krüppelens können einige wenige von privater Seite gegründete Anstalten nicht haben. Auf die Leistungen der bürgerlichen Wohlthätigkeit läßt sich gewöhnlich das Wort aus Goethes „Faust“ anwenden: „Das Unzulängliche, hier wird's Ergrimm's.“

Nachdem die Ergebnisse der neuerdings vorgenommenen Zählungen verkrüppelter Kinder auch die schließlichen Erwartungen übersteigen haben, ist es hohe Zeit, daß staatl. Verhältnisse eine größere Zahl von Krüppelanstalten errichtet werde, in denen unter Leitung erfahrener Pädagogen und Ärzte alles geschieht möchte, was geeignet ist, das leibliche und geistige Elend der Krüppel zu lindern.

Teils Nachrichten und Depeschen.

Kassel, 1. Sept. (B. T. V.) Der mit sechs Kohlentanks beladene Frühlung der elektrischen Zahnbahn stürzte heute morgen 8 Uhr an einer abschüssigen Stelle vom Bahndamm herab und zertrümmerte ein gerade vorübergehendes Fabriveil. Der Lenker desselben erlitt schwere Verletzungen, der Zugführer ist leicht verletzt.

London, 1. September. (B. T. V.) Nach einem Telegramm des Lloydagenten aus **Port Elisabeth** vom heutigen Tage hält das **fürnische Wetter** an; das Telegramm meldet ferner, daß nach 11, sondern 17 Segelschiffe und mehrere Leichterstücke gesunken sind. Viele Menschen sollen das Leben eingebüßt haben.

New York, 1. September. (B. T. V.) Ein Telegramm aus **Port Casris** vom heutigen Tage meldet: Der englische Dampfer „**Rosona**“ ist gestern Abend aus Port de France hier eingetroffen; derselbe berichtet, daß Sonnabendabend ein überaus starker **Anbruch des Mont Pelé** erfolgt sei; Leute, die aus dem Norden in Port de France angekommen seien, hätten berichtet, daß das Dorf **Wormerouge** völlig zerstört und das Dorf **Le Carbet** durch eine große Flut wie weggefegt sei. Ungefähr 200 Menschen hätten hierbei das Leben eingebüßt.

New York, 1. September. (B. T. V.) Auf der **Southwestern** Eisenbahn ist bei **Berry** (Alabama) ein **Zug entgleist**. Der Zug führte und etwa 25 farbige Passagiere wurden getödtet, der Lokomotivführer und der Heizer wurden schwer verdrüßt und etwa 25 Passagiere verletzt.

Die Parteikonferenz für Berlin und die Provinz Brandenburg

Sollte am Sonntagmittag um 12 Uhr im Gewerkschaftshaus zusammenzutreten.

Vollzeitliche Eingriffe.

Durch das Vorrecht der Polizei, durch ihre Befehlsmittel die Öffnung der Konferenz jedoch vereitelt. Im großen Saal des Gewerkschaftshauses hatte sich eine große Anzahl von Zuhörern...

Man hätte ja nun gegen 1 Uhr die Versammlung eröffnen können. Nichtig angemeldet war sie; da jedoch so wie so zu 3 Uhr eine neue Versammlung angemeldet war...

Um 3 Uhr eröffnete Genosse Schubert die Versammlung und entbot den Delegierten einen Willkommensgruß. Mit warmen Worten gedachte er...

Wald darauf durchbrachen die Klänge des Liedes „Empor zum Licht“ und „Durch die Welt ist er gezogen“ den Saal. Unterdessen erschienen die mit der Ueberwachung beauftragten Beamten...

Als dies geschah, schritt man zur Bureauwahl. Zu Vorsitzenden wurden Schubert, Berlin und Kratsch, Brandenburg, zu Schriftführern Händchen und Kutowski...

Die Prüfung der Mandate ergab die Anwesenheit von 61 Delegierten, 44 aus den 20 Wahlkreisen der Provinz und 17 aus den sechs Berliner Wahlkreisen...

Es wurde beschlossen, die drei ersten Punkte der Tagesordnung: Bericht der Agitations-Kommission, Bericht der einzelnen Kreise, die Presse, zusammen zu diskutieren.

Bericht der Agitations-Kommission

erstattete Schubert. Das Tätigkeitsjahr wurde mit den Petitionskisten gegen den Protivucher eröffnet; dieselben erhielten 262 177 Unterschriften...

Ein erfreuliches Zeichen der Zunahme der Agitation ist es, daß über 400 Versammlungen veranstaltet wurden, zu denen die Kommission 263 Referenten hinausgeschickt hat...

In der Agitation ist also überall genug geschehen; in der Organisation dagegen ist an vielen Orten noch manches zu wünschen, häufig ist noch nicht der zehnte Teil der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter politisch organisiert...

Des weitern gab Schubert der Bewunderung und Erregung der Berliner Genossen über die Art und Weise Ausdruck, wie im Frankfurter Kreise dem Genossen Meyner die Kandidatur abgenommen wurde...

Ferner ist ein ganz ungehöriges Verhalten der Frankfurter Genossen die Anführung einer Regierungsbezirks-Konferenz, die auf der vorjährigen Provinzialkonferenz abgelehnt war...

Zum Schluß empfiehlt Schubert namens der Kommission folgende

Resolution:

- 1. Den Parteigenossen wird der Beschluß des ersten Provinzial-Parteitagess vom 15. Mai 1892 in Erinnerung gerufen: Die Parteikonferenz erklärt es als dringende Pflicht aller Genossen... 2. Den Parteigenossen, denen der Beitritt zu einer politischen Organisation unmöglich ist...

Die Provinzialkonferenz nur alle zwei Jahre einzuberufen und zwischen durch Regierungsbezirks-Konferenzen tagen zu lassen

Genossen des Regierungsbezirks Frankfurt a. O. versucht haben, die Einberufung einer Regierungsbezirks-Konferenz zu veranstalten. Selbstverständlich ist es nach wie vor Recht und Pflicht der einzelnen Kreise...

Es folgten die

Berichte der einzelnen Kreise.

in denen ein Bild der Lage von 13 Kreisen entworfen wurde. In den Kreisen mit größeren Städten geht die Bewegung naturgemäß vorwärts; hier besteht unsere Aufgabe darin, unsere Ideen auch in die ärmsten Winkel dieser Kreise zu tragen...

Frau Thiel, die einzige weibliche Delegierte — sie ist vom Wahlkreis Teltow-Beeskow entandt —, hob rühmend die Unterstützung hervor, welche die Frauenbewegung in diesem Kreise durch die männlichen Genossen finde...

Faber-Frankfurt nimmt nachdrücklich das Recht jedes Kreises in Schutz, das Verhältnis mit einem Kandidaten zu lösen, wenn die Genossen in wichtigen Fragen der Agitation nicht mit ihm übereinstimmen. Das war bei Meyner der Fall...

Zu Punkt 3 der Tagesordnung: Die Presse

erstattet Kiesel Bericht. Er gibt ein Bild der Verbreitung der „Brandenburger Zeitung“ und der „Märkischen Volksstimme“, die gegenüber der Zahl unserer Wähler an manchen Orten geradezu lässlich ist; so haben wir in Prenzlau-Kügelminde nur 3 Proz. Leser...

1. Pflicht der Parteigenossen ist, strikte Befolgung des wiederholt gefassten Beschlusses: „Die Herausgabe von neuen Parteizeitungen in der Provinz Brandenburg darf nur unter Zustimmung der beteiligten Kreise beziehungsweise des Brandenburger Provinzial-Parteitagess stattfinden.“

2. Den Kreisen wird es wiederholt zur Pflicht gemacht, für die Einführung und weiteste Verbreitung der zur Zeit anerkannten Parteiorgane zu wirken. Anerkannt sind außer dem „Vorwärts“ für die Provinz Brandenburg die „Märkische Volksstimme“, die „Brandenburger Zeitung“ und die „Fadel“.

3. Der Redaktion und dem Verlag der „Brandenburger Zeitung“ und der „Märkischen Volksstimme“ wird die Herausgabe von Agitationsnummern und stete Fühlung mit den Kreisen ihres Verbreitungsbezirks von neuem empfohlen.

4. Der Redaktion und dem Verlag der „Märkischen Volksstimme“ wird empfohlen, mit den Kreisen ihres Verbreitungsbezirks darüber in Beratung zu treten, wie es zu erwünschtem ist, daß die „Märkische Volksstimme“ mehr verbreitet und endlich aus eignen Mitteln unterhalten wird...

5. Entschieden mißbilligt wird die auf der Kreis-Konferenz zu Landsberg-Soldin ausgesprochene Drohung, dem Kreise die Zeitung zu entziehen, wenn der Kreis sich an der von der Redaktion der „Märkischen Volksstimme“ empfohlenen Regierungsbezirks-Konferenz nicht beteiligen würde.

6. Die „Fadel“ soll während der Wahlzeit nach Art des während der Reichstagswahl 1898 erschienenen „Wähler“ in kürzeren Zwischenräumen als Wahlzeitung erscheinen.

7. Der Kalender ist im November zu verbreiten. Die Beschaffung des „Ostpreussischen Volksboten“ unter dem Namen „Märkischer Landbote“ durch Genossen der Stadt Frankfurt a. O. ohne Zustimmung und gegen den Wunsch der Parteigenossen des Landesbezirks Frankfurt a. O. wird entschieden mißbilligt.

Dann wird die Versammlung um 1/8 Uhr auf Montag früh um 9 Uhr vertagt.

In der Sitzung am Montag begann die Diskussion. Sie drehte sich wesentlich darum, ob es wahr sei, daß dem verstorbenen Genossen Meyner gesagt sei, er solle nicht wieder kandidieren, weil er zu alt und nur ein Schuster sei.

Faber behauptet entgegen Stadthagen, daß dieser einen falschen Eindruck habe, wenn er einen sehr starken Zwiespalt zwischen städtischen und ländlichen Genossen im Wahlkreis Frankfurt-Beeskow annehme, daß die Verbreitung des „Ostpreussischen Volksboten“ ein Mißgeheim war...

Ebenfalls zurückgezogen wird der Absatz 4 in der Resolution der Agitationskommission, nachdem Eberhard-Forst erklärt hätte, man denke gar nicht an regelmäßige Regierungsbezirks-Konferenzen, sondern wolle sich jetzt vor der Reichstagswahl wesentlich über die Verbesserung der Preisverhältnisse unterhalten.

Die Absätze 1 bis 3 der Resolution werden angenommen.

Von weiteren mit zur Debatte gestellten Anträgen wird angenommen: den Geschäftsbericht mindestens acht Tage vor der Konferenz den Delegierten gedruckt zuzustellen. — Abgelehnt wird der Antrag des Kreises Ruppin-Templin: Die Fadel wöchentlich herauszugeben.

Ein Antrag Frankfurt, die Provinzialkonferenz nur alle zwei Jahre stattfinden zu lassen, sowie ein Antrag Kalau-Ludau, sie jedes Jahr in einem andern Ort abzuhalten, werden nicht genügend unterstützt.

Abgelehnt wird auch der Antrag Berlin III, die Konferenz für die Folge vier Wochen vor dem Parteitage stattfinden zu lassen. Dagegen werden auf Antrag Kottbus-Spremberg der Agitationskommission zur Berücksichtigung überwiesen: Die Konferenz in Berlin auch in Zukunft zwei Tage abzuhalten, am ersten Tage die provinziellen Angelegenheiten und dann den Punkt Presse zu verhandeln.

Angenommen wird auch ein Antrag desselben Kreises, für etwaige Referate nur eine Stunde Redezeit zu bewilligen. (Mittagspause)

Wieder ein vollzeitlicher Eingriff.

Um 1/3 Uhr wurde die Nachmittags-Sitzung eröffnet. Sie begann mit einem neuen Eingriff des überwachenden Polizeibeamten in die Versammlungsfreiheit; die weibliche Delegierte, Frau Thiel, wurde genötigt, auf der Galerie Platz zu nehmen. Um die Versammlung nicht zu verhindern, fügte man sich dem ungeleglichen Verlangen.

bevorstehenden Reichstagswahlen

reflektierte, wies treffend darauf hin, wie die Polizeipladereien in Berlin und in der Provinz für uns agieren. Wo diese Pladereien und die Abhaltung von Versammlungen unmöglich machen, muß recht bald in die unblutige Agitation eingetreten werden. Als einigermassen sicher können wir fünf Kreise bezeichnen: Teltow-Beeskow, Sorau, Kottbus, Brandenburg, Niederbarnim; möglicherweise zu haben sind noch acht Kreise: Oberbarnim, Potsdam, Osthavelland, Juch-Belzig, Ruppin, Frankfurt-Beeskow, Landsberg-Soldin, Königsberg, Kalau-Ludau. Aber überall muß so gearbeitet werden, als ob ein Sieg nur in der Hauptwahl errungen werden kann.

Landtagswahlen

- 1. Die Agitationskommission wird als Central-Wahlkomitee für die Provinz Brandenburg während der Zeit der Reichstags-Wahlbewegung konstituiert. 2. Den Reichstags-Wahlkreisen wird empfohlen, von der Verbreitung des Kalenders im November ab in eine rege Reichstags-Wahlagitation einzutreten. In den Teilen des Wahlkreises, in denen die Abhaltung von Versammlungen unmöglich ist, empfiehlt sich neben der Agitation durch die Schrift die Agitation von Mund zu Mund...

Dann erhält das Wort zu den

Dr. Kron: Er entwickelt nicht den mehrfach im „Vorwärts“ besprochenen Vorschlag, den er als bekannt voraussetzt; nur wendet er sich dagegen, denselben als Obstruktionsplan zu bezeichnen. Die Urwahlen können sicher zu stande und den Arbeitern kann die Länge derselben nicht schaden. Sie können dadurch höchstens mehr Wahlmänner durchbringen. Und bei den Wahlen der Abgeordneten selbst kann man nicht von Obstruktion sprechen, wenn wir das Begünstigen über gesetzliche Bestimmungen verhindern. Ein zweiter Grund, den Plan nicht auszuführen, ist der Umstand, daß vor den Wahlen noch Änderungen des Reglements und Gesetzes stattfinden werden. Schon rufen Konföderative und Centrum danach, das ist bereits ein Erfolg; die Wahlrechtsfrage kommt in Fluß und wir können dabei nur gewinnen.

Unser Beteiligung liegt der Parteitag-Beschluß von Mainz zu Grunde. Derselbe verlangt Eintreten in die Wahl mit eignen Wahlmännern und verbietet Wahlbündnisse ohne Mitwirkung des Parteivorstandes. In allen Wahlkreisen und zu beteiligen ist nicht möglich, z. B. da, wo wir nicht geeignete Wahlmänner finden. Auch bei den Reichstagswahlen beteiligen wir uns nicht überall; noch 1890 waren von 295 preussischen Wahlkreisen 99, mehr wie 11 Proz. ohne Kandidaten; ja 1898 sogar waren noch 64 Kreise mit bloßen Zahlkandidaturen besetzt, die weniger als 500 Stimmen erzielten.

Wo wir einzutreten haben, wo nicht, das können wir nur entscheiden, nach den jetzt vorhergegangenen Reichstagswahlen. Der Vortragende geht auf das Bild, das die Wahlen von 1898 für die Kreise der Provinz Brandenburg geliefert haben, näher ein.

Ein besonders wichtiger Punkt bei der Landtagswahl sind die Stichwahlen, für welche die Verhältnisse wesentlich anders sind als bei den Reichstagswahlen.

Bei der Vorbereitung zu den Wahlen ist die größte Schwierigkeit geeignete Wahlmänner zu finden; denn jeder Wahlmann muß in dem betreffenden Bezirk wohnen. Diese schwierigste Bestimmung zwingt uns aber auch zu einer Durcharbeitung der Bezirke, wie wir sie noch niemals gehabt haben. Die zu treffenden Vorbereitungen werden von dem Redner in großen Zügen besprochen.

Zweitens verbietet der Mainzer Beschluß Vereinbarungen mit bürgerlichen Parteien unter Umgehung des Parteivorstandes. Solche sind aber auch gar nicht nötig; wir haben nur in den Kreisen mit mehreren Abgeordneten, wo unsere Wahlmänner zur absoluten Majorität nötig sind, fest zu erklären: Im ersten Wahlgang hat ihr einen Socialdemokraten zu wählen, dann wählen wir im zweiten und eventuell im dritten einen Freistimmigen. Nicht wir sind hierbei in einer Zwangslage, sondern die Freistimmigen, undarmherzig müssen wir Freistimmige durchfallen lassen, die nicht zuerst einen Socialdemokraten wählen. Ein solcher ist nicht das kleinere Uebel, sondern er gehört zu der ärmsten Reaktion. Zum Schluß empfiehlt Kron folgende Resolution zur Annahme:

Die Provinzialkonferenz für die Provinz Brandenburg erklärt es für ungewöhnlich, schon heut ins einzelne gehende Vorschriften betreffs der Beteiligung an der Landtagswahl zu geben. Sie hält es für angebracht, vor der endgültigen Entscheidung wennmöglich das Ergebnis der nächsten Reichstagswahl abzuwarten, um nach diesem das Vorgehen für die einzelnen Kreise zu bestimmen.

Inzwischen ist mit allem Nachdruck neben der Agitation für die Reichstagswahlen auch die für die Landtagswahlen zu betreiben, namentlich der Klärung der breitesten Massen über die Wertvollheit des Wahlsystems und über die wichtigsten Fragen, die dem Landtage vorbehalten sind.

Zu besondern ist mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln darauf hinzuwirken, daß die Wahlbezirks-Einteilung, der die Bevölkerungszählung vom 1. Dezember 1900 zu Grunde gelegt wird, möglichst bald vorgenommen wird, wie das in einzelnen Gemeinden bereits jetzt geschehen ist. Weiter soll schon von heute ab nach Genossen Umstau gehalten werden, die als Wahlmänner auftreten können und wollen.

Die Provinzialkonferenz für die Provinz Brandenburg hält es für nicht angebracht, die preussische Landtagswahlfrage auf dem Münchener Parteitag zur Diskussion zu stellen.

Sie wünscht die Frage, ob im Laufe des Frühjahres oder Sommer 1903 ein besonderer preussischer Parteitag zwecks Beratung der Landtagswahlfrage einzuberufen sei, dem Parteivorstand zur Entscheidung zu überlassen, giebt aber zu erwägen, ob es nicht zweckmäßiger ist, die Entscheidung den einzelnen Provinzen zu überlassen.

Endlich erklärt die Provinzialkonferenz es für dringend erforderlich, daß an dem Mainzinger Parteitag-Beschluß, wonach die Parteigenossen verpflichtet sind,

in die Wahlagitation mit eignen Wahlmännern einzutreten und in den einzelnen Wahlkreisen ohne Zustimmung des Central-Wahlkomitees (Partei Vorstand) keine Abmachungen mit bürgerlichen Parteien zu treffen, nicht gerüttelt wird.

Seine r. Außenwalde will den ersten Satz streichen, damit nicht der Ansicht erweckt werde, wir haben jetzt noch nichts zu thun. In Absatz 3 möchte er, daß die Arbeiten auf Grund der Einteilung von 1898 vorgenommen werden.

Konns rechtfertigt die angegriffenen Bestimmungen noch einmal; daß möglichst früh in die Vorbereitungen eingetreten werden soll, verlangt auch die Resolution. Er schließt mit der Bitte, sich an den Wahlen zu beteiligen, nicht weil der Parteitag es beschloffen hat, sondern weil wir das elende Wahlsystem zerbrechen wollen.

Die Resolution wird angenommen.

Punkt 6 und 7 (Gemeindevahlen und Arbeiter-Versicherung) werden der vorgeschickten Zeit wegen abgesetzt. Der gestern mitgeteilte Antrag, die Agitationskommission hier zu wählen und aus 12 Mitgliedern (6 Berlinern und 6 Provinzleren) zusammenzusetzen, wird von Haber-Frankfurt begründet, von Manasse, Antra, bekämpft und dann abgelehnt.

Ein weiterer Antrag von Teltow-Beeslow verlangt, den Kopf der Lokalliste zu ändern; in Berlin sollen sämtliche Lokale als frei bezeichnet werden, die bis zu 100 Personen fassen, in den Vororten diejenigen, die bis zu 50 Personen fassen.

Pielele-Johannisthal begründet den Antrag. Auf Antrag Kiesel wird er der Lokalkommission überwiesen.

Damit sind die Verhandlungen erschöpft. Der Vorsitzende Schubert geht zum Schluß scharf das ungeschickliche Vorgehen der Polizei und schließt um 6 Uhr die Versammlung mit einem dreimaligen Hoch auf die Sozialdemokratie.

Siebenter Verbandstag der Schneider und Schneiderinnen Deutschlands.

München, 30. August.

Zunächst erstattet Stühmer namens der Kommission zur Beratung der Anträge zum Streit-Reglement Bericht.

Ein Antrag Dresden: „Die Einführung einheitlicher Lohnsätze für Groß-, Mittel- und Kleinstädte der einzelnen Landesbezirke ist möglichst zu fördern.“ wird dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Ferner unterliegen sämtliche Abwehr- und Angriffstreiks innerhalb des Verbandes der Oberleitung des Verbandsvorstandes. Dem Vorstände sind bei Ausbruch von Verfallsstreiks Mitteilungen zu machen, widrigenfalls die Streikunterstützung verweigert werden kann.

Weitere Änderungen sind von geringerem Interesse. Sodann wird in der Statutenberatung fortgefahren.

Auf Antrag Hamburg wird beschlossen: „Von den eingegangenen Mitgliederbeiträgen kann jede Mitgliedschaft 25 Proz. am Orte zurückbehalten, wovon sämtliche Lokalausgaben zu bestreiten sind.“

In der letzten Sitzung des Verbandstages gelangt der Rest der Tagesordnung zur Bearbeitung und Erledigung. Zunächst handelt es sich um die Frage der eventuellen Sitzverlegung. Vom Stuttgarter Delegierten Schlumberger wird diese Notwendigkeit energisch bestritten. Unter veränderten Umständen, wie sie bevorstehen, werden sich in Zukunft keine Unzutunlichkeiten ergeben, wenn der Sitz in Stuttgart verbleibt. Timm-München wendet sich gegen diese Auffassung und glaubt, daß die Sitzverlegung nach Berlin mit zu der geplanten Reform gehöre. Man dürfe sich bei der Beurteilung nicht von partikularen Neigungen leiten lassen. Auch nach außen hin müssen wir repräsentieren können.

Nach kurzer Debatte wird die Sitzverlegung des Verbandsvorstandes von Stuttgart nach Berlin in namentlicher Abstimmung mit 40 gegen 17 Stimmen beschlossen, d. h. mit einer Stimme über die erforderliche Zweidrittel-Majorität.

Die Sitzverlegung der Fachzeitung von Hamburg nach Berlin wird gleichfalls in namentlicher Abstimmung entschieden. Dafür stimmen 45, dagegen 12 Delegierte. Die Sitzverlegung ist somit beschloffen.

Als Sitz des Ausschusses werden eine ganze Reihe von Städten vorgeschlagen. Die Frage wird durch schriftliche Abstimmung entschieden, nach welcher für Hamburg 38 Stimmen entfallen. Die andren zerpitterten sich für verschiedene vorher vorgeschlagene Städte.

Zur Vorstands- und Redacteurwahl wird gleichfalls per Stimmzettel geschritten. Es werden gewählt: als 1. Vorsitzender Stühmer, als 2. Vorsitzender Holzhauser, als Kassierer Kämmer, als Redacteur der Fachzeitung Sabath.

Sowohl alle beschloffenen Statutenänderungen als auch die Ueberfiedelung des Vorstandes und der Fachzeitung nach Berlin treten am 1. Januar 1903 in Kraft.

Eine umfangreiche Debatte ruft noch die Gehälterfrage hervor, die nach der vom Gewerkschaftskongreß vorgeschlagenen Skala wenigstens annähernd geregelt werden soll. Endlich gelangt folgender Antrag mit nahezu Zweidrittel-Majorität zur Annahme:

„Das Gehalt der Beamten beträgt 2100 M. und steigt jährlich um 100 M. bis zur Höhe von 2500 M., von da ab jährlich um 50 M. bis zur Höhe von 3000 M.“

Ferner gelangt nahezu einstimmig folgender Antrag Ritter und Genossen zur Annahme: „Der Verbandstag konstatiert, daß sich die Anstellung der Lokalbeamten in den verschiedenen Großstädten gut bewährt hat, beauftragt den Vorstand, dieses System, wenn in den andren Städten angängig, weiter auszubauen und dahin zu wirken, daß die Anstellung dieser Beamten in Bezug auf Entlohnung nicht unter 30 M. pro Woche zu geschehen hat.“

Sodann verliest Stühmer jene Resolution, welche noch vom Kongreß nach dem Referat Taterows her aussteht. Sie lautet: „Der am 25. August in München tagende Kongreß der Schneider und Schneiderinnen Deutschlands erklärt die Ausdehnung der gesamten Versicherungsgesetze (Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung) auf die Hausindustrie für dringend notwendig. Als erste Maßregel auf diesem Gebiete erwartet der Kongreß, daß der Bundesrat von den ihm laut § 2 des Kranken-Versicherungsgesetzes (Absatz 3 und 4) und § 2 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes zuzehörenden Rechten der Verordnung der Versicherungspflicht für die Hausindustrie Gebrauch macht und zwar in der Weise, daß diejenigen, in deren Auftrage oder für deren Rechnung sie gewerbliche Erzeugnisse herstellen, zur Erstattung der auf sie entfallenden Beiträge in vollem Umfange herangezogen werden.“

Des ferneren erwartet der Kongreß, daß dem Reichstage in allerhöchster Zeit eine Vorlage unterbreitet wird, welche unter Aufhebung der diesbezüglichen Zimmungsprivilegien eine Vereinheitlichung der verschiedenen Versicherungsgesetze bezweckt, wodurch es ermöglicht wird, die Versicherungspflicht auch auf die Familienangehörigen der Heimarbeit auszu dehnen.

Der Kongreß erlaubt sich, diese Resolution nebst Begründung dem Bundesrat zur Berücksichtigung zu unterbreiten.

Ohne Diskussion wird diese Resolution einstimmig angenommen. Sodann wird der Bericht der Beschwerdekommmission entgegengenommen, die sich über 14 verschiedene Fälle erstreckt, welche kein öffentliches Interesse bieten. Nachdem noch die ausländischen Gäste sich in warmen Worten verabschiedet, schließt Timm in siebenter Abendstunde den Verbandstag mit eindringlicher Mahnung, alles daran zu setzen, um die Organisation zu stärken. Mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf den Verband werden die Verhandlungen geschlossen.

Der Vorstand dankt für die Teilnahme aller Delegierten und wünscht, daß die Verhandlungen der nächsten Jahre in gleicher Weise erfolgreich verlaufen mögen.

Die Beschlüsse werden durch den Vorstand in deutscher Sprache bekannt gemacht. Die Beschlüsse sind in deutscher Sprache in die deutsche Sprache übersetzt.

Die Beschlüsse sind in deutscher Sprache in die deutsche Sprache übersetzt.

Die Beschlüsse sind in deutscher Sprache in die deutsche Sprache übersetzt.

Die Beschlüsse sind in deutscher Sprache in die deutsche Sprache übersetzt.

Die Beschlüsse sind in deutscher Sprache in die deutsche Sprache übersetzt.

Die Beschlüsse sind in deutscher Sprache in die deutsche Sprache übersetzt.

Die Beschlüsse sind in deutscher Sprache in die deutsche Sprache übersetzt.

Die Beschlüsse sind in deutscher Sprache in die deutsche Sprache übersetzt.

Die Beschlüsse sind in deutscher Sprache in die deutsche Sprache übersetzt.

Die Beschlüsse sind in deutscher Sprache in die deutsche Sprache übersetzt.

Die Beschlüsse sind in deutscher Sprache in die deutsche Sprache übersetzt.

Die Beschlüsse sind in deutscher Sprache in die deutsche Sprache übersetzt.

Die Beschlüsse sind in deutscher Sprache in die deutsche Sprache übersetzt.

Die Beschlüsse sind in deutscher Sprache in die deutsche Sprache übersetzt.

Die Beschlüsse sind in deutscher Sprache in die deutsche Sprache übersetzt.

Die Beschlüsse sind in deutscher Sprache in die deutsche Sprache übersetzt.

Die Beschlüsse sind in deutscher Sprache in die deutsche Sprache übersetzt.

Die Beschlüsse sind in deutscher Sprache in die deutsche Sprache übersetzt.

Die Beschlüsse sind in deutscher Sprache in die deutsche Sprache übersetzt.

Die Beschlüsse sind in deutscher Sprache in die deutsche Sprache übersetzt.

daß sie dazu in einer öffentlichen Versammlung auch das volle Recht habe. Als sie weiter sprach, drohte ihr der Beamte noch zweimal mit Auflösung, stand dann auf und löste die Versammlung — nicht auf.

Die Polizeibehörde thäte wirklich im Interesse ihres eignen Ansehens auf, solche Beamte erst vorher einer Prüfung auf ihre Gesetzkennntnis zu unterwerfen, damit nicht Sozialdemokraten diese Bezeichnung immer wieder übernehmen müssen.

Soziale Rechtspflege.

Nicht Geschäftsführer, sondern Teilhaber. Von der Frau S., die eine Zeitlang ein Restaurant hatte, beanspruchte der Geschäftsführer M. im Klagewege 400 Mark rückständigen Gehalt. Die Beklagte bestritt, daß M. überhaupt ihr Angestellter gewesen sei. Sie habe ihm allerdings bescheinigt, daß sie ihn als Geschäftsführer gegen ein Monatsgehalt von 100 M. engagiert habe; das sei aber nicht ernsthaft gemeint gewesen und Kläger habe das gewußt. Sie habe mit dem Kläger zusammen das Geschäft machen und mit ihm wirtschaften wollen. Kläger habe tatsächlich auch immer das Geld an sich genommen. Jene Bescheinigung sei dem Kläger ihres Mannes wegen ausgestellt worden. Während der in Frage kommenden vier Monate habe M. nie das „Gehalt“ beansprucht. — Nach längerer Verhandlung wies das Gericht die Klage mit folgender Begründung ab: Das Gericht sei zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Parteien zu einander in näheren Beziehungen gestanden hätten und die Absicht gehabt hätten, zusammen zu leben und gemeinsam den Unterhalt aus dem Geschäft zu gewinnen. Ferner nahm das Gericht an, daß jener Engagementschein tatsächlich nur zum Schein ausgestellt worden sei, um eine feste Form zu haben, falls Schwierigkeiten aus der Lebensgemeinschaft der Beklagten entstehen sollten. Das Gericht werde in seiner Auffassung bestärkt dadurch, daß der Kläger während der vier Monate niemals seinen angeblichen Lohn gefordert habe. Somit liege ein Compagnieverhältnis und nicht ein Arbeitsverhältnis vor. Von einem Gehaltsanspruch könne nicht die Rede sein und für Ansprüche aus Teilhabergeschäften sei das Gerichtsgericht nicht zuständig.

Die Beschlüsse sind in deutscher Sprache in die deutsche Sprache übersetzt.

Die Beschlüsse sind in deutscher Sprache in die deutsche Sprache übersetzt.

Die Beschlüsse sind in deutscher Sprache in die deutsche Sprache übersetzt.

Die Beschlüsse sind in deutscher Sprache in die deutsche Sprache übersetzt.

Die Beschlüsse sind in deutscher Sprache in die deutsche Sprache übersetzt.

Die Beschlüsse sind in deutscher Sprache in die deutsche Sprache übersetzt.

Die Beschlüsse sind in deutscher Sprache in die deutsche Sprache übersetzt.

Die Beschlüsse sind in deutscher Sprache in die deutsche Sprache übersetzt.

Die Beschlüsse sind in deutscher Sprache in die deutsche Sprache übersetzt.

Die Beschlüsse sind in deutscher Sprache in die deutsche Sprache übersetzt.

Die Beschlüsse sind in deutscher Sprache in die deutsche Sprache übersetzt.

Die Beschlüsse sind in deutscher Sprache in die deutsche Sprache übersetzt.

Die Beschlüsse sind in deutscher Sprache in die deutsche Sprache übersetzt.

Die Beschlüsse sind in deutscher Sprache in die deutsche Sprache übersetzt.

Die Beschlüsse sind in deutscher Sprache in die deutsche Sprache übersetzt.

Die Beschlüsse sind in deutscher Sprache in die deutsche Sprache übersetzt.

Die Beschlüsse sind in deutscher Sprache in die deutsche Sprache übersetzt.

Die Beschlüsse sind in deutscher Sprache in die deutsche Sprache übersetzt.

Die Beschlüsse sind in deutscher Sprache in die deutsche Sprache übersetzt.

Die Beschlüsse sind in deutscher Sprache in die deutsche Sprache übersetzt.

Die Beschlüsse sind in deutscher Sprache in die deutsche Sprache übersetzt.

Die Beschlüsse sind in deutscher Sprache in die deutsche Sprache übersetzt.

Die Beschlüsse sind in deutscher Sprache in die deutsche Sprache übersetzt.

Die Beschlüsse sind in deutscher Sprache in die deutsche Sprache übersetzt.

Die Beschlüsse sind in deutscher Sprache in die deutsche Sprache übersetzt.

Die Beschlüsse sind in deutscher Sprache in die deutsche Sprache übersetzt.

Die Beschlüsse sind in deutscher Sprache in die deutsche Sprache übersetzt.

Die Beschlüsse sind in deutscher Sprache in die deutsche Sprache übersetzt.

Die Beschlüsse sind in deutscher Sprache in die deutsche Sprache übersetzt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 2. Septbr.

Opernhaus. Cavalleria rusticana (Bauern-Ghete). — Die Abreise. — Bergknecht. — Anfang 7 1/2 Uhr.

Schauspielhaus. Die Hermannsschlacht. Anfang 7 1/2 Uhr.

Neues Opern-Theater (Krohn). Diphys in der Unterwelt. Anfang 7 1/2 Uhr.

Deutsches. Es lebe das Leben. Anfang 7 1/2 Uhr.

Leipzig. Der Zeuge. Anfang 7 1/2 Uhr.

Berliner. Alt-Heidelberg. Anfang 7 1/2 Uhr.

Westen. Der lustige Krieg. Anfang 7 1/2 Uhr.

Neues. Ledige Leute. Anfang 8 Uhr.

Reichens. Der Fall Mathieu. (L'affaire Mathieu.) Vorher: Ich liebe Sie. Anfang 7 1/2 Uhr.

Buntes Theater. Zusammen im Bade. Das Wetterhäuschen. Anfang 8 Uhr.

Metroopol. Berlin bleibt Berlin. Anfang 7 1/2 Uhr.

Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.

Passage-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang abends 8 Uhr.

Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.

Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theateraal.) Abends 8 Uhr: Die deutsche Offiziersk. Invalidenstraße 57/62. Täglich: Sternwarte.

Thalia-Theater.

Dresden-Strasse 72 — 73. Novität! Anfang 7 1/2 Uhr. Novität! Er und seine Schwester.

Poffe mit Gesang und Tanz in 4 Bildern von Bernh. Buchbinder. Guido Thielischer als Orchester-Direkt. Im 2. Akt: Rigel-Couplet.

Fritz Heimerding. Gerda Walde. Herbert Paulmüller. August Raff. Morgen und folgende Tage: Er und seine Schwester.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurterstr. 132. Abends 8 Uhr: Eine Paria. Lebensbild in 5 Akten oder 8 Bildern von Groß-Mitterfeld.

Urania.

Tauben-Strasse 48/49. Im Theater um 8 Uhr: Die deutsche Ostseeküste.

Luisen-Theater.

Reichenbergerstr. 34. Drei Minuten vom Rotter Thor. Direction: Ludwig Rosenfeld. Abends 8 Uhr: Zum Hofenmal: Neue Luft.

Reichshallen.

Stettiner Sänger. Anfang: Wochenend 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr. Tagesstoffe 11—1 1/2 Uhr.

Passage-Theater.

Auf das glänzendste renoviert. Aufgang nur Unter den Linden 22. Anfang 8 Uhr, Sonntags 3 Uhr. Liane d'Amiroff.

Sanssouci.

Kottbuserstr. 4 a. Station der Hochbahn. Täglich im Garten, bei ungünstiger Witterung im Saal: Hoffmanns Norddeutsche Sänger und Konzert.

ZOOLOGISCHER GARTEN.

Täglich nachmittags 4 Uhr: Militär-Doppel-Konzert. Entree 1 M., Kinder ab 6 Uhr abends 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

CASTANS Panoptikum.

Friedrich-Strasse 165. Die sensationellen lebenden Bilder. Kirchemelers Berliner Original-Schrammeln.

Prater-Theater.

Kastanien-Allee 7-9. Täglich: Durch fremde Schuld. Holzhäut in 3 Akten von A. Seelen. Eugen Milano, Langhammer. — Ulrichs Loyal. — Leodiskas Kakadas, komische Neuturner. — The Elrados. Emmy Palmay, Soubrrette. — 3 Stagemans, komische Erle. — Konzert. Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf., numerierter Platz 50 Pf. Kalbo.

Fröhels Allerlei-Theater.

fr. Puhlmann, Schönhauser Allee 148. Der neue stinkier Spielplan. Neu! Benedetti und Staar. Neu! Tsching u. Tsching. Mildow u. Feldow. Dazu Otto Waldemar mit neuen selbstverfassten Schloßern! Um 8 1/2 Uhr: Das humorvolle große Gefangs-Volkstück.

Unser Goldjunge.

Im Saale: Täglich 8 Uhr. Anfang 5 Uhr. — Entree 30 Pf. Dienstag, den 9. September: Große Benefiz. — Montag, den 15. d. M.: Schluß der Sommerpiele. Bis dahin haben keine Privatvorstellungen mehr statt.

Apollo-Theater.

Neues Spezialitäten-Programm. Elliioth Savonnas. Max Wilson-Troupe — 3 Satours. The Sennets etc. etc. Um 9 1/2 Uhr: Lysistrata.

Metropol-Theater.

Hente: Berlin bleibt Berlin. Grosse Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund. Musik von Erik Meyer-Helmund. Emil Thomas u. G. Josef Joseph. Henry Bender. Flora Siding. Hans Reichsberg. Wini Grabitz. — Johanna Junker-Schatz. — Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Buntes Theater („Ueberbrett“).

Reichenbergerstr. 68. Anfang 8 Uhr.

1. Suzanne im Bade. Schauspiel von Hugo Salus.

2. Hunter Telt unter Leitung von Viktor Strauß, Tiny Senders a. G., Bozema Bradsy, Bokken Lasson, Marcell Salzer. — Parfett 3 M.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater)
 Dienstagabend 8 Uhr:
 Zum erstenmal: **Horituri.**
 v. Fritzen, Das Ewig-Männliche
 von Hermann Sudermann.
 Mittwochabend 8 Uhr:
Horituri.
 Donnerstagabend 8 Uhr:
Die Mottenburger.

Schiller-Theater N. (Friedr. Wilhelm-
 kaiserliches Theater)
 Mittwoch, den 3. September,
 abends 8 Uhr:
Eröffnungsvorstellung.
Die Braut von Messina.
 Ein Trauerspiel mit Chören von
 Friedrich Schiller.
 Donnerstagabend 8 Uhr:
Einsame Menschen.

Wintergarten.

Maud Griseida, Hunde-Dresseuse.
 Les Silvas, Leiter-Equilibristen.
 Josie de Witt, Sängerin u. Geigerin.
 Die Vicentinas, Kollschuhläufer.
 Refix, athletische Produktionen.
 Karl Meister, Tenorist von k. k.
 priv. Carl-Theater in Wien.
 Helene Gerard, "Hohe Schule".
 Sari Fedak, Sängerin vom Ungar.
 Theater in Budapest.
 Die Kellino-Truppe, ital. Akrobaten.
 Claudine Polaire, Pariser
 Sängerin.
 W. C. Fields, komischer Jongleur.

Cléo de Mérode

Tänzerin v. d. gross. Oper in Paris.
 "Biograph".

Max Kliems

Sommer-Theater.
 Hasenheide 13-15.
 Artistischer Leiter: P. Mühlitz.
Täglich:
 Gr. Konzert, Theater- u.
 Specialitäten-Vorstellung
 Jeden 1. und 15. d. Monats:
 Wechselndes Programm!
 Donnerstag: **Elite-Tag.**

Palast-Theater

früher Feen-Palast, Burgstr. 22.
 Sonnabend, den 6. September:
Gr. Eröffnungsvorstellung.
 Das Theater ist gänzlich neu
 umgestaltet.
 9 Uhr. Zum ersten Male: 9 Uhr.
Fromme Wünsche.
 Schwant in 3 Akten von J. Rosen-
 Stroch v. Stroberg; Dr. Rich. Winkler.
 Kunstspecialitäten ersten Ranges.
 Lotte Monde, beste deutsche Soubrette.
 Fritz Brandt, nur Original-Schlager.
 Les Premiers, Acrobaten-Ensemble.
 Ferné-Truppe, Oriental-Act.
 Entree 30 Pf. Anfang 8 Uhr.

Casino-Theater.

Lothringersstr. 37.
 Wochentags 8, Sonntags 7 1/2 Uhr.
Buntes Programm.
 Dazu:
Christliche Arbeit.

Arbeitervertreter-Verein Berlin.

Donnerstag, den 4. September, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschafts-
 haus, Engel-Ufer 15, Saal III:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Bericht über die Tätigkeit der Berliner Rettungsgesellschaft. Ref.:
 Kollege Ludwig. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 53/9
 Gäste, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt.
 Der Vorstand: J. H. Pleschel.

Achtung, Fliesenleger!

Die Vereinsversammlung findet nicht am 3. September, sondern am
Mittwoch, den 10. September 1902,
 abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von H. Schulz, Grenadierstr. 33, mit
 derselben Tagesordnung statt. Sämtliche in der Fliesenbranche beschäftigten
 Maurer sind dazu eingeladen. (58/9) Der Vorstand.

Socialdem. Wahlverein Steglitz.

Morgen, Mittwoch, abends 8 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
 bei Schellhase, Hornstr. 15a.
 Vortrag des Genossen G e m p e über: Technische Sachen der Kunstl.
 Wichtige Vereinsangelegenheiten erfordern das Erscheinen sämtlicher
 Mitglieder. Gäste, auch Frauen, sehr willkommen. Neue Mitglieder werden
 aufgenommen. (1805b) Der Vorstand.

D. Dobersteins Festsäle,

Prinzenstr. 94 und Wasserthorstr. 68,
 sind noch an Sonnabenden zu Vereins-Festlichkeiten und an andern Tagen
 zu Versammlungen zu vergeben. Beschreibungen erbitte Prinzenstr. 94 abends
 von 8 Uhr ab. 48882* D. Doberstein.

Anzug-, Paletot-, Hosen-Stoffe.

Räumungs-Ausverkauf!!!
 Die Bestände meines Ladengeschäfts
Spandauerstr. 33/35
 werden wegen Aufgabe des Ladens **bedeutend unter Preis**
 ausverkauft. (49454*)
Brenner & Co.
 Engros- und Verkauflager jetzt: Königsstr. 46 I.
Reste spotbillig.

H. & P. Uder,

Berlin 80. 16.
 Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabako
Specialität: Nordhäuser Kautabak
 stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 48992*

Achtung! 6. Wahlkreis. Achtung!

Dienstag, den 2. September 1902, abends 1/9 Uhr:
Bier große öffentliche Volks-Versammlungen.
 Moabit: Peters Gesellschaftshaus, Alt-Moabit 80/81.
 Wedding u. Oranienburger Vorstadt: Kolberger Salon, Kolbergerstr. 23.
 Gesundbrunnen u. Rosenth. Vorstadt: Ewinemünder Gesellschaftshaus,
 Schönhauser Vorstadt: Wernau, Schwedterstr. 23.
 Tages-Ordnung: Vortrag über unsere Toten.
 Referenten: Ed. Bernstein, Barthels, Schulz, Davidsohn.
 Um zahlreichem Besuch bitten Die Vertrauensleute. 219/20*

Achtung! Töpfer! Achtung!

Dienstag, den 2. September, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus (Saal 8):
Vertrauensmänner-Sitzung.
 Tages-Ordnung: 1. Die Situation in unserem Beruf. 2. Gewerkschaftliches.
 Die Vorkommnisse der letzten Zeit erfordern ernste Maßnahmen unsererseits und liegt
 es deshalb im Interesse aller Kollegen, daß jeder Bau vertreten ist. — Die Sitzung wird
 pünktlich eröffnet. Der Vorstand der Filiale Berlin des Centralverbandes der Töpfer. 196/17

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.
 Mittwoch, den 3. September, abends 8 1/2 Uhr
Vertrauensmänner-Versammlungen.
 Osten und Nordosten: bei Mann, Straußbergerstr. 3.
 Tages-Ordnung: 1. Bericht der Werkstatt-Kontrollkommission.
 2. Werkstattangelegenheiten. 3. Verbandsangelegenheiten.
 Der Obmann für den Nordosten ist Kol. Friedrich Hertel,
 Weldenweg 23, Seitenstr. IV.; für den Osten Kol. Wilhelm Götze,
 Wittenbergstr. 2, IV.
Südosten: bei C. Behrend, Mantuffelstr. 95.
 Tages-Ordnung: 1. Werkstattangelegenheiten. 2. Verbands-
 angelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Süden: bei Rotzko, jetzt Doberstein, Wasserthorstr. 68.
 Tages-Ordnung: 1. Bericht des Obmannes und der Kommission.
 2. Verschiedenes.
Süd-Westen und Westen: in Habels Brauerei,
 Bergmannstr. 5-7.
 Tages-Ordnung: 1. Bericht der Kommission und der Vertrauens-
 männer. 2. Werkstattangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Es ist Pflicht der Kollegen, aus jeder
Werkstatt einen Vertreter zu entsenden.
Moabit: bei Jocksch, Turnstr. 84.
 Tages-Ordnung: 1. Bericht der Vertrauensmänner. 2. Werkstatt-
 angelegenheiten und Verschiedenes.
Jede Werkstatt muss vertreten sein.

Wedding und Gesundbrunnen:

bei Herru Raabe, Kolbergerstr. 23.
 Tages-Ordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Diskussion.
 3. Verbands- und Werkstattangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Jede Werkstatt ist verpflichtet, durch den
Vertrauensmann vertreten zu sein.

Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt:

bei Wernau, Schwedterstr. 23/24.
 Tages-Ordnung: 1. Bericht der Werkstatt-Kontrollkommission.
 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Werkstattangelegenheiten und Verschiedenes.
 Obmann des Bezirks ist H. Schade, Rautenstr. 21, v. III.

Musikinstrumenten-Arbeiter im Gewerkschafts-

haus, Saal V.
 Tages-Ordnung: 1. Bericht der Kontrollkommission. 2. Branchen-
 angelegenheiten. 3. Verschiedenes.
 NB. Vom Besuch der Branchenversammlung müssen alle noch aus-
 stehenden Prozeduren in dieser Versammlung angefallen zurückgegeben
 werden.
Es ist Pflicht, dass jede Werkstatt vertreten wird.

Modell- u. Fabrikstischler im Lokal von Dieke,

Ackerstr. 123.
 Tages-Ordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Werkstattfragen.
 3. Verschiedenes.
Jede Werkstatt muss vertreten sein.

Drehöler.

Osten bei Matthes, Kopenstr. 41.
 Norden bei Schmitz, Brunnenstr. 150.
 Südosten und Westen bei Albrecht, Komtrasser. 18c.
 Tages-Ordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Verbands- und
 Werkstattangelegenheiten.
 Verbandsbuch legitimiert.

Stock- und Celluloidarbeiter.

bei Barcz, Brüdenstr. 7.
Achtung! Parkettbodenleger. Achtung!
 Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.
Versammlung sämtlicher Vertrauensleute und
Kommissionsmitglieder.
 Die Presbiter und Leipziger Kollegen sowie die Kollegen der
 Firma Wittig werden ersucht, zu erscheinen. Die Ortsverwaltung. 88/2

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
 Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5, Telefonamt 7 Nr. 353.
 Mittwoch, den 3. September 1902, abends 8 1/2 Uhr:
Konferenz der Vertrauensleute des Ostens
 bei Gold, Große Frankfurterstr. 133.
 Mittwoch, den 3. September 1902, abends 8 1/2 Uhr:
Konferenz der Vertrauensleute des Westens
 bei Kunke, Bülowstr. 59.
 Zahlreichen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

Grosses Volksfest auf dem Gesundbrunnen

findet heute, den 2. September 1902 statt.

Stenographie Stolze-Schrey

Der Arbeiter-Stenographen-
 Verein Stolze eröffnet neue
 dreimonatliche Unterrichtskurse
 für Damen und Herren am
Freitag, den 5. September, abends
 8 1/2 Uhr, bei Grube, Annenstr. 16.
Dienstag, den 9. Sept., abends
 8 1/2 Uhr, bei Gleinert, Schulstr. 29.
 Unterrichtsgeld 4 Mk.
 Das erste Stundlo ist kostenfrei.

Album- u. Lederwarenfabrik

Oskar Gundau,
 30. Oranienstr. 30,
 an der Wallerstr.

Ltr.-Fl.

Cognac, Rum, Nordhäuser
 1.25-10.35 1.00-5.60 0.45-1.35.
 Liköre, Eiorcognac, Citron- und
 Himbeersaft, Port- und Ungar-
 wein etc., gut und billigst.
Carl Schindler, Likör-Fabrik,
 Chausseestr. 55.
 Prämiert mit der goldenen Medaille.

Kraft-Rothwein

Fu-Blutarme
 u. Kranke
 ärztlich
 empfohlen
Feurig-Süsser 1.150
Santa Lucia 0.2M.
 überall
 zu
 haben

Central-Festsäle,

Oranienstr. 180,
 noch verschiedene Sonnabende frei.
 Elegante Säle. 1785b

Patentanwalt Dammann,

Moritzplatz 57.
 Auskunft bis abends neun. (45392*)

Dr. med. Schaper

hombop. Arzt u. Spec.-Arzt f.
Haut- u. Hautkrankheiten,
Frauenkrankheiten.
 Königsgrünerstr. 27. Spr. 9-1. 4-7.

Steppdecken

billigst in Fabrik Oranien-158
 der strasse
 Katalog Emil Lefèvre, Berlin
 franco. 8.

Socialdemokratischer

Wahlverein für den 4. Berl.
 Reichstags-Wahlkreis.
 (Süd-Osten).
 Den Genossen zur Nachricht, daß
 unter Mitglied
Carl Lindow
 Reichsbergerstr. 130, Bezirk III, ver-
 storben ist. 244/5
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Mitt-
 woch, den 3. Sept., nachmittags 5 Uhr
 von der Leichenhalle des St. Marien-
 hofes, Einnahms-Richthof, aus statt.
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht
 Der Vorstand.

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten die
 traurige Nachricht, daß mein lieber
 Bruder, der **Alwin** 1795b
 am Freitag, den 29. August, nach
 kurzen, aber schweren Leiden ver-
 storben ist. Die Beerdigung findet
 Dienstag, den 2. September, nach-
 mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des
 Georgen-Richthofes, Sandberger-Allee,
 aus statt. — Dies zeigt tiefbetriibt an
G. Pöhler, Cigarrenfabrikant,
 Sandberger Allee 145.

Todes-Anzeige.

Am 31. August verschied nach langen
 schweren Leiden im Alter von 52 Jahren
 mein lieber unvergesslicher Mann, der
 Maurer **Robert Wendi.** 49852
 Die Beerdigung findet Mittwoch,
 den 3. Sept., nachmittags 5 1/2 Uhr,
 von der Leichenhalle des Schönberger
 Richthofes, Wallstraße, aus statt.
 Die trauernde Witwe nebst Sohn
Bertha Wendi geb. Müller,
 Otto Wendi.

Central-Kranken- u. Sterbe-

kasse der deutschen Wagenbauer
 „Berlin Gesundbrunnen“.
 Am Sonnabend, den 30. August,
 verstarb unser Mitglied
Hermann Hirthe.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Dienst-
 tag, den 2. September, nachm. 5 Uhr,
 von der Leichenhalle des Sebastian-
 Richthofes (Dahlhof) statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 18006 Die Ortsverwaltung.

Allgem. Kranken- u. Sterbe-

kasse der Drechsler
 und Verlagsgenossen, G. S. 86,
 zu Hamburg, Verwaltungsstelle
 Berlin A.
 Verspätet.
 Den Mitgliedern hiermit zur Nach-
 richt, daß unser Mitglied 1789b
Georg Mechelke
 am 29. August gestorben ist.
 Die Beerdigung hat bereits am
 1. September, nachmittags 4 Uhr, auf
 dem Georgen-Richthof in der Sand-
 berger Allee stattgefunden.
 Die Ortsverwaltung.

Verband der Bau-, Erd- und

gewerblichen Hilfsarbeiter
 Deutschlands
 (Zahlstelle Schönberg).
Todes-Anzeige.
 Am Freitag, den 29. August, ver-
 starb plötzlich durch Absterben unser
 langjähriges Mitglied
Johann Bode.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Dienstag,
 den 2. September, nachmittags 4 Uhr,
 von der Leichenhalle der Rathshaus-
 Gemeinde in Süden aus statt.
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht
 1791b Die Ortsverwaltung.

Kranz- und Blumenbinderei

von Robert Meyer,
 nur Mariannen-Str. 2.
 Vereins-Kränze, Palmen u. Blumen-
 Arrangements, Bouquets, Gattinnen
 usw. werden fein u. preiswert geliefert

Gänsefedern 60 Pf.

Pr. Plund (größer von Reizen),
 Schlichtfedern, wie sie v. d. Gans
 fallen, mit allen Dämmen M. 1.50,
 halberer Gänsefedern M. 2.00,
 bessere Gänsefedern M. 2.50,
 3.00, beste schwarze M. 3.50,
 russische Dämmen M. 1.50, weiße
 böhm. Dämmen M. 5.00, ge-
 reifere Federn M. 1.50, 2.00,
 2.50, prima gereifene M. 3.00,
 3.50, Versand gegen Nachnahme.
Gustav Lustig, Berlin S.,
 Erste Pfeiffersdorferstr. 46a.
 Erste Pfeiffersdorferstr. 46a.
 Besuche, alle Anfertigungsarbeiten.

Wer

einen billig
 und gut sigen-
 den Anzug
 oder Paletot
 wünscht, be-
 suche daselbst
 bei Schneid-
 meister **Kawiecki,** Charlotten-
 burg, Kanitz 56. Großes Lager
 von nur guten Stoffen. Einlegungs-
 anzüge nach Maß. Lebenspreis.

Bruch-Pollmann

empfiehlt sein Enger in Bruchhan-
 dgen, Leibbinden, Gerdohaltern,
 Spritzen, Suspensoren, sowie sämtl.
 Artikel zur Krankenpflege.
Elgus Werkstatt.
 Eisenartf. Orts- u. Hilfs-Krankentassen
 Berlin C., (37522*)

30. Finien-Str. 30.

Möbel Bartsch.

Wem wäre die Möbelfabrik für bürgerliche Wohnungseinrichtungen in Rudolfs Platz, nicht bekannt? Grösste Auswahl in meinem extra dazu erbauten, 4 Etagen hohen Fabrikgebäude. Empfehlenswertes Einkaufsquelle für Brautleute. Solide und gediegene Einrichtungen für 200-300-400-500 bis 10 000 Mark stets zur Ansicht vorrätig. Verlangen Sie meinen Prachtkatalog gratis und franco. Coulaute Zahlungsbedingungen. Kein Ladengeschäft. Verkauf direkt im Fabrikgebäude. Lagerbesichtigung erbeten ohne Kaufzwang. Lieferung frei Haus durch eigene Gaspanne. Gogr. 1889.

5 1/2 Pfund Brot 50 Pf.

Backware

6 Stück für 10 Pf.
Albrechts Bäckerei:
Krausstraße 9, Brautstraße 19,
Wollfesteinstr. 28, Raufstraße 2.

Stempel-Druck
von 137689

Robert Hecht,
Berlin S.,
Cranienstr. 142,
Liefert schnell und
billig alle Arten
Stempel
in bester
Ausführung.

Kaufman-Typen „Perfek“-
zum Zusammenlegen einzelner Wörter
sowie ganzer Sätze von 1.50 M. an.

Restaurant „Zum goldenen Bienenkorb“

Vollstr. 43, Ecke Wattstraße.

Donnerstag, den 4. September, abends 6 Uhr:

Frische Wurst.

40562

Emil Böhl.

Zähne 2 Mk.

10 Jahre Garantie.
Teilzahlung wöchentlich 1 Mark.
Vollkommen schmerzlos Zahnziehen 1 Mark.
Plomb. 1.50 M. Repar. sof. Umarbeitung schlecht sitz. Gebisse.

Zahn-Arzt Wolf, Leipzigerstr. 130.

(Haus Sehaarwächter.) Sprechst. 9-7 Uhr. 35/11

Forbren Sie in den Tabakhandlungen

Dänischen Anker-Kautabak

Feinste Marke 5 und 10 Pf.-Zigaretten.
Nur echt, wenn sich im Tabak der Firmenname mit Anker befindet.
Generalvertreter: C. Röcker, Berlin, Gruner Weg 8, Amt 7, 3861

Jos. Gremmer's Wwe.

Landshut, Bayern.
Erste und Beste

Brasiltabakfabrik

Brasilianischer Tabak per Pfd. Mk. 170, Mk. 150 und
Mk. 130. Von 6 Pfd. an franco.
Staniol-Paket zum 10 Pfg.- und 5 Pfg.-Verkauf
Beste und vorzüglichste Bezugsquelle.

M. Cohns Festsäle,

Benth-Strasse 20. 49492

Einige Sonnabende und Sonntage für die bevorstehende
Saison noch zu vergeben. Moritz Cohn.

Zur bevorstehenden

Saison sind nunmehr ganz hervorragende Neuheiten in
Teppichen, Portieren, Gardinen, Divan-,
Tisch-, Reise- und Steppdecken, Läufer-
stoffen, Möbelstoffen und Plüschchen
nur in bekannt vorzüglichen Qualitäten eingetroffen und stellen
wir solche zu außerordentlich billigen Preisen zum Verkauf.

Teppichhaus Adler & Co.,

Königstr. 20-21, dicht am Rathaus.

Mass-Anzüge mit Anprobe

zu 24 und 30 Mark,
Winter-Paletots nach Mass 28 u. 32 Mark
fertige unter Garantie des tadelloser Sitzens aus nur
besten, modernsten Stoffen an. 1720b
Rester-Handlung ein gros.
Krautstr. 1, 2 Tr., Chausseestr. 43, 1 Tr.,
am Strausbergerplatz. Bitte genau auf Hausnummer zu achten.

Grosses Lager

in
Brillant-, Opal-, Türkis-, Simili-, Korallen-
und Granat-Schmucks.
Goldene Ketten n. Gewicht u. billigster Fabrikation.
Dukaten-Trauringe
in jedem Gewicht am Lager.

H. Zimmermann

206. Oranienstrasse 206.
Gold- und Silberwaren-Fabrik.
Eigene Werkstatt für Neuarbeit und Reparatur.
Telephon: Amt IV, 6549. 4984L

Uhren-Grosshandlung.

Glashütter-Uhren.

Grösstes Lager
in goldenen und silbernen Uhren.
Goldene Damen-Uhren Mk. 15,75 an.
Silberne Herren-Uhren mit Kette Mk. 10,-
Goldene Herren-Uhren Mk. 30,- an.

Jedes 5 Pfennig.
Wort: 5 Nur das erste
Wort fett. Worte mit mehr als
16 Buchstaben zahlen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste
Nummer werden
in den Annahmestellen für Berlin
bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr,
in der Hauptexpedition Bismarckstr. 2
bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Gründergeschäft zu verkaufen
Krausstraße 20. 1706*

Brotschle. Tischlerei mit sechs
Hohlbänken und massiven Wohn-
haus, 5 Meilen von Berlin, ist sofort
oder später zu verkaufen. Offerten
unter H. 4, Expedition dieser Zeitung.

**Hobeltische, Küchenstühle, Hoch-
bauer billig Diewig, Weststr. 76.**
Witzschgasse-Einrichtungen liefert
billig Jordan, kleine Markt-
straße 28. 12542*

Gartenhaus Große Frankfurter-
straße 9, parterre. 437*

**Zwei-jährige elegante Herren-Anzùge
und Paletots** aus den modernsten
Stoffen in guter Verarbeitung und
Puffen von 18 bis 45 Mark. Julius
Lindemann, Große Frankfurter-
straße 141, Ecke Fährstraße. 12882*

Vor-jährige elegante Herren-Hosen
aus feinsten Stoffen 9-12 Mark.
Verkauf Sonnabend und Sonntag.
Verkaufhaus Germania, Unter den
Linden 21, II. 12832*

Eingangs-Anzüge. Große
Frankfurterstraße 16, August Schütz.

**Herrenanzüge, Paletots, elegante
Kasackierung, geringe Teilzahlung.**
Kunzeberg Landbergerstraße 13, 12152*

Weste sportlich, Lager
Krausstraße 2. 1775b*

**Weiße Herrenhüte, gute Qualität,
Stahl 95 Pfennig. Bessere Sachen
enorm billig.** Hübsch, Comptoir
Kaiserstraße 25A, früher Barnim-
straße 4 und 6, Sonntag ge-
öffnet. 11972*

Maurerflits vorrätig Aufschliff
Potsdamerstraße 61. 12402*

Stieppdecken sportlich. Habit
Weinstr. 20. 1701b*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen
Größen für die Hälfte des Wertes im
Teppichlager Berlin, Fährstraße 4,
Bahnhof Straße. 1195*

Möbelmagazin liefert auf Teil-
zahlung Möbel, Teppiche, Gardinen
unter coulantesten Bedingungen. Ab-
zahlungen auf Jahre bereit. Reyer,
Invalidenstraße 38, nahe Chaussee-
straße. 12752*

**Haarfärbemittel, unübertroffen,
überzeugender als das Hingig Pfennig
Probeköcher, Charlottenstraße 3. ***

**Jebei Kart Bierbedingende Damen-
hemden, Herrenhemden 3,00. Aus-
stattungen sowie elegante Reise-
müßer sportlich.** Wälschstraße 10, Wolf
Salemhörn, Stadtbahn 21, Nähe
Polizeiinspektorat. 78/2

**Vor-jährige elegante Herren-Anzüge
u. Sommerpaletots** aus feinsten
Stoffen 35-40 Mark. Verkauf Sonn-
abend und Sonntag. Verkaufhaus
Germania, Unter den Linden 21, I.

**Teppiche, Betten, Steppdecken,
Gardinen, Spiegel, Regulatoren, Re-
peler-Uhren sportlich.** Velthaus
Reanderstraße 6. Teilzahlung ge-
halten. 34/19*

**Möbel, drei Zimmer, darunter
Küchenschloß, elegant, 88,00. Küchels-
betten, Säulenträume 85,00, Pannell-
sofa, wenig benutzt, 50,00, Büchels-
spiegel, Wandbrett, Tisch, Büchels-
stühle 3,00, Spiegelst. Betsie, Küchels-
stühle, Kleiderkasten, verschiedene, räu-
mungsfähiger sportlich, Garten-
straße 148 I links. 4133***

Anzugshaber schnell drei Zimmer
Möbel, Küche, auch einzeln. Braut-
leute, Gelegenheits! Sofa 3,00,
Küchenschloß 4,00, Zimmerstühle
2,50, Büchelsstuhl 2,50, Büchels-
stuhl 2,50, Tische 3,00, Küchels-
garnitur 45,00, Tischensche 45,00,
Stuhl 2,25, Gardinen, Fenster 8,00,
Teppich 7,00, dringend. Schönhafer
Allee 101, Restaurant. 1728b*

Möbel in allen Preislagen liefert
billig und gut Karl Hühling, Hof-
meister, Mariannenstraße 44. 12852*

Achtung, Brautleute! In Paul
Barons Möbelfabrik, Neue Schön-
hauserstraße 2, bietet sich Brautleuten
die günstigste Gelegenheit, vorzügliche
Ausstattungen für 150, 200, 300, 500
bis 10 000 Mark einzulassen. Teil-
zahlung gestattet. In meinen großen
Möbeldepots, drei Etagen, halte
ich eine prächtige Auswahl aller
Arten Möbel zum Verkauf. Durch
Maffensentwürfe, Gepanung treuer
Lederleute bin ich im Stande, ganz
bedeutende Vorteile zu gewahren.
Stets reichhaltiges Lager in vertieft
gemeinen Möbeln, welche sportlich
abgegeben werden. Ruhebaum- oder
Rafagoni-Kleiderstühle und Bettsofa
36 Mark, Korridorstühle 22, Büchels-
Kleiderstühle 35, Bettstellen mit
Matratze und Keilissen 22, französische
Rufschelbetische mit Sprungfeder-
Matratze und Keilissen 38, Kommoden
18, Spiegel 8, Säulenträume 37,
Diuwan mit Sitzbank 36, Pannell-
sofa mit Betteloch 85, 90 Mark,
Barnituren 90 Mark, Herren-Schreib-
tische, Garderoben-Schränke, Küchen-
möbel, Beschäftigung ohne Kaufzwang.
Gedante Möbel können beliebige Zeit
heben bleiben und werden durch eigene
Geschäfte sauber transportiert und
angeschlossen; auch nach außerhalb
Materiebun gratis und franko. 12618*

Teppiche mit Farbenfehlen
fabriküberlieferte Große Frankfurter-
straße 9, parterre. 437*

**Fahrräder, verfallene, Soffen-
schluß wegen Klammungsabverkauf,
neue Räder 65-75,00, großartige
Robelle, gebrauchte Räder in jeder
Preislage und jeder Marke von 25,00
an. Reuherf günstige Gelegenheits-
käufe in tollerater Auswahl. Fahr-
rad-Leihhaus, Neue Schönhauser-
straße 11. 12782***

Stieppdecken billig! Habit Große
Frankfurterstraße 9, parterre. 437*

**Eingangs-Anzüge, neueste
Sackans, in blau und schwarz Sam-
marn und Chevot. Julius Lindem-
ann, Große Frankfurterstraße 141,
Ecke Fährstraße. 12708***

**Mehl- und Vorkochgeschäfte mit
Gränram zu verkaufen.** Woll-
straße 126. 1798*

Restoration sofort billig zu ver-
kaufen, Dalkstraße 5. 17948

Konzertflöte verkauft wegen
Rückruf, Panierstraße 6. 17905

**Cigarengeschäft für 600 Mark
zu verkaufen, Drederstraße 68 I.**

Sarghalter - Raigrasportier -
frage Deinen Hausarzt! - ist das
nächstbeste kräftige Bier, besonders
für Blutmare, Brustkrank, Wöchner-
innen etc., wie auch ein vorzügliches
Tafelgetränk, 14 Flaschen 3,- Mark,
1/4 Tonne 3,50. Portiererei Klingler,
Barnumerstraße 119. Ferner großes
Vager von Kulmbacher Export und
echte englischen Porter. 12076

Garnitur Pannellsofa, zwei Bett-
stellen, Spinne, sämtliche Möbel wie
neu, Händler verdienen, umhänd-
elter, Eislerstraße 32, vorn II.

Ringschiff-Rahmen, sehr billig
Brandenburgische 53, I links. 18006

Mähmaschinen ohne Anzahlung,
Wochel 1,00, gebraucht 12,00. Köpfer-
straße 60/61, Vaidbergerstraße 82, 791*

Lehn-, Gemälde, Vorkochgeschäfte
frankfurterstraße verlässlich. Räder
Wollstraße I, Restaurant. 4105

**Blattgeschäfte, aufgehoben, sofort
billig zu verkaufen.** Kommoden-
straße 2. 437

**Mähmaschinen ohne Anzahlung
bis 6 Mark** Vergütung, Volkarte,
Breitfeld, Amalienstraße 4. 17995

Verfallene Pänder! Zur Ein-
gung goldene Uhren, Ringe und
andere Goldsachen, Ketten jeder Art,
sauer und schön, werden sportlich
verkauft. Altes Gold und Silber wird
gekaut und in Zahlung genommen
in der Handliche Pringstraße 28, I,
Ecke Ritterstraße. 1811b*

**Ringschiffen 20,00, fünf Jahre
Garantie, Reanderstraße 7. 35/12**

Restoration zu verkaufen für
1800 Mark, Werte 1500 Mark. In
erfragen bei Stolzenburg, Woll-
straße 41/42. 772

Schankgeschäfte verlässlich. Vereins-
zimmer, anziehende Wohnung,
Vaidbergerstraße 42. 782

Hochelegante Ringschiff, Räh-
maschine (neu) unter Garantie unter
halbem Preis zu verkaufen. Koch,
Moabit, Bremerstraße 57. 783

Köpenick. In der Altstadt wird
ein organisierter Verein gesucht,
welcher in seiner Wohnung eine
Bibliothek gegen monatliche Ent-
schädigung verwalten will. Adresse
erbeten bei Hühling, Gartenstraße 14 II.

75 Pfennig! Eingabegeld,
Schankgeschäfte, Straßengeschäfte,
Geldwäsche, Intermentation, Be-
leidigungs-, Alimentenklagen, Unfall-
klagen, Forderungsbefehle, Roterteilung,
Kaufvertrag, Statyerstraße 141, Abend
geöffnet. 17975

**Unfallgeschäfte, Klagen, Eingaben,
Reklamationen, Bürger, Stiegher-
straße 65. 16048***

**Rechtsbureau, Zeltowerstraße 45,
Eingaben, Geldwe, Roterteilung, Un-
bemittelten unentgeltlich. 11852***

Kostenfreie zahnärztliche Behand-
lung, Zahnziehen, Zahnärztliche Hoff-
st. Chausseestraße 1a. 12072*

**Kunstaberei von Frau Hoff, 1/2
Steinwegstraße 48, Quergebäude
hospitäre.**

Metallbruch oder Art laut
Proberich, Appelnerstraße 16. 44*

Reisektion! Wer sich über diese
auslaßende Granarfahrt unserer Zeit
unterricht will, verlange die Flug-
blätter des Reichsbundes gegen Revi-
sion, welche unentgeltlich versendet
werden vom Berliner Reichsbun-
desverein, Königgräferstraße 108. Um
gütigen Abdruck wird gebeten. 161b*

**Zaal, Vereinsräume zu Veramun-
gungen und Sitzungen** noch frei In-
validenstraße 10, Jannsch. 12592*

Vereinszimmer zu vergeben.
Potsdamer Stangenstr. 7, Frank,
Bordorferstraße 8. 785*

**Vereinszimmer, Vier, alte Fähr-
straße 119. 12622***

**Vereinszimmer für 50 Personen
nach einige Tage frei.** K. Reischer,
Swinemünderstraße 97. 18308*

Vereinszimmer Denz, alte Fähr-
straße 69. 12762*

Herrenkleider ausgebessert, ge-
reinigt, geändert, billig. Koffhaltung,
Zuwendung frei. Renodierungsanstalt
Krausstraße 68. 17925*

Rechtsbureau habich, Andread-
straße dreisprachig, Rechtschiffe,
Eingabegeld, Roterteilung. 1812b

**Gesellschaft, Unfallgeschäfte,
Strafgeschäfte, Roterteilung, Un-
fallgeschäfte, Roterteilung, 1812b**

**Rechtsbureau, Prozeßbeistand, Ein-
gabegeld, Roterteilung, Fall,
Drummenstraße vierzig. 1810b**

Damen, Kundenleiter fertigt
sauer, billig, auch Rohwürde für
Geschäfte Stecker, Mariannenstraße 2

Die Beleidigung gegen Caepox
Reiser nehme hiermit zurück. Hertel

**Platina, Gold, Silber, Gebisse,
alte Uhren** laut Prob, Krangels-
straße 4. 35/4

Vermietungen.

Zimmer.
Möbliertes Zimmer vermietet
Erdesh, Erdingerstraße 44, IV.
Suche Teilnehmer möbliertes
Zimmer Kantenstr. 102 bei Wolf.

Schlafstellen.
Anständiges Mädchen (eignetes Bett)
möchte einwohnen unweit der Fran-
zösischenstraße. Rottbuschdamm 97, bei
Schneider. 1806b

Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.

Komiter frei. Edholz, Duffen-
straße 29. 1786b

Gesangverein, besserer, wird für
Donnerstags und Sonnabends zu
leien gesucht. Kalmann, Reander-
straße 22. 1720b

**Buchdrucker-Invallide, 36, schrift-
gewandt, guter Rechner, sucht Be-
schäftigung bei beschriebenen An-
sprüchen. Walter, Fischerstraße 12.**

Bücher Stiegherstr. 69, 12720b

Stühle werden zu den
billigsten Preisen gekauft, werden
abgeholt und unentgeltlich zurück-
geliefert. Adresse: Pulackstraße 27,
K. Weller.

Invalider Buchdrucker, 41 Jahre
wieder zum Anwaldeurenten bezüg-
lich leichte Beschäftigung jeder Art
Seher, Waldstraße 49, bei Schmidt

Stellenangebote.
Einen tüchtigen Rahmenmacher
verlangt sofort G. Brandner, Neu-
Weitenstr. Heinersdorfer Weg 19/14.

Handwerker und solide Arbeiter
mit festerlicher Handschrift erhalten
hohen Verdienst. Röhresch Gasse
L. 4, Expedition. 17885

Tischler (tüchtig auf Silberstr.)
Drederstraße 13. 1802b

Zeichner verlangt Handschuh-
geschäft Ritt-Blasstr. 113. 1808b

Gedächte Kartonarbeiten finden
bei gutem Lohn dauernde Beschäfti-
gung. Sehahndstraße 7, Hof I. 18015

Jacketts und Rod-Arbeiterinnen
verlangt. Langstr. 23, I. 1788b

Mädchen (Arbeiterinnen) ver-
langt Halle, Frankfurter Allee 18.

Gedächte Kartonarbeiten finden
dauernde Beschäftigung bei Grewfen-
bagen, Stallstraße 58. 1855*

Redacteur.

In die Redaktion eines erstehen
liberalen Blattes, das den sozialen
Frageen besondere Aufmerksamkeit zu-
wendet, kann ein tüchtiger Journalist
mit gründlichen politischen und
nationalökonomischen Kenntnissen ein-
treten. Beschäftigung finden nur
Meldungen mit eingehendem Lebenslauf.
Angebote unter Chiffre J. H.
5231 Rudolf Mosse, Berlin SW.

Achtung! Holzarbeiter!
Geheert sind folgende Verhältnisse
für Tischler, Einleger, Malchmen-
arbeiter und Bolter:
K. Schulz, Krausstr. 18/19,
Gumeluth, Diefenbacher 33,
Rindl u. Friedrichs, Poststr. 43,
Hindl u. Friedrichs, Poststr. 50,
Hindl u. Wolff, Waldemarstr. 27
und Bethanien-Weg 6.
Aug u. Engbrecht, Göttinger-
Weg u. Brunnmann, Holzmarktstr. 11.
Hülber, Kroll u. Co., Warschauer-
straße.

Die Crissverwaltung.

Achtung! Holzarbeiter.
In der W. Arbeitshilfe (Hilfe) von
E. Schirn, Weihenstraße, König-
schussow 74, haben sämtliche Ge-
zellen wegen Lohnforderungen die Arbeit
niedergelegt.
Zuzug ist streng fernzuhalten.
87/14 Die Crissverwaltung.

Achtung, Klavierarbeiter!
Die Piano-Fabrik von Ernst
Koch & Co., Grewfenwalder-
straße 155/156, ist wegen Lohn-
differenzen bis auf weiteres ge-
sperrt.
88/2 Die Crissverwaltung.

Achtung! Töpfer.
Wegen Umgehung des Arbeitshil-
fes sind folgende Firmen ge-
sperrt: Gebauer, Rahmte, Schloße,
Hoff, Arnold (Niederwallstraße 10),
Gendel (Krausstr. 34).
Wegen Umgehung der Firma
Welger u. Jacob.
Sämtliche Firmen sind von Mit-
gliedern der sog. Freien Vereinigung
der Töpfer Berlins" befreit worden.
Zuzug ist fernzuhalten. 196/18
Der Vorstand der Filiale Berlin
des Central-Vereins der Töpfer.

Achtung! Tischler!
Folgende Verhältnisse sind ge-
sperrt:
Gustaf, Kroll u. Co., Wars-
chauerstr.
Aug u. Engbrecht, Göttinger Wec.
Wolf, Waldemarstr. 27 u. Bethanien-
Weg 6.
Golz u. Grentmann, Holzmarkt-
straße 11. 185/12*

**Hilf. Schulz, Krausstr. 18/19,
Witwe Goltz, Frankstr. 31 und 29,
Der Fachverein der Tischler.**

Der britische Gewerkschaftskongress.

London, 30. August. (Fig. Ber.)

Der 35. Jahreskongress der Trades-Unions wird nächsten Montag, den 1. September, in der Stadthalle von Holborn, London, eröffnet. Die Verhandlungen werden mit mehr als gewöhnlichem Interesse verfolgt werden, denn die socialen Verhältnisse, unter denen die Vertreter der britischen Arbeiterorganisationen sich diesmal versammeln, sind sowohl für das britische Kapital wie für das Proletariat ziemlich ernst.

Dem Kongress wird eine Massendemonstration vorausgehen. Morgen nachmittag (Sonntag, den 31. August) werden wahrscheinlich Hunderttausend Londoner Proletariat unter ihren gewerkschaftlichen Fahnen und Emblemen nach dem Hyde Park ziehen, um gegen die Lord-Entscheidung und für die politische Aktion zu demonstrieren. Diese Kundgebung ist vornehmlich der Initiative unseres Genossen James Macdonald, des Sekretärs des Londoner Gewerkschaftsverbandes, zu verdanken.

Im Hyde Park werden 12 Rednertribünen aufgestellt. Dasselbst werden unter anderem sprechen: David J. Shackleton, der neugewählte Abgeordnete für Clitheroe, und Boverman, Sekretär der Buchdrucker, Vete Curran, John Duris und P. Vogel (Sekretär der deutschen Arbeiter), Keir Hardie und J. O'Grady, Ven Lilett, W. Thorne, James Macdonald, der Abgeordnete W. Cremer, ein altes Mitglied der Internationale. Fast auf allen Tribünen sehen wir unsere Genossen im Vordergrund des Kampfes, ebenso sind sie unter den Führern und Ordnern der Demonstration.

Den Vorsitz des Kongresses wird — wie mit dem Sekretariat des Parlamentarischen Komitees mitteilt — Mr. Steadman übernehmen. Er ist Sekretär der Fühlschiffbauern, Mitglied des Londoner Gewerkschaftsrats und mehrere Lokalpersönlichkeiten. Er steht dem Socialismus sehr nahe.

Die eingelassenen Resolutionen sind in 18 Gruppen geteilt: Geschäftsordnung und Geschäftsführung des Parlamentarischen Komitees 9 Resolutionen; Unfallentschädigung 8; Fabrikgesetz 3; Poldienst 4; Lohnverhältnis 6; Obligate Schiedsgerichte 3; Erziehungsweisen 3; Zwangsarbeit beim Wägen in den Bergwerken und Wägen in den Textilfabriken 3; parlamentarische Arbeitervertretung 2; Wohnung 3; Reform des Totenamtes 3; Schutz für Droschkensitzer und Wagenbauer 5; Arbeitszeit 2; Alterspensionen 2; Gewerkschaftsrecht 2; Schutz für Lebensangehörige 2; Fabrikaufsicht 2; Verschiedenes 15. Außerdem mehrere Amendements zu diesen Resolutionen.

Unter den Resolutionen finden sich folgende: „Der Sekretär des Parlamentarischen Komitees soll 400 Pfd. Sterl. (8000 Mark) jährlich erhalten und sich ausschließlich dem parlamentarischen Schutze der Arbeiterinteressen widmen“ (Stahlarbeiter). „Einschluss aller Arbeiter in das Gesetz betreffend Unfallentschädigung; Entschädigung vom ersten Tage des Unfalls und nach Stundenlohn zu berechnen.“ „Die Poldiämter sind der Fabrikaufsicht zu unterstellen; Erhöhung des Minimallohnes der Post-, Telegraph- und Telefonangestellten; Sicherung der bürgerlichen Rechte der Angestellten.“ „In allen Staatswerkstätten ist der Minimallohn auf 30 Mark die Woche zu erhöhen.“ „Einführung von obligatorischen Verleserungs- und Schiedsämtern nach neuseeländischem Muster“ (Doder, Eisenbahnarbeiter, Löhnerangestellte). Der Kongress verurteilt die Schulvorlage, da sie den Sekundarunterricht für die direkte Schulverteilung vernichtet und die Frauen von den Schulkommissionen ausschließt. Das ganze Schulwesen ist einer direkt zu wählenden Lokalbehörde zu unterstellen. Das Schulalter ist auf 15 Jahre heraufzusetzen. Freier und weltlicher Unterricht in allen Elementar- und Mittelschulen.“ „Den Berg- und Textilarbeitern zu erleichtern, das Wägen und Wägen der im Accord erzeugten Produkte zu kontrollieren.“ „Der Kongress spricht seine Freude darüber aus, daß die Gewerkschaften sich bemühen, eine direkte parlamentarische Vertretung zu erhalten. Es wäre aber nötig, daß diese Bemühungen centralisiert würden und daß die gewählten Vertreter harmonisch handelten. Der Kongress empfiehlt daher, daß alle Arbeiterorganisationen, die zur politischen Aktion greifen wollen, mit einander in Verbindung treten zur Schaffung einer politischen Arbeitercentralen (Doder). Die Gasarbeiter haben eine Resolution für den allgemeinen Arbeitstags, die Miners-Föderation eine solche für Bergleute eingebracht. Die Zimmerer verlangen ein Amendement zum Gesetz vom Jahre 1875 betreffend Streikpostenstreiken: „Der Aufenthalt neben dem Konfliktplatz zum Zwecke von Erteilen oder Empfangen von Informationen oder zum Zwecke der friedlichen Ueberredung der Arbeitswilligen soll gestattet sein.“ Ferner ein Amendement zum Gewerkschaftsgesetze, daß die Gewerkschaft für die gesetzwidrigen Handlungen ihrer Beamten nicht verantwortlich sein soll, außer wenn sie auf Befehl der Gewerkschaft gehandelt haben. Die Cigarrenarbeiter haben eine Resolution gegen die Trunks, die als eine Gefahr für das wirtschaftliche und politische Wohlergehen der Arbeiter betrachtet werden. Zu dieser Resolution brachten die Gasarbeiter folgendes Amendement ein: „Der Kongress erklärt, die einzige Lösung dieser Schwierigkeit ist zu finden in der Rationalisierung der monopolisierten Industrien.“ Das ist die einzige socialistische Resolution, die dem Kongresse vorliegt.

Neben den Resolutionen für parlamentarische Diäten und Frauenstimrecht ist noch folgende zu erwähnen: „Der Kongress ist der Ansicht, daß die Naturalisierungsgesetze (100 Mk.) herabzusetzen sind, so daß die eingewanderten Arbeiter nach fünfjährigem Aufenthalt in England das Bürgerrecht erhalten können. Ebenso sind die Bestimmungen so zu vereinfachen, daß keine Advokatenhilfe dazu nötig ist“ (die jüdischen Schneider).

Im Anschluß an den Kongress soll zum 4. September eine Konferenz derjenigen Gewerkschaftsvertreter stattfinden, die sich für eine unabhängige politische Aktion interessieren.

Als Sekretäre des Parlamentarischen Komitees sind vorgeschlagen: J. Hodges (Stahlarbeiter, Mitglied der Unabhängigen Arbeiterpartei), Ven Lilett (Sekretär der Doder, Mitglied der Unabhängigen Arbeiterpartei) und Sam Woods (Sekretär des Parlamentarischen Komitees seit dem Jahre 1894).

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Ueber die Konferenz socialdemokratischer Frauen in München wird Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, in den Armishallen ein Vortrag gehalten werden. Näheres morgen im Annoncenblatt.

Steghitz-Festleben. Morgen, Mittwoch, abends 8 Uhr, bei Echellb., Ahornstr. 15a: Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Ein interessanter Vortrag sowie wichtige Vereinsangelegenheiten erfordern das pünktliche Erscheinen sämtlicher Mitglieder. Gäste, auch Frauen haben Zutritt.

Rixdorf. Im Lokal des Herrn Thiel, Bergstr. 151/152, findet heute abend eine Volksversammlung, mit der Tagesordnung „Unsre Toten“ statt. Referent: Reichstags-Abgeordneter Emil Rosenow.

Lokales.

Die Berliner Feuerwehr im Jahre 1901.

Nach dem soeben erschienenen Verwaltungsbericht des Magistrats umfaßte das Personal unserer Feuerwehr im letzten Jahre außer dem Branddirektor, sechs Brandinspektoren, 15 Brandmeister und sieben Feldweibel 819 Mann, darunter 35 Ober-Feuermänner und 27 Spritzenmänner, welsch letztere Charge auf dem Ausserbetrieb

steht. Dazu kommen noch 42 Telegraphen- und 14 Bureaubeamte. Die Anzahl der Pferde betrug 148, die der Gespanne 69 (ausschließlich der für Wirtschaftszwecke gebrauchten Gespanne.) Die Besetzung der 15 Feuerwachen mit Normalmännern wird in diesem Jahre durchgeführt werden, so daß dann sämtliche Wachen, außer mit Personen- und Wasserwagen und mechanischer Leiter, mit Dampfprisen ausgerüstet sein werden. Da es auf Unglücksfällen mehrfach an entprechenden Winden gefehlt hat, so sollen auch alle Rüge mit der Zolberischen „Telekop-Winde“ ausgerüstet werden. Für die Dampfprisen ist eine neue Heizvorschrift erlassen worden, welche die größtmögliche Verschleimung in der Bereitschaft der Spritze herbeizuführen geeignet ist. Die mechanische Leiter (System Hönig), welche aus fünf Teilen besteht, weist jetzt eine Höhe von 26,5 Metern auf. Die Zahl der Feuermelder betrug 541 (davon 159 öffentliche), die der Hydranten 5528; es wird geplant, für die Feuerwehr nur noch Saugebrunnen (bei denen das Rohr nur bis zur nächsten wasserführenden Schicht reicht) einzurichten, falls der an der Fernlemer-Kirche befindliche Versuchsbrunnen sich bewährt. Aus der Brand-Statistik sei noch erwähnt, daß die Zahl der Brände sich gegen das Vorjahr wieder um 308 vermehrt hat; sie betrug 11 428, darunter 94 Groß- und 188 Mittelfeuer. Alarmiert wurde die Feuerwehr im ganzen 2561 mal, an einzelnen Tagen 13, 14 und 16 mal. In 318 Fällen handelte es sich um Wasserknot, Rettung gefährdeter Menschen oder Tiere, Einbruchgefahr etc. Versichert waren bei der städtischen Feuerfocietät für rund 7853 Millionen Mark Gebäude, Mobilien etc.; an Brandentschädigungen wurden ca. 1 690 500 M. gezahlt, und zwar über eine Million allein für Mobilien.

Ueber die neuen Feuerlöschmittel, welche Branddirektor Bierberg im abgelaufenen Jahre hat erproben lassen, äußert der Verwaltungsbericht der Feuerwehr u. a. folgendes: Der verbesserte Rauchschlauch-Apparat ermöglicht die Annäherung unter Zuführung von Sauerstoff beliebig durch Nase oder Mund resp. durch beide Organe, auch in einem Helm. Schon während des Alarms kann der Apparat angelegt werden. Auf den Körpergehängen befinden sich Gestelle, in welche der betroffene Feuermann so eintritt, daß er beim Aussteigen den Apparat schon nach Art eines Tornistors auf dem Rücken und den Atmungsbeutel auf der Brust hat. Damit ist eine Betriebsbereitschaft erreicht, wie sie kaum noch übertroffen werden kann. Erfolgreich ist mit dem neuen Apparat in einem übersichtlichen Keller gearbeitet worden; dort schloß der Träger desselben die Gasöhne unter Wasser. — Die Straßen-Feuermelder sollen durch einen landesüblichen Ruf mit Laternen besser sichtbar gemacht werden, um so einem vielseitig geäußerten Wünsche des Publikums gerecht zu werden; über die Probe-Ausführung eines solchen Melders am Velle-Alliance-Platz haben wir seiner Zeit berichtet. Auch die Feuerwachen soll die Verwaltung für das Publikum besser kennlich machen und zwar durch Andringung von Feuerwehremblemen. Die Verluste mit der Automobild-Dampfprisen sollen demnächst fortgesetzt werden, ebenso die Verträge mit der Feuerfocietät, der Erweiterung der Feuerfocietät zur Entgegennahme von Antivorsignalen, mit dem elektrischen Ferndrucker etc.

Reinheit des Straßenhandels.

Jetzt wo der Herbst vor der Thür steht, wird der Berliner an jeder Straßenecke von Kindern des sonnigen Südens begrüßt. Blumenlohl, Pfirsiche und Weintrauben sind die hauptsächlichsten Früchte, die vom Wagon aus feilgeboten werden. Besonders Weintrauben, rote und grüne. Beide Sorten sind süß und kosten im Straßenhandel nur 25 Pf. das Pfund. Kein Wunder, daß die Trauben vom Wagon zahlreiche Liebhaber finden und zum Teil weggehen wie warme Semmel. Nicht immer werden sie in einer Weise verzehrt, die vom hygienischen Standpunkte aus zu billigen ist. Zwei kleine Mädchen, die sich gestern zusammen ein halbes Pfund erkauft hatten, verschluckten die Schalen mit samt dem Inhalt und gaben auf die Frage, warum sie ihren Wagon diese Lugebühr zufügten, die Antwort, daß sie ein solches Opfer auf sich nehmen, um ihre Mitmenschen vor Weinbränden zu bewahren, denn wenn sie die Schale auf die Straße wirfen, könnte leicht jemand darauf ausgleiten und das Maßlein sein da. Das sind Gründe, die sich hören lassen, und man darf annehmen, daß den beiden Kindern auch im späteren Leben die Rolle barmherziger Samaritanerinnen wohl anstehen wird.

Ist hier ein schönes Beispiel von Rücksicht auf das Wohl der Mitmenschen gegeben, so bildet nicht minder die energische Anordnung einer Straßenhändlerin, die in der Nähe des Potsdamer Platzes haust, in dieser Hinsicht eine Probe. An ihrem Wagon steht auf einem Stiel Holz folgendes zur Nachachtung zu lesen: „Das Belasten der Früchte ist nicht gestattet. Auch mit Handschuhen nicht.“ Der letzte Satz dieser Verfügung ist besonders lehrreich. Er zeigt erstens, daß auch „bessere“ Damen sich Unarten herausnehmen, die nun einmal im Interesse der Gesamtheit des launenden Publikums nicht zu dulden sind. Zweitens aber lehrt er, daß die Verkäuferin auch im Verkehr mit der hautoberfläche ihren Mann zu stehen weiß und Haare auf den Säugern hat. Es kann nun einmal aus hygienischen Gründen wie aus Gründen des guten Geschmacks oder richtiger des guten Appetits nicht gestattet werden, daß jedermann der Apfelmisse in die Wangen knust. Aber nicht jeder Straßenhändler nimmt sich den Reinlichkeitsfium der hier als Beispiel gerühmten Kollegin zum Vorbild. Ja, es darf nicht verschwiegen werden, daß in diesem Punkt zum Teil noch recht äble Sitten herrschen, die einem Menschen mit etwas Hang zur Keiligkeit es schier verleideten können, ein Pfund Obst auf der Straße zu kaufen. Namentlich das stärkere Geschlecht hat oft keine Ahnung davon, was sich dem Publikum gegenüber schid. Betroachtet man zunächst die Hände so eines Verkäufers, so muß einem zuweilen schon der Appetit vergehen. Man kann am Ende darüber hinweggehen, daß der gute Mann nicht sehr adrett gekleidet geht und sein Hemd auf längeren Gebrauch schließen läßt. Aber die Hände kann der Verkäufer bei den zahlreichen öffentlichen Brunnen in den Straßen Berlins immer schon sauber halten. Eine andre Unannehmlichkeit im Straßenhandel ist hier, daß viele Verkäufer darauf verpicht sind, den ganzen Tag auf der Straße zu rauchen. Wären die guten Leute in ihrem Fache bewandert, so würden sie wissen, erstens, daß es an sich nicht schidlich ist, die Rundschaft mit der Cigarre im Munde zu bedienen und ferner, daß es anwidert, mit den nach Tabak riechenden Händen Früchte oder andre Ervoren anzufassen. Noch ein Uebelstand macht sich im Straßenhandel bemerkbar, nämlich der, die Ware in Zeitungspapier, um dessen Saubereit es oft sehr fragwürdig aussieht, zu verpacken. Wögen auch Dänen etwas feurer zu stehen kommen, so wird, wie man meinen sollte, die Ausgabe dafür durch den größeren Umsatz bald wieder ausgeglichen. Gewiß sind diese Unannehmlichkeiten nur einem Teil der Händler in Rechnung zu stellen, doch bringt dieser Teil den Straßenhandel ohne Zweifel in einen schlechteren Ruf als er es verdient. Eine Benderung zum Besseren wäre um so mehr zu wünschen als die Polizei im Verein mit dem Hausbesitzerum diesem Handel das Leben so schon sauer genug zu machen sucht.

Die Erziehung der Schuljugend zum Patriotismus ist in Berlin in den letzten Tagen quast mit Dampf betrieben worden. Am Donnerstag traf der König von Italien in Berlin ein, da belamen die Schulen frei — am Sonnabend war Herbstparade auf dem Tempelhofer Felde, da bekamen die Schulen zum zweitemal frei — heute, am Dienstag, ist St. Sedantag, und die Schulen haben zum drittenmal frei. Von Donnerstag bis Dienstag drei unterrichtsfreie Tage und dazu alle vierten den Sonntag — mehr kam wirklich der schulfreieste Bengel nicht verlangen! Die Jugend wird für diese angenehme Methode, den Patriotismus in ihr zu wecken, vermutlich empfänglicher sein als für die sonst übliche, die Bekanternahmen darin besteht, daß man unsre Kinder im sogenannten Geschichtsunterricht mit der Entriecherung der Daten von Regierungsantritten, Schlachttagen usw. maltätiert.

Königstreue Männer. Die „Potob. Korr.“ meldet: Die italienischen Maurer und Zimmergesellen, welche in Potsdam zum Erstah für die streikenden Bauhandwerker von den Meistern mit vielen Unkosten herangezogen wurden, waren bei der Ankunft ihres Landesherrn unter Aufsührung ihrer Poliere nach der Bildparkstation gekommen und hatten dort, angethan mit ihren Sonntagsganzigen sowie grün-weiß-roter Schleiße im Knopsloch, ihren König mit Eivarufen begrüßt. Wie wir hören, wurde vorher jeder einzelne dieser Italiener durch die Kriminalpolizei genau daraufhin geprüft, ob er nicht etwa Anarchist ist.

Der Kaiser wird sich über diese Italiener ja gewiß gefreut haben, nachdem sie von anarchistischer Mände frei befunden worden sind. Wilhelm II. Stellung zur Arbeiterfrage ist ja in der bekanten Rede vom 8. September 1898 niedergelegt, nach der ein jeder, der einen deutschen Arbeiter, der willig wäre, seine Arbeit zu vollführen, daran zu hindern sucht oder gar zum Streik anreizt, mit Zuchthaus bestraft werden soll. Es ist uns nicht bekannt, ob der italienische Monarch ähnliche Anschauungen hat. Merkwürdig ist übrigens, daß die Italiener noch besonders auf ihre politische Bestimmung hin revidiert worden sind. Nachdem die Justizhaus-Devisen die Arbeitswilligen als die für den Staat besonders nützlichen Elemente bezeichnet hat, sollte man doch in diese Elemente, gleichviel welcher Rationalität sie entstammen, auch etwas Vertrauen setzen.

Eine verunglückte Stiftung. Der verstorbene Kaufmann Joseph Herzfeld hatte in seinem Testament eine Summe von 200000 Mark für wohltätige Zwecke bestimmt. Die Erben ersuchten infolge dessen den Magistrat, eine Stiftung zu errichten, aus deren Zinsen hiesige Arme (neben den bedürftigen Verwandten des Erblassers) unterstützt werden sollten. Eine Einwirkung auf die Verwendung der Stiftung sollte der Stadt Berlin aber erst nach 50 Jahren zustehen. Der Magistrat erklärte sich mit dieser Vorsätze einverstanden, zumal bereits eine Stiftung (Vehrend-Samuelson) vorhanden ist, über welche die Stadtgemeinde zur Zeit auch noch nicht verfügen kann. Die Stadtverordneten aberweisen die Magistratsvorlage aber einem Ausschusse, in welchem geltend gemacht wurde, daß es der Würde der Stadt nicht angemessen sei, Bankiers und Rechtsanwälen Konkurrenz zu machen dadurch, daß sie Gelder gegen Provision verwahren und Zinszahlungen auf Anweisung dritter vornehmen. Der Ausschuss beschloß demnach, dem Beschlusse des Magistrats nicht beizutreten und die Sache für erledigt zu erklären. Zugewissen hat der Bevollmächtigte der Herzfeldschen Erben seinen Antrag zurückgezogen, da die Erben nicht in der Lage sind, den Wünschen des Ausschusses der Stadtverordneten (betr. Bildung eines Kuratoriums unter Hinzuziehung von Mitgliedern der städtischen Verwaltung) zu entsprechen. Die Erben werden dem Willen des Testators nun auf andre Weise gerecht werden müssen.

Mehr Licht. In der gestrigen Sitzung der städtischen Gasdeputation unter dem Vorsitz des Stadtrats Kamslan wurde beschlossen, die öffentliche Beleuchtung in der Prenzlauer Allee, des Mittelpromenades der Christianiastraße, in der Reichenberger- und Solitzergasse, am Lausitzerplatz, in der Verbindungsstraße zwischen der Schönhofen Allee und Grefenhanerstraße, auf der Nordseite des Ostbahnhofes und in der Kurfürstenstraße zu verstärken beziehungsweise zu verbessern, um den Wünschen der Anwohner dieser Straßen entgegenzukommen.

Harre Rücksicht. Das Kuratorium der städtischen Heimstätten sollte belannlich um zwei Stadiverordnete vernehm werden. Der Magistrat wünscht nun aber mit Rücksicht darauf, daß Stadtverordnete nicht die nötige Zeit hätten, die fern gelegenen Anstalten häufiger zu besuchen, zwei Bürgerdeputierte als Mitglieder des Kuratoriums und zwar einen Verkaufverhandlungen und einen in wirtschaftlichen Dingen erfahrenen Ehrenbeamten. In diesem Sinne ist eine Magistratsvorlage gehalten, welche den Stadtverordneten jetzt zugegangen ist.

Der Krieg gegen die Polen. Wegen Aufreizung der polnischen Bevölkerung zu Gewaltthatigkeiten (§ 130 des Strafgesetzbuchs) ist gegen den Redacteur des hiesigen Volksblattes, Brobel, Anklage erhoben worden. Die Strafthat vollbrachte die Verbreitung des läzlich beschlagnahmen Soloi-Liederbuches begangen worden sein. Jeansson Polka nie zginieta („Koch ist Polen nicht verloren“) und „Z dymem pozarow“ („Mit dem Rauch der Feuerbrände“) auch der sogenannte Polenmarsch, die Nieder „Heil dem Polenlande!“. „In den Waffen, Brüder!“ usw.

Vielleicht wird gelegentlich noch einmal Admers „Leher und Schwerk“ auf Grund des Aufreizungspatragraphen verfolgt.

Maßnahmen gegen den überquellenden Patriotismus. Man berichtet: Die hiesigen Polizei-Organen sind angewiesen worden, am heutigen Sedantag gegen den sich alljährlich wiederholenden „Sedans-Anzug“ einzuschreiten. Belannlich wird von halbbrüchigen Personen und Kindern dadurch ein gemeingefährlicher Unfug getrieben, daß Feuerwerkkörper auf der Straße abgebrannt werden. Ebenso ist in den letzten Jahren wiederholt das an den Aufschlagenden befindliche Palastpapier angezündet und dadurch die Alarmierung der Feuerwehr notwendig geworden. Die Polizei wird mit größter Energie gegen Unfuglister vorgehen, die, sofern kein andres Strafdelikt in Frage kommen sollte, sich wegen groben Unfugs zu verantworten haben werden.

Der Prozeß gegen das Blinmenmedium Anna Rothe soll, nach Mitteilungen aus Spiritistenkreisen, im Oktober d. J. stattfinden. Frau Rothe befindet sich jetzt wieder in Untersuchungsgefangnis, nachdem sie belannlich in der Charité auf ihren Geisteszustand untersucht und für hochgradig hysterisch erklärt worden ist. Auch ihr Impresario Jentsch, der sich einige Monate in einer sächsischen Natur-Heilanstalt aufhielt, soll jetzt wieder in Berlin weilen.

Industriefiskus von oben. Auf Anordnung des Justizministers haben die Justizbehörden ihren gesamten Bedarf an Verhaftungsschlagen aus dem Strafgefängnis in Regel zu beziehen. Alle Verträge mit den bisherigen Lieferanten mußten gelöst werden; die geschidigten Papierfabrikanten richteten an den Justizminister eine Eingabe in dieser Angelegenheit. Ihre Verwehrde wurde jedoch vom Minister zurückgewiesen.

Briefmarken-Automaten dürfen in absehbarer Zeit auch auf den Bahnhöfen größerer Eisenbahn-Stationen zu finden sein. Infolge diesbezüglicher Wünsche hat nämlich der Minister der öffentlichen Arbeiten die Eisenbahn-Direktionen um gütliche Ankerungen darüber ersucht, ob die Aufstellung von Briefmarken-Automaten (System Wel) auf den Bahnhöfen auslassen sein möchte und ob

ein Bedürfnis oder ein allgemeines Interesse hierzu anzuerkennen ist. Die Bedürfnisfrage dürfte ohne Bedenken zu bejahen sein; denn nichts ist unangenehmer als die Verlegenheit des Reisenden, für einen schnell abzuhenden Brief eine Karte zu erlangen. Die Bedienung am Bahnhofsbüro hält sich naturgemäß nicht genau mit dem Kartenverkauf auf und dem Stations- und Fahrpersonal kann man kaum zuzumuten, auch noch postliche Geschäfte zu besorgen. Die Briefkasten-Automaten würden am besten ihren Ort neben dem Briefkasten der Station finden, und um den Bahnsteig durch Automaten nicht anzuhängen in Anspruch zu nehmen, würde man gut thun, sie mit anderen, bereits vorhandenen Automaten, z. B. den Postkasten-Automaten zu verbinden.

Professor Dr. Virchow, der am Sonnabendabend von Harzburg hier angekommen ist, scheint von seiner Krankheit doch sehr mitgenommen zu sein. Das Woltfische Telegraphenbureau bringt von Montagmittag folgende Meldung: Ueber das Befinden des Geheimrats Professor Dr. Virchow erfahren wir, daß z. B. in der Schweiz u. a. die Reise von Harzburg nach Berlin hat sich der Zustand nicht verschlechtert, ist vielmehr augenblicklich sogar besser als vor acht Tagen.

Schwester Leontine. Unter dem Verdacht der Stuppelei und des Mädchenhandels ist heute morgen eine aus Vindobona stammende Frau Leontine v. von der Kriminalpolizei verhaftet worden. Die schon bejahrte und noch nicht vorbestrafte Frau, die sich einen vornehmen Anschein zu geben versteht und in einem feinen Pensionat für Ausländer in der Friedrichstraße zwei sehr schön ausgestattete Zimmer bewohnt, hieß unter dem Namen Schwester Leontine ihre "Wiener Kostgängerin" an. Kriminalkommissar v. Trechow, dem diese immer wiederkehrenden Anzeigen auffielen, ermittelte, daß Schwester Leontine auch "Affinstimmen" hielt, hübsche junge Mädchen, die sie sich angeblich für schweres Geld mit Vorliebe aus dem Süden verschrieb. Diese Mädchen dienten besonders dem Jwed, Kundschaft aus der besser gestellten Herrenwelt angelockt. Schwester Leontine fuhr aber auch, wie die ausgedehnten Beobachtungen der Kriminalpolizei ergaben, mit ihnen nach ausländischen Städten, namentlich in die bekannten belgischen Spielbäder, und lehrte nicht selten ohne ihre jugendlichen Reisebegleiterinnen nach Berlin zurück. So entstand gegen die Schwester Leontine außer dem Verdacht der Stuppelei in ihrem bisherigen Kostgängerheim auch der des Mädchenhandels. Gestern morgen schritt die Kriminalpolizei zur Verhaftung der Verdächtigen. In ihrem eleganten Quartier fand sie auch noch ein junges Mädchen, das erst gestern aus Wien hierhergekommen war; es wurde vorläufig anderweitig untergebracht. Beschlagnahmt wurden von der Kriminalpolizei eine Menge Briefe und Karten, die junge Mädchen aus den verschiedensten Städten des Auslandes an Schwester Leontine geschrieben haben.

Ein hartnäckiger Selbstmörder verurteilte Sonntagabend in der Durgstraße, nahe dem Circus Busch, großes Aufsehen. Ein etwa 30-jähriger Mann hatte sich über das Gelande in die Spree gestürzt. Zwei Schutzleute lösten sofort den Rettungslahn, und es gelang ihnen, den Lebensmüden den Tode zu entreißen. Sie brachten ihn aus Land; im nächsten Augenblick aber sprang der Selbstmörder wieder zum zweitenmal in die Spree. Die beiden Beamten mußten ihr Rettungswerk erneuern und fanden hierbei verzweifeltsten Widerstand. Schließlich gelang es ihnen doch, den Selbstmörder an das Ufer zu schaffen, von wo er nun zu seiner eigenen Sicherheit zur Polizeiwache gebracht wurde. Der Lebensmüde, ein stellenloser Kaufmann Werner, wurde durch die Polizei nach einem Krankenhaus gebracht.

Mugtkampf in der Droschke. Nachts gegen 1 Uhr fuhr durch die Alvenslebenstraße in tausendem Galopp ein Tagelagerer, in dem zwei junge Männer miteinander rangen, während eine Dame Hilfsdienste leistete. Der Reiter hieb wie wohnmäßig auf seinen Gaul ein. An der Ecke der Potsdamerstraße hatte der eine Herr den andern überwältigt und machte Miene, ihn auf das Hinter zu weisen. Da erschien als Reiter in der Rot ein Schutzmann, der die Droschke zum Stehen brachte. Nach Feststellung der Personalien wurden die "Zweikämpfer" wieder entlassen.

Ein dreifaches Verbrechen wurde am Sonntagmorgen in aller Frühe in der Schönhauser Vorstadt verübt. Im Parterre des Hauses Spandauerstraße 23 befindet sich das Milchgeschäft der Ehefrau Lillie. Der Mann der Inhaberin fuhr wie gewöhnlich um 1/2 Uhr nach dem Stadtbahnhof, um die im Geschäft gebrauchte Milch zu holen, und die Frau blieb, während die Hausfrau offen gelassen war, im Schlafzimer neben dem Laden zu Bett. Vor einer Störung glaubte sie sicher zu sein, da der Anwalt, der sonst mit zur Bahn fährt, zufällig im Geschäft geblieben war. Gegen 8 Uhr erwachte sie völlig erschreckt; vor ihrem Bett standen zwei Männer, die ihr Mund und Nase zuhielten und sie am Schlößchen wirkten. Es gelang der zu Tode geängstigten Frau immerhin, einen Hilferuf auszugeben, so daß der Anwalt, der in den hinteren Räumen der Wohnung beschäftigt war, herbeieilte. In diesem Augenblick entflohen die Fremden. Die Frau hat in dem einen der Verbrecher einen früheren Angestellten wiedererkannt, der sich während seiner Tätigkeit im Geschäft als fleißiger und ordentlicher Mensch bewährt hatte. Der junge Mann mag, auf die Bahn des Verbrechens gekommen, sich erinnern haben, daß Frau Lillie Montag mit dem Milchlieferanten abrechnet und daher am Tage vorher immer einen größeren Geldbetrag im Hause aufbewahrt. Auch am Sonntag wären den Räubern, wenn ihnen ihr Versteck gelungen wäre, etwa 500 M. in die Hände gefallen. Die Kriminalpolizei wurde benachrichtigt, doch ist sie der Verbrecher noch nicht habhaft geworden.

Als ein ungetreuer Liebhaber erwiderte sich ein Schlosser Hillmann, der vor acht Tagen mit seiner Geliebten Johanna Wöhring aus dem Gefängnis zu Oberberg in der Markkämte. Das Mädchen, das von einer neunmonatigen Strafe bereits acht Monate verübt hatte, fand Gelegenheit, den Untersuchungsgefangenen Hillmann kennen zu lernen und ihn gegen das Versprechen, daß er sie heiraten werde, zu befreien. Beide wanderten zu Fuß von daumen und lamen umangesehen nach Wiesenthal. Hier verließ der Schlosser seine Geliebte und versetzte unter dem Vorwande, daß er in die Stadt gehen wolle, um Schwären zu holen, und kehrte nicht wieder zurück. Fünf Stunden lang wartete Johanna Wöhring und malte sich aus, wie schön die Zukunft für sie an der Seite des geliebten Mannes sich gestalten werde. In Berlin, wo Hillmann Verwandte hatte, wollten sie sich Geld holen und dann ins Ausland wandern. Statt dessen aber sah sie endlich ein, daß er sie in schändlichem Unbunk hatte sitzen lassen, um die Freiheit allein zu genießen. Nach heftigen und verzweifelten Nachforschungen und zeigte den Trosslosen bei der Kriminalpolizei an, indem sie sich bitter über ihn beklagte. Die einzige Folge dieses Schrittes aber war, daß sie selbst ins Gefängnis zurückwandern mußte, während der Ungetreue sich wohl hülte, nach Berlin zu kommen und bei seinen Verwandten vorzusprechen.

Feuerbericht. Montag früh 7 Uhr wurde die Wehr nach der Waldstraße 45 gerufen, wo in einer Fabrik ein großes Lager von Pechhölzchen durch Selbstentzündung in Brand geraten war. Auch in der Kaiser Wilhelmstraße 28 hatte die Wehr längere Zeit zu thun. Hier war in einem Keller ein Feuer ausgebrochen, das Gerüst, Verpackungsmaterial zc. ergriffen hatte. Die Wehr mußte dabei längere Zeit aus einem Rohre Wasser geben, um die Gefahr zu beseitigen. In der Nacht zum Sonntag hatten in der Poststraße 63 Kleidungsstücke, Möbel und Wäsche in einer Wohnung Feuer gefangen, das indes bald abgelöscht werden konnte. In der Neuenburgerstraße 5 war Müll in Brand geraten, während in der Linkenstraße 144 Holzballen zc. durch Feuer zerstört wurden. In der Nacht zum Montag ging in der Johannestraße 1 Verpackungsmaterial in einem Keller in Flammen auf. Kurz darauf wurde die Wehr nach der Reifstraße 46 gerufen, wo in einer Küche ein Brand ausgebrochen war, der den Hühnerboden und die Vollenlage ergriffen hatte. Nach der Mühlenstraße 58/54 wurde die Feuerwehr geholt, um dort ein in die Spree gestürztes Pferd herauszuholen. Montagvormittag 11 Uhr hatte in der Prenzlauer Allee 220 alter Hausrat-

Wollen zc. in einem Bodenverfallung Feuer gefangen, dessen Ablöschung die Wehr auch längere Zeit beschäftigte. Außerdem hatte die Wehr in der Juchsenzeit noch Alarmierungen von der Sparrstraße 16 und von der Reichenstraße 88 zu verzeichnen, die jedoch beide auf unbedeutende Anlässe zurückzuführen waren.

Orgelkonzert. Der Orgelvortrag in der Marien-Kirche am Mittwoch, den 3. September, mittags 12 Uhr, wird ausgeführt von Herrn Musikdirektor Otto Dinkel, Hrn. Gastwirt Wever, Hrn. Margarete Helbronn, Hrn. Marie Reese, den Herren Konzertmeister Leop. Hartmann und Ad. Woltz, welche Kompositionen von Bach, Stradella, Mozart, Schubert, Dinkel zc. zu Gehör bringen. Der Eintritt ist frei.

Das Radrennen auf der Bahn am Kurfürstendam am Sonntag zeichnete sich dadurch aus, daß der Engländer Michael nicht erschienen war. Der Brave, dem wunderliche Eigenschaften nachgesagt wurden, hatte es vorgezogen, nach Paris zu gehen, um sich dort mit Kräften minderer Güte zu messen. So erlebten die Berliner eine unangenehme Enttäuschung. Es gab am Kurfürstendam drei Rennen, eins über 10, eins über 25 und eins über 50 Kilometer. In allen drei Rennen siegte Robl und zwar spielend, nur im Fehnkilometer-Rennen hatte er sich gegen Kasper, der gleich im Anfang 100 Meter Vorsprung hatte, einigemmaßen zu wehren. Doch ein Defekt am Motor brachte den Schweizer aus der Fassung und Robl siegte in 9:44, Kasper blieb 600, Dickenmann 960 Meter zurück. Im zweiten Rennen gefoch ein Ungar. Kasper kollidierte mit einem Motordamen, wurde aus dem Sattel geschleudert und riß sich an der Maschine eine schlimme Wunde am Oberkörper. Er mußte von der Bahn getragen werden. Robl siegte in 25:283, Dickenmann blieb 1910 Meter hinter ihm zurück. Im 50 Kilometer-Rennen siegte Robl ebenfalls mühelos in 50:45, Dickenmann blieb 1600, Salzmann 2650 Meter hinter ihm. So trat auch hier wieder die Ueberlegenheit Robls zu Tage.

Aus den Nachbarorten.

Die Schwargendorfer Gemeindevertretung hielt dieser Tage eine stürmisch verlaufene Sitzung ab. Der neugewählte Gemeindeverordnete Herr Jung kritisierte den diesjährigen Etat, dessen wenig gründliche Beratung seiner Zeit schon von uns im "Vorwärts" getadelt wurde. Jung erhob dabei den Vorwurf, daß der Gemeindevorsteher Hohmann 500 Mark, die der Zehntener Kreis als Amtszuschuß an die Gemeinde zahlt, nicht wie in früheren Jahren in den diesjährigen Etat als Einnahme eingestellt und den Betrag ohne Gemeindebeschuß für sich persönlich "annehmt". Der Gemeindevorsteher behauptete ein Anrecht auf diesen Zuschuß, den der Landrat an die Amtsvorsteher einzahle, zu haben und glaubt Anspruch auf die Rückerstattung der Beträge aus den früheren Jahren erheben zu können. Jedenfalls habe er in gutem Glauben gehandelt. Herr Jung stellte dagegen fest, daß der Zuschuß der Gemeinde nachträglich vom Kreis bewilligt sei. Die Gemeinde habe das Dienstentkommen des Vorstehers einschließlich der Ständes- und Amtseinnahmen festgesetzt. Er fordere, um die übliche Verschleppung und Beeinflussung zu verhindern, sofortige Vorlage der Akten und Beschlußfassung. Die Beratungen wurden auf Vorschlag des Gemeindevorstehers in geheimer Sitzung fortgesetzt. Öffentlich wird die vorgegebene Weisheit Markeit schaffen. Beschlossen wurde, zukünftig den Gemeindevorstehern den Etatsentwurf 14 Tage vor der Beratung anzustellen.

Der Kreisentschuß hat die Wahl des Amtsparteilers Schmidt für ungültig erklärt, da — wie citieren das Urteil — durch das unzulässige Verfahren des Gemeindevorstehers das Ergebnis der Wahl beeinflusst worden ist. Das Urteil sah der Herr als "Privatsache" an und legte — wieder einmal ohne Gemeindebeschuß — Berufung dagegen ein, trotzdem das Urteil sich auf die Spruchprozedur des Verwaltungsgerichts aufbaut.

Mit 5 gegen 4 Stimmen stellt die Gemeindevertretung fest, daß sie mit der selbständigen Handlung des Vorstehers nicht einverstanden ist. Beschlossen wurde, die späteren Gemeindevahlen für die Zeit von 4-8 Uhr nachmittags anzuberaumen. Dem Schuldner wurden 25 Mark Zuschuß zur Errichtung eines Hühnerstalles bewilligt. Mit der notwendigen Aufbesserung des 60 Mark betragenden Monatsgehaltens wäre dem Ratte mehr geflossen als mit der Kappalle. Der Wochenmarkt findet hiñfort nicht Donnerstags, sondern Mittwochs statt. Die Handwerkerkammerbeiträge werden aus der Gemeindefasse entrichtet.

Wie aus Potsdam bekannt wird, ist die Stichwunde in den Unterleib, die sich der Mörder der Justizratswitwe H. Merz, Robert Gelliste Otto Wagner aus Romanow, bei seiner Verhaftung beibrachte hatte, so weit wieder verheilt, daß der Verbrecher am Sonnabend aus dem Potsdamer städtischen Krankenhaus nach dem Untersuchungsgefängnis gebracht werden konnte. Die Verwundung scheint die Körperkraft Wagners wenig geschwächt zu haben, denn derselbe hat es im städtischen Krankenhaus fertig gebracht, die Riemen, mit denen er auf seinem Bett wegen seiner Ungebörigkeit und zur Verhütung eines weiteren Selbstmordversuchs angeknallt war, zu sprengen. Im Gefängnis wurde der Mörder sofort in Fesseln gelegt.

Aus Brk. Der seiner Zeit von der Socialdemokratie zum Gemeindevorordneten gewählte Schankwirt Karl Dorn, welcher färglich wegen seines eigenartigen Verhaltens durch Beschluß einer Volksversammlung zur Niederlegung seines Mandats angefordert war, hat jetzt sein Amt "aus Gesundheitsrücksichten" niedergelegt. Sein Kollege Jenner, der gleichfalls zur Niederlegung seines Mandats angefordert war, nachdem er das Vertrauen seiner Wähler verloren hatte, scheint dagegen wider den Willen seiner Wähler im Amte bleiben zu wollen; wenigstens hat er sich bisher allen Anforderungen zur Niederlegung seines Mandates gegenüber absolut taub gestellt.

Gerichts-Beitrag.

Multatuli und seine Uebersetzer. Eine literarische Fehde beschäftigte gestern längere Zeit das hiesige Schöffengericht. Als Privatkläger standen die Schriftsteller Dr. Karl Mische und Theodor Strömer unter Beistand der Rechtsanwältin Dr. Hadra und Dr. Verbig dem Schriftsteller Wilhelm Spöhr, der vom Justizrat Paul Jonas vereidigt wurde, gegenüber. Den Mittelpunkt des Streites bildete der holländische Schriftsteller Edoard Douvros Dekker, der unter dem Pseudonym Multatuli in dem Roman "Max Havelaar" Menschen und Zustände in Java ergreifend geschildert und eine Reihe gedankreicher Schriften sozialen und philosophischen Inhalts verfaßt hat. Die "Welt am Montag" flandigte in einem Buchhändler-Wachstafel an, daß die "Abenteuer des kleinen Walter" als neue Folge der Multatuli-Kunst in der Uebersetzung von Wilhelm Spöhr erschienen seien. In der Anklage wurde von dem "großen autorisierten Multatuli-Werke" gesprochen und Wilhelm Spöhr als der eigentliche Urheber Multatulis für Deutschland hingestellt. Hiergegen verwahrte sich Herr Dr. Karl Mische und wies in einem an die Redaktion der "W. a. M." gerichteten Schreiben darauf hin, daß er selbst schon die "Abenteuer des kleinen Walter" verdeutschte und in einer für das deutsche Lesepublikum bestimmten Uebersetzung in der Bibliothek der Gesamtliteratur habe erscheinen lassen. Daraufhin veröffentlichte Wilhelm Spöhr in der "Welt am Montag" einen Artikel unter der Ueberschrift "Zum Kapitel Multatuli und Deutschland" und äbte darin nicht nur eine sehr abfällige Kritik an der Mischeschen Arbeit, sondern warf dem Verfasser auch Ausdrücke vor, daß er sich durch willkürliche Verkürzungen und Vergewaltigungen an dem Geist des Dichters vergründigt habe zc. zc. Bei der Behandlung des Themas kam Spöhr auch auf eine vor 27 Jahren erschienene Uebersetzung des "Max Havelaar" aus der Feder Th. Strömers zurück und griff auch den letzteren in persönlich beleidigenden Ausdrücken heftig an. Die Beleidigten strengten auf Grund dieses Artikels die Privatklage an. Bei der gestrigen Verhandlung figurierte als Sachverständiger der vom Verein Berliner

Presse vorgeschlagene Herr v. Gannelen, der die Zustände in Java aus eigener Anschauung kennt und auch mit den Bestrebungen und den Werken Multatulis vertraut ist. Sein Gutachten ging dahin, daß Spöhrs Uebersetzung der umfangreichen Arbeit Multatulis zweifellos Lob verdiene, daß seine Uebersetzung aber doch einen ganz andern Zweck verfolge, als die Verdeutschung des Dr. Mische, der sich zur Aufgabe gemacht habe, durch Weglassung mancher Längen und Abschweifungen die "Abenteuer des kleinen Walter" dem größeren deutschen Lesepublikum mundgerecht zu machen. Das Spöhrsche Werk sei mehr zum Studium, das Mischesche sei eher ein populäres, mehr der Unterhaltung dienendes Werk, welches aber die Tendenzen Multatulis doch nicht verloren geben lasse. Der Privatkläger Strömer gab zu, daß seiner Jugendarbeit, die gar keine klassische Uebersetzung, sondern eine freie Uebersetzung ins Deutsche darstelle sollte, Mängel anhaften mögen, er hielt aber den Angeklagten nicht für berechtigt, ihn daraufhin persönlich zu verunglimpfen. Die Verhandlung endete nach längerer Dauer mit einem Vergleich. Der Angeklagte Spöhr, der seine abfällige Kritik sachlich für begründet hielt, erklärte zu Protokoll, daß er die persönlich beleidigenden Bemerkungen in dem Artikel mit dem Ausdruck des Bedauerns zurücknehme, er übernehme auch die sämtlichen Kosten, worauf die Privatkläger die Klage zurücknahmen.

Vermischtes.

Dampffessel-Explosion. Wie die "Neue Badische Landeszeitung" meldet, explodierte vergangene Nacht in der Ritterbrauerei in Schwellingen auf bisher unaufgeklärte Weise ein Dampffessel, wodurch das Kesselhaus in einen Schutthaufen verwandelt und ein in der Küche stehendes Haus eingeschürt wurde. Bei der Explosion kam ein Arbeiter ums Leben, ein anderer wurde schwer verletzt.

Unter Freunden. Aus Budapest wird berichtet: Großes Aufsehen erregt die Verhaftung des als Millionär geltenden vieljährigen Hausbesizers Wolffreich in Neupest, welcher in dem Moment liberalisiert wurde, als er der Kasse seines Freundes Scherzer, die er mittels Raubschlüssels geöffnet hatte, einen größeren Betrag entnahm.

Ein Bombenanschlag. Gegen den Vergrat Max v. Gutmann einen Reffen des östereichischen Kohlenrubens-Besizers, schlenberte der Ingenieur Scholz, ein entlassener Angestellter, eine Bombe. Dem Täter wurde der Unterleib aufgerissen; er war sofort tot. Vergrat v. Gutmann wurde leicht und ungefährlich im Gesicht und am Auge verletzt. Ein Oberförster, der sich in Begleitung Gutmanns befand, erlitt sehr schwere Verletzungen. Die Fenster des Bahnhofs-Gebäudes in Selzthal, in dessen unmittelbarer Nähe der Anschlag erfolgte, wurden zertrümmert. Der Ingenieur Hugo Scholz, der die Bombe warf, war früher in Gutmanns Kohlenwerken bei Märktisch-Ditrau bedienstet. Er wurde vor fünf Jahren entlassen, erhielt aber eine Abfertigungssumme und Ruhegehalt. Er bemühte sich in letzter Zeit eifrig, wieder angestellt zu werden. Gutmann ließ ihn aber unbedingt ablehnen. Man weiß jedoch von keinem Zwist, der den Anschlag erklären würde. Scholz soll aber immer ein sehr überpannter Mensch gewesen sein, und man glaubt, er habe vielleicht den Bombenanschlag im Irrsinn unternommen. Womit die Eisenbombe, die Apfelgröße hatte, gefüllt war, ist noch nicht bekannt. Dynamit ist es nicht gewesen. Das Ergebnis der Untersuchung einer zweiten Bombe, die im Koffer des Scholz im Selzthaler Bahnhof gefunden wurde, wird vom Gericht geheim gehalten.

Wie nachträglich noch gemeldet wird, ist der schwer verletzte Oberförster, er heißt Sabotta, bereits gestorben.

Die Eisenbahn im Cytlon. In der Nähe von Kerides im Staate Cymmelota wurde, wie man dem "Berliner Tagebl." aus New York meldet, ein Zug der Chicago-Nordwestern-Bahn von einem heftigen Cytlon überfahrt. Der Zug, welcher mit 35 Meilen Schnelligkeit fuhr, wurde von den Schienen herabgeriffen und stürzte einen 18 Fuß tiefen Abhang hinunter, wobei die Wagen in Brand gerieten. Bisher wurden drei Leichen aus den Trümmern hervorgezogen. Etwa 20 Passagiere erlitten schwere Verletzungen.

Marktpreise von Berlin am 30. August 1902

nach Ermittelungen des Hl. Polizeipräsidenten.					
	20.00	15.00		7.-	4.-
↓ Weizen, gut	15.89	15.80	→ Rüböl, neue, D. Gr.	1.80	1.20
- mittel	15.79	15.70	do. do. 1 kg	1.50	1.10
- gering	14.25	14.04	→ Schweinefleisch	1.80	1.80
↑ Roggen, gut	14.03	13.82	do. do.	1.80	1.20
- mittel	13.81	13.60	→ Hammelfleisch	1.60	1.30
- gering	13.50	13.20	→ Butter	2.80	2.-
* Weizen, gut	15.10	14.90	→ Eier 60 Stück	4.80	2.60
- mittel	14.80	14.60	→ Kartoffeln 1 kg	2.20	1.40
- gering	14.00	13.80	→ Mehl	2.00	1.40
* Weizen, gut	17.10	16.40	→ Gänse	2.80	1.40
- mittel	16.30	15.60	→ Gänse	2.40	1.40
- gering	16.00	15.30	→ Hühner	1.80	0.80
→ Weizen, gut	6.-	4.18	→ Eier	2.80	1.40
- mittel	6.80	4.80	→ Mehl	1.40	0.70
- gering	4.-	2.-	→ Eier	1.40	0.70
→ Weizen, gut	6.-	2.-	→ Eier	1.40	0.70
- mittel	6.-	2.-	→ Eier	1.40	0.70
- gering	6.-	2.-	→ Eier	1.40	0.70
→ Weizen, gut	6.-	2.-	→ Eier	1.40	0.70
- mittel	6.-	2.-	→ Eier	1.40	0.70
- gering	6.-	2.-	→ Eier	1.40	0.70

↑ ab Bahn.
* frei Wagen und ab Bahn.

Produktionsmarkt vom 1. September. Obwohl am heutigen Getreidemarkt alle Vorbereitungen für eine feste Tendenzentwicklung gegeben, trugen die Käufer die größte Aufmerksamkeit zur Schau und die Stimmung gewann ein schwächeres Gepräge. Weder die festen Auslandsmeldungen, noch das wieder eingetretene Roggenmeer vermochten den Markt simuliert zu beeinflussen, und die Abnahme der hiesigen Lagerbestände machte deshalb keinen Eindruck, weil man in allererster Linie größere Zufuhren erwartete. Südrussland meidet bedeutende Ablösungen, die sich jedoch ausschließlich auf ältere Abfälle beziehen. Neue Erferten lagen nicht vor. Im Uelerungsband war Roggen vom 1/2, hinten 1/2 M. niedriger zu haben. Weizen, für den von Auslands vereinzelte Orders kamen, ungefähr behauptet. Wehl war fast gar nicht gefragt. Son Futtermitteln war Hefe an vorliegende Zufuhren aus Schleeien weiter abgeschwächt, Wehl wenig verändert; mixed still, runder etwas besser gefragt. Müll konnte sich schwach behaupten.

Die Uelungs Lageraufnahme trauß 421 T. Weizen (gegen 1. August weniger 1285 T.) und 1238 T. Roggen (weniger 700 T.). Schluß für Getreide: Weizen leicht erhöht, Roggen weiter nachgebend. Spiritus wurde nicht gehandelt.

Witterungsübericht vom 1. September 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Wolkendeckung	Temperatur in °C	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Wolkendeckung	Temperatur in °C
Swinemünde	761	S	1 bedekt	16	Saparanda	766	DES	4 bedekt	16
Hamburg	761	SSW	4 bedekt	16	Petersburg	767	SO	1 bedekt	8
Berlin	762	SW	1 Regen	17	Tort	757	SW	2 bedekt	16
Frankf./M.	761	S	1 wolfig	16	Aberdeen	761	S	1 bedekt	16
München	765	SW	2 bedekt	17	Paris	763	S	2 bedekt	17
Wien	764	SW	1 wolfig	18					

Weiter-Prognose für Dienstag, den 2. September 1902.
Etwas wärmer, vielfach heiler, aber veränderlich mit Gewitterneigung und mäßigen südwestlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Spreehandlung findet täglich mit Ausnahme des Sonntags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.

W. M. 47. Die letzte Bilanz der betreffenden Bank war keine günstige, doch haben sich seitdem ihre Verhältnisse gebessert — inwieweit läßt sich nicht sagen, da die Veröffentlichung einer Bilanzbilanz bisher nicht erfolgt ist.